

erischen Regierung wie Verbrecher behandelt. Man fürchtet, daß sie sich an die Spitze der Unzufriedenen stellen und die Republik proklamieren würden. Dies kann übrigens auch ohne die Garibaldianer geschehen. Unter den Griechen selbst ist die Erbitterung über die königliche Familie, namentlich den Kronprinzen, der sich eben so feig wie unfähig bewiesen hat, fortwährend im Wachsen, und wenn auch alle sechs „Großmächte“ jetzt das Hauptziel haben, die bairische Königsfamilie auf dem Thron zu erhalten, so ist es bei der herrschenden Stimmung doch sehr zweifelhaft, ob dies gelingen wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, 26. Mai.

Aus dem Reichstage. Die heutige Sitzung trug einen sehr friedlichen Charakter, die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden erledigt, ohne daß es bei einem derselben zu einer umfangreicheren oder gar aufregenden Debatte kam.

Gelegentlich des Etats für Beamtenbesoldungen, welcher fast durchweg nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen wurde, gab Bebel seiner Verwunderung Ausdruck, daß die Kommission eine Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre für die Marine, die Post und das Schahamt von 24 auf 30 Tausend Mark beantrage, obwohl von den betreffenden Behörden ein solcher Antrag nicht gestellt sei. Wenn man bei den unteren Beamten-Kategorien um Pfennige knappe, sei es doch wunderbar, wenn hier Tausende auf dem Präsentirteller entgegengebracht werden.

Das Haus trat den Beschlüssen der Kommission bei. Eine Resolution des Genossen Singer, welche sich für Erhöhung der Gehälter der Landbriefboten aussprach, fand einstimmige Annahme. Ebenso ein Budgetantrag für Erhöhung der Kosten für die Pariser Weltausstellung.

Der Nachtragetat für Artillerieforderungen, während dessen Beratung ein Vertreter der französischen Botschaft in der Diplomatensloge erschien, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die hierauf folgenden Berichte der Petitionskommission gaben zu einer erwähnenswerten Debatte keinen Anlaß.

Der Präsident verkündigte hierauf die Vertagung bis zum 22. Juni, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Handwerker-vorlage.

Das preussische Abgeordnetenhause erledigte heute in zweiter Lesung das Handelskammergesetz im wesentlichen nach den Kommissionsbeschlüssen. Ferner gelangte die von der Kommission vorgeschlagene Resolution zur Annahme, wonach die Regierung die Gerichte anweisen soll, daß sie vor einer definitiven Vereidigung der Richterjurisoren und sonstigen kaufmännischen Sachverständigen die Handelskammern hören und sich von ihnen hierzu sowie zur Bestellung als Konkursverwalter geeignete Personen vorschlagen lassen soll. Außerdem wurden nur kleinere Vorlagen und Denkschriften erledigt.

Am Freitag beginnt die zweite Lesung des Vereinsgesetzes.

Das Herrenhaus sollte heute die Etatsberatung fort. Wenigstens man sich allmählich daran gewöhnt hat, keine zu hohen Anforderungen an die Debatten in diesem Hause zu stellen, so muß man sich doch darüber wundern, daß die diesmalige Etatsberatung auch nicht den bescheidensten Ansprüchen genügt. Raum ein Gedanke wurde vorgebracht, der nicht schon früher an anderer Stelle eingehend erörtert worden wäre. Was der Etatsberatung das charakteristische Gepräge gab, war gerade das, was nicht gesagt wurde: beim landwirtschaftlichen Etat erklang anerkennend nicht das hohe Lob von dem agrarischen Wohlstand, und beim Etat der Bergverwaltung hielt niemand die stereotype Silberrede. Graf Mirbach ist krank, Herr Krenndt hat es noch nicht bis zum Herrenhausmitglied gebracht und für geeigneten Nachwuchs haben die Silbermänner nicht gesorgt. — Aus der Beratung ist nur hervorzuhellen die Beschwerde des Grafen v. Kleist-Schmenzin über Mängel bei der Veranlagung zur Einkommensteuer, wobei angeblich zu rigoros verfahren wird, sowie eine kleine Wbfendebatte, in der die Agrarier einen weit milderen Ton anschlugen als bisher und sich bereit erklärten, der Kaufmannschaft die Hand zur Verführung zu bieten.

Unter denjenigen Etats, die am Freitag beraten werden, befinden sich u. a. der Kultusetat und der des Ministeriums des Innern.

Der Prozeß Tausch schleppt sich langsam weiter. Herr v. Tausch entdeckte heute eine neue Tugend in sich: **Gerechtigkeitssinn!** Kurz zuvor hatte er verständnisvoll dem Präsidenten zugestimmt, als dieser meinte: Auf dem Polizeipräsidium bei der politischen Polizei bräute wohl jeder Tag saule Sachen. Der heutige Tag war nicht so reich an dramatischen Szenen wie gestern; er führte aber ebenfalls wieder zu Thränen und Schlägen auf der Anklagebank. Aber heute klang es wie der Aufschrei des gekehrten Wildes, das sich in seiner Verzweiflung nicht mehr zu helfen weiß. Als der Präsident den Angeklagten Lühow bei seiner Aussage wider Tausch auf einem Widerspruch mit einer früheren Aussage betraf und diesen nun mit all' seinem Scharfsinn verfolgte und bloßlegte und für alle Erklärungsversuche Lühow's unzugänglich schien, so daß Lühow sogar es wagte, den Herrn Präsidenten auf seine eigene, kurz vorher zu gunsten von Tausch abgegebene Erklärung hinzuweisen, und diese Mißbe auch für sich reklamierte, da brach er völlig zusammen und vermochte nur noch mit Mühe zu sprechen. Und seine Erklärung über das langsame Versinken im Morast durch sein ehloses Gewerbe, über dessen insomne Schurkereien immer das Staatsinteresse als Deckmantel gebreitet wird, war psychologisch ebenso passend, wie die Schilderung des geistigen Zusammenbruchs, der aus der Gefängnishaft unter solchen Umständen sich notwendig ergibt.

In diesem Moment nun trat Herr Rechtsanwalt Sello, der Verteidiger des v. Tausch, mit der Beschuldigung hervor, von Lühow habe nicht bloß sein Offiziersehrenwort schandbe gebrochen (was dieser schon wiederholt zugegeben und aus seiner Stellung heraus erklärt hatte), sondern auch noch in bezug auf Seine Majestät eine ungeheuerliche Behauptung aufgestellt. Wo und wieso? Gegenüber einem befreundeten Journalisten, bei dem er sich Rath's erholt, dem bekannten Dr. Liman an den „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

Wir gestehen, uns fehlt das Verständnis für das Vorgehen eines Rechtsanwalts, der, um seinem Klienten zu nützen, den Gegner der Majestätsbeleidigung beschuldigt und durch Mittheilung des Wortlautes den Staatsanwalt förmlich zum Einschreiten zwingt! Ihn also einer Straftat beschuldigt, für die er unter Umständen eine höhere Strafe erhält, als für die Handlung, wegen welcher er unter Anklage steht. Es sei denn, daß Herr Rechtsanwalt Sello so loyal empfindet, daß er die unwiderstehliche Pflicht in sich lebendig fühlt, von jedem unehrlichen Wort, das zu seiner Kenntniß gelangt, die Staatsanwaltschaft zu benachrichtigen. Das wäre auch ein Standpunkt, wenn auch hoffentlich ein ebenso seltener, wie er für alle die gefährlich ist, die gesellschaftlichen Umgang mit solch lokalen Reuten haben. In der Alexa der Tausch- und Majestätsbeleidigungsprozesse erleben wir aber vielleicht noch manche seltene Blätter! —

Deutsches Reich.

— Zur Geschichte der Militär-Strasprozeß-Form giebt die „Allg. Ztg.“, die auch mit der bayerischen Regierung Beziehungen unterhält, Aufschlüsse, die wir zum Theil wiedergeben müssen:

Der Kaiser hat sich noch nicht schlüssig darüber gemacht, welche Stellung er zu dem bayerischen Anspruch auf einen eigenen obersten Militärgerichtshof einnehmen will. Ob in diesem Stand der Dinge, der schon seit einer Reihe von Wochen derselbe geblieben ist (abgesehen von der Frage des obersten Gerichtshofs, ist schon seit längerer Zeit eine Verständigung zwischen den verschiedenen Regierungen erzielt, schon bald eine Forderung eintreten wird, ist schwer zu sagen. . . . Ist nach allem, was darüber verlautet, dem Kaiser persönlich die Frage der Reform nicht sehr sympathisch, so hält der Prinzregent von Bayern an dem Standpunkt fest, daß er kein Titelchen von den Rechten der bayerischen Krone preisgeben könne.

— **Ergebnisse Miquel** wird im „Hamb. Kor.“ als Nachfolger Hohenlohe's vorgeschlagen.

— **Rücktrittsgedanken** werden dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes Dr. Bödiker in der Presse wieder zugeschrieben. Wir glauben diesmal weniger als früher hieran, weil Herr v. Bödiker kaum noch allzu lange in die Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamtes eingegriffen die Gelegenheit haben wird.

— **Mit Zustimmung des Bundesraths** können nach § 154 der Gewerbe-Ordnung durch kaiserliche Verordnung auf Werkstätten sowie auf Bauten die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b ganz oder theilweise ausgedehnt werden. Wie wir schon früher kurz mittheilten, hat der Bundesrath, von diesem Rechte Gebrauch machend, den Entwurf einer Verordnung betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des § 139b der Gewerbe-Ordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäscheconfektion angenommen. Die Bestimmungen sind im wesentlichen folgende:

Nach § 135 der Gewerbe-Ordnung dürfen Kinder unter 13 Jahren in Fabriken überhaupt nicht, Kinder unter 14 Jahren nicht länger als 6 Stunden, junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

§ 136 bestimmt, daß für die jugendlichen Arbeiter (13 bis 15) die Arbeitszeit nicht vor 5 1/2 Uhr morgens beginnen und nicht über 5 1/2 Uhr abends dauern darf, und daß zwischen den Arbeitsstunden verhältnismäßige Pausen gewährt werden müssen.

Nach § 137 dürfen Arbeiterinnen in Fabriken in der Nachtzeit von 9 1/2 Uhr bis 5 1/2 Uhr überhaupt nicht und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

§ 138 setzt fest, daß der Arbeitgeber Anzeige zu machen hat, wenn er Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt will.

§ 138a gestattet Ausnahmen wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit, § 139 mit Rücksicht auf Naturereignisse und Unglücksfälle.

Der § 139b handelt von der behördlichen Aufsicht.

Unter Werkstätten im Sinne der Gewerbe-Ordnung werden alle Betriebe gerechnet, in denen nicht ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden. Die allein und mit ihren Familienmitgliedern schaffenden Arbeiter (Heimarbeiter), die den gesetzlichen Schutz am nötigsten gebrauchen, werden also durch diese Bestimmungen nicht geschützt. Sollen die Uebel der Hausarbeit sich nicht verschärfen, so ist dringend nötig, daß der Schlußsatz des Absatzes 4 des § 154 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben wird (das heißt: Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, sollen hier künftig auch dem Arbeiterschutz und der Inspektion unterliegen). Für diese Forderung sind sogar die Nationalliberalen eingetreten. Ob die gesetzgebenden Faktoren dieser Ansicht zugänglich sein werden, ist allerdings ein andere Frage.

— **Im Prozeß Tausch.** Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt täglich eine Nachricht, um Herrn v. Tausch zu schützen, auch andere Blätter, die Reich nach Friedrichsruh schielen und von dort Inspirationen erhalten, plädieren für mildere Umstände für den vorläufig vom Dienste suspendirten Kriminalkommissarius Herr Stein, der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“ erklärt, daß er Herrn v. Köller während dessen Ministerthätigkeit niemals aufgesucht habe.

Der „Vorwärts“ brachte vor einigen Wochen die Notiz, Lieutenant v. Borwick, der ein Intimus des v. Tausch sei, habe Berlin verlassen, um im Prozeß Tausch nicht Zeuge sein zu müssen. Herr v. Reich ersucht uns mitzutheilen, daß diese Mittheilung eine irrige war. Er habe seinerzeit Berlin verlassen, um als Kriegsberichterstatter nach Griechenland zu gehen; er habe aber seine Adresse bei Gericht hinterlassen und sei jetzt zurückgekehrt, um sein Zeugniß im Prozeß Tausch abzulegen.

— **Geh. Kommerzienrath Becker.** Wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ vernimmt, wird die Firma Stantien und Becker in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das gegen den Inhaber der Firma, Geheimen Kommerzienrath Becker, schwebende Verdicten wegen seiner in dem Verurtheilungsprozeß mitgetheilten angeblichen Aeußerung, welche das preussische Beamtenthum zu beleidigen geeignet gewesen wäre, soll niedergeschlagen sein. **Niedergeschlagen!** ist gut. Auf Grund welcher Bestimmungen der Strasprozeß-Ordnung geschah dies?

— **Vom Scharfmacher.** Aus St. Johann-Saarbrücken erhält die „Allg. Volks-Ztg.“ eine interessante Korrespondenz, der wir das folgende entnehmen:

Der Stern des Herrn v. Stumm scheint dem Erlöschen nahe. Die Brandfaul, die er im verflochtenen Jahre in das Pulverfaß geworfen, hat unter seinem früher so starken Anhang eine schreckliche Verwüstung angerichtet; so hat er sich den Ausgang der Katastrophe nicht gedacht, und nur noch sehr gering ist die Zahl seiner Anhänger. Schlag folgt auf Schlag, und so wird eine für den nächsten Donnerstag einberufene Versammlung national und liberal gesinnter Bürger dem Faß jedenfalls vollends den Boden ausschlagen. Als bei dem Kampf gegen Herrn v. Stumm hier selbst die Wogen sehr hoch gingen, wurde unter anderem in einer sehr stark besuchten Versammlung beschloffen, eine Inmediat-Eingabe an den Kaiser zu machen, in der alle Uebelstände besprochen werden sollten, welche die Beunruhigung der Bevölkerung unseres Reiches hervorriefen. Diese Eingabe ist abgegangen und die Antwort erfolgt. In der Versammlung am Donnerstag soll nun die Eingabe nebst Antwort verlesen werden; daß die Antwort in ablehnendem Sinne lautet, wird jedem klar sein, der nur einigermaßen den Kurs verfolgte, den unsere Regierung seit einem Jahre inne hält, und der seinen vollendeten Ausdruck in dem Einbringen der Vereinsgesetz-Novelle gefunden hat. Die Antwort wird jedenfalls einer Kritik unterzogen, denn man ist auch hier zu der Ueberzeugung gelangt, daß man nicht alles unwiderstehlich annehmen muß. Ferner wird man sich in der Versammlung mit einer Klarlegung der politischen Lage befassen und Stellung nehmen zu dem Vereinsgesetz-Entwurf; falls die Novelle imwischen im Abgeordnetenhause noch nicht gefallen ist, dagegen protestirten, im anderen Falle den Dank des Saarthales denjenigen Abgeordneten übermitteln, welche gegen diesen Akt der Reaktion energisch Front machten. Für die nächste Reichstagswahl scheint eine große Umwälzung bevorzustehen, denn der Abgeordnete unseres Reiches, Justizrath Volk, hat ebenfalls seinen Einfluß verloren und wohl keine Aussicht auf Wiederwahl. . . .

Das „Volk“ schreibt unter der Spitzmarke: **Der „Schleifstein“** funktioniert nicht mehr. Während die Partei, der Herr v. Stumm angehört, die freikonservative, die Vereinsgesetz-Novelle womöglich noch verschärfen möchte, spricht sich die ehemals Peter Schwunow-Stumm'sche „Neue Saarbrücker-Ztg.“ (Schleifstein) heute entschieden gegen die Novelle aus. Entweder also ist Freiherr v. Stumm auf seine alten Tage „Sozialrevolutionär“ geworden, oder aber — er hat sich beim Scharfmachen geschnitten und daher den Schleifsteinbetrieb aufgegeben. Letzteres hat jedenfalls, wenn man die Meldungen über Stumm's Mandatniederlegung hinzunimmt, die größere Wahrscheinlichkeit für sich. **Reiner Schleifstein!**

— **Zur Reichstags-Ersatzwahl** in Königsberg veröffentlicht der konservativ-antisemitische Kandidat Sidmer eine

Erklärung, aus der hervorgeht, daß derselbe seiner Zeit der Fortschrittspartei angehört hat. Weil ihm die Partei nicht weit genug nach links ging, gründete er mit anderen, welche damals austraten, den demokratischen Arbeiterverein. In diesem erlangten aber dann die Sozialdemokraten die Mehrheit. Seit jener Zeit habe er sich aller politischen Betätigung enthalten. — **Das ist also der politische Vertrauensmann** auch der Königsberger Konservativen“, höhnt die „Freis. Ztg.“ Was sagt der Mann, dem niemand weit genug links stehen konnte, zum politischen Ideal der Konservativen, zur lex Neke? —

Gotha, 26. Mai. (Fig. Ver.) **Gemeinschaftlicher** Landtag. Eine Niederlage des Ministeriums Streuge. Bei Beginn der Session stellte der Abg. Bod namens der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag auf Einführung von zweijähriger Stabsperioden statt der vierjährigen. Der Antrag wurde mit 24 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Finanzkommission machte sich nun an die Arbeit und arbeitete den von der Regierung vorgelegten vierjährigen Etat zu einem zweijährigen um. Heute fand die Plenarsitzung statt und die Spannung war allgemein, ob die Regierung annehmen oder ablehnen werde. Die Tribünen waren überfüllt, ein Beweis, daß auch das Volk dem Gegenstand ein großes Interesse entgegenbringt. Zunächst erhielt der Reichstatter Dr. Dingeldey das Wort. In scharfen Zügen präzisirte er die Stellung der Kommission in der Budgetfrage und zur Regierung. Minister Streuge antwortete in der ihm eigenen brüskten Form mit einem Nein. Die Regierung gehe nur auf den zweijährigen Etat ein, wenn der Landtag ihr den Wunsch der engeren Auseinanderschließung der beiden Herzogthümer erfülle.

Dagegen sträubten sich aber die Koburger Abgeordneten noch mehr unter die Fuchtel des Herrn Streuge zu gerathen.

Genosse Bod setzte nun dem Minister arg zu. Er hielt ihm seine ganze liberale Vergangenheit und seine jetzigen reaktionären Allüren vor. Doch er mehr den bösen Berliner politischen Beispielen der Junker als den allen guten gothaischen Sitten Folge, daß deshalb das Land und der Landtag kein Vertrauen zu ihm habe. Auch die Haltung im Bundesrath gegenüber den Ansprüchen des Agrariethums tadelte Genosse Bod; er sagte, daß dem Minister auch zuzutrauen sei, das jetzige Wahlrecht zu erwidern, daß, wenn es wahr wäre, wie eine Notiz in der Presse behauptet, eine Verständigung der preussischen Regierung mit den einzelnen Bundesstaaten betreffs der Vereinsgesetz-Novelle stattgefunden, er dafür gestimmt habe, das Vereinsrecht zu erwärmen, um dasselbe später auch in Gotha zu erwärmen. Hierauf antwortete der Minister mit keinem Wort, demnach scheint seine Notiz kein bloßes Gerücht zu sein. Bod mahnte die Regierung, ihren Eigensinn beiseite zu legen und den Anforderungen der Zeit zu genügen, statt sich jedem Fortschritt zu widersetzen. Herrschen sei Unsin, regieren sei Weisheit, weil aber viele Minister nicht regieren könnten, suchten sie zu herrschen. Landtag werde hart gegenüber diesem Ministerium, so rief der Redner den Abgeordneten zu.

Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag der Finanzkommission, den zweijährigen Etat einzuführen, einstimmig angenommen.

bleibt das Ministerium auf seinen Standpunkt, so ist der Konflikt unvermeidlich.

Oesterreich.

Wien, 26. Mai. Abgeordnetenhause. Abgeordneter Groß protestirte gegen das Vorgehen des Präsidiums während der letzten Sitzung gelegentlich der Abstimmung über den Antrag Raigl betreffend die Auslegung der Geschäftsordnung. Er beantragt eine Verlesung des Protokolls über die letzte Sitzung, verlangt geheime Abstimmung über seinen Antrag und namentliche Abstimmung darüber, ob geheim abgestimmt werden soll. Nebenliche Anträge werden von den Abgeordneten Sylvester und Funks gestellt. Nach einer kurzen Entgegnung seitens des Vizepräsidenten Kramarz schreitet das Haus zur namentlichen Abstimmung darüber, ob über den Antrag Groß geheim abgestimmt werden soll.

Wien, 26. Mai. Die hier weilende Massendeputation der deutsch-böhmischen Gemeinden sagte, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, im Verein mit den deutschen Abgeordneten Beschlüsse über die Organisirung passiven Widerstandes in den deutschen Theilen Böhmens durch Einstellung der Thätigkeit der Gemeinden hinsichtlich der Gegenstände des ihnen übertragenen Wirkungskreises.

Frankreich.

Paris, 24. Mai. (Fig. Ver.) Die alljährliche Kundgebung auf dem Boulevard des Capucins-Friedhöfe zum Andenken an die blutige Maiwoche fand gestern statt. Wie allgemein zugegeben wird, war die Betheiligung diesmal erheblich stärker als in den letzten Jahren. Man schätzt die Zahl der Manifestanten auf 25-30 000. Die Selbstbeherrschung der Sozialisten war auf eine harte Probe gestellt durch die „Sicherheitsmaßnahmen“, die von Jahr zu Jahr, mit der steigenden Angst des herrschenden Klüngels vor dem Sozialismus, immer gehässiger und herausfordernder werden. Nicht nur wurde die Entfaltung der roten Fahne selbst auf dem Friedhofe verboten, sondern auch jede Ansprache an der Mauer der Föderierten und jeder Hochruf auf die Kommune. Dazu mußten die Manifestanten, in kleine Gruppen zerstückelt, zwischen einem Doppelpalier von Polizisten den Friedhof betreten. Der Friedhof selbst war auf dem ganzen Weg bis zur Mauer von Polizisten und Soldaten überdunkelt. An drei Stellen wurde der Weg abgeperrt, um die Bildung einer kompakten Manifestations-Kolonne zu verhindern. . . . Die Kundgebung verlief aber trotzdem in imposanter Ruhe. Das Schweben wurde jedoch mehrere Mal durch Hochrufe auf die Kommune unterbrochen. Genosse Bailant konnte bei Niederlegung des Kranzes des Revolutionären Zentralkomitees als Abgeordneter unbehelligt die Worte aussprechen: „Im Namen des Revolutionären Zentralkomitees — Hoch die Kommune!“ Ein paar Verhaftungen wegen Hochrufens wurden auf Einmischung der sozialistischen Abgeordneten rückgängig gemacht, die Betreffenden werden aber zuchtpolizeilich gerichtlich abgeurtheilt werden. — Ueber sehr prächtige Kränze von den verschiedenen Partei-Organisationen, den lokalen politischen Vereinen von Paris und Umgebung, sowie von den Redaktionen der „Petit République“ und des „Intransigeant“, bedeckten die Mauer, nachdem die Kundgebung zu Ende war. Der Kranz der Pariser Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei trägt auf rother Schleife die Inschrift: „Den Opfern der Grausamkeit der Bourgeoisie“, derjenige der „Petit République“: „Den Kämpfern von 1871 — die Kämpfer von 189 . . .“

Die seit einigen Tagen in Algerien ausgebrochenen Juden-Krawalle haben den Charakter einer elementaren Volksbewegung angenommen. Es handelt sich um einen alten Ausbruch des seit Jahren angehäuften Grolles gegen die ökonomische und politische Stellung der algerischen Juden. Diese stehen in jeder Beziehung etwa auf dem Niveau der mittelalterlichen Ghelto-Juden, mit dem eingreifenden Unterschied aber, daß sie durch das Crémieux-Decret von 1870 zu vollberechtigten französischen Bürgern erhoben wurden, während die eingeborenen Araber keine politischen Rechte besitzen. Bei den Wahlen sind es die Juden, die fast überall den Ausschlag geben, und zwar selbstverständlich zu gunsten des opportunisten Klüngels, der in Algerien noch um einige Grad korrupter ist als in der Metropole — siehe den unheimlichen Phosphatshwindel. Natürlich läßt sich das jüdische Stimmvieh seine Wahldienste gut bezahlen. Der sozialistische Abgeordnete Viviani, algerischer Franzose von Geburt und ein Kenner der dortigen Verhältnisse, äußert sich darüber wie folgt: „Seit langen Jahren haben die von den Juden gewählten algerischen Deputirten viel zu viel für ihre Wähler gethan. Zahlreiche Kategorien von öffentlichen Stellen, die von der Regierung besetzt werden, werden meistens Jraeliten anvertraut. Diese, bereits im Besitze einer wirtschaftlichen Uebermacht, verlangen so auch auf politischem Gebiet zu einem wahrhaft erdrückenden Einfluß. . . .“ Die algerische Judenfrage ist übrigens

ein Teil der algerischen Frage schließlich, der Frage der allgemeinen Abhängigkeit in der reichsten Kolonie Frankreichs. Das Parlament hat fast alljährlich eine große algerische Debatte. Der stärkste bisherige Reformanlauf besteht aber in der letzten Winter session auf Erweiterung der Kompetenz des Generalgouverneurs und Zuziehung von Vertretern der Eingeborenen in den höheren Rath.

Aus Paris wird unterm 26. d. M. gemeldet. In der Stadt Drau ist alles durchaus ruhig. In Fortassa sind erneute Unruhen vorgekommen; hier plünderten 300 Kraber die jüdischen Magazine; es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Schweiz.

Schaffhausen, 27. Mai. (Sig. Ber.) In der gestrigen Volksabstimmung wurde das Gesetz betr. obligatorische Versicherung mit 4079 gegen 1725 Stimmen angenommen und der § 447 des kantonalen Privatrechts aufgehoben, wonach ein im Prozeß befindlicher Schuldner ohne Zustimmung des Gläubigers seine Eigenschaften nicht veräußern oder verpfänden kann.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Mai. Im Folkething brachte der Finanzminister heute die neue Budgetvorlage ein, welche die umstrittenen Forderungen nicht enthält. Bezüglich einiger Forderungen für militärische Zwecke erklärte der Finanzminister, er werde auf diese Forderungen verzichten, falls sie Widerstand fänden.

Italien.

Die Affäre Favilla-Crispi. Dem Corriere della Sera schreibt man aus Neapel: Ich weiß nicht, ob die Nachricht begründet ist, daß der Prozeß gegen Crispi nicht stattfinden wird. Ich bin jedoch in der Lage, mit absoluter Sicherheit über die Summe Auskunft zu geben, um welche es sich in der Affäre Crispi-Favilla handelt, ganz abgesehen von der Affäre Luraghi. Die bologneser Zweigniederlassung der Bank von Neapel diskontierte unbekannt oder mittellose Personen etwa 4 Millionen Lire. Einem gewissen Schiavina 400 000 M., einem Novara 400 000 M., einem Trofai 320 000 M., dem bekannten Plattner 200 000 M., einem Gelli 192 000 M.; außerdem zahlreichen Personen Wechsel im Betrage von 80 000 M. oder weniger. Favilla giebt nun an, daß ein großer Teil dieser Diskontierungen auf Wunsch Crispi's geschah. Crispi erwidert darauf, daß er die Summen, die er für seine eigene Person erhielt, gewissenhaft zurückgab, und daß die anderen Summen ihm zu „Staatszwecken“ dienten, vor allem für die Postämter, für die ausländische Presse und für die italienische Scheimpolizei. Ferner wird aus Bologna gemeldet, daß Vina Crispi zugegeben hat, daß sie dem verhafteten Favilla noch 1920 M. schulde.

Spanien.

Madrid, 26. Mai. Die liberale Presse erklärt formell, die Liberalen werden sich jeder Beteiligung an der Verwaltung des Staates enthalten, so lange die Königin den Minister des Neupern nicht gewungen habe, seine Entlassung zu nehmen. Canovas wird mit der Mehrheit der Konservativen regieren und die nötigen Kredite für Cuba durchzubringen suchen. Der Konflikt mit der Krone und dem Parlament wird um so bedenklicher, da die karlistische Bewegung rastlos betrieben wird.

Türkei.

Den Bod zum Gärtner sehen in des Wortes verwegener Bedeutung — will die „Kreuzzeitung“. Sie schlägt nämlich allen Ernstes vor, die Türkei solle sich zur Durchführung der Reformen deutsche, d. h. im Munde der Kreuzzeitung preussische Beamte kommen lassen. Das kann gut werden. Die Puttkamer, Recke nebst Anhängsel könnten wir ja sehr gut entbehren. Aber die armen Türken! Sie mögen manches verstanden haben, allein ostbeidische Reformen und Reformen, die Strafe haben sie doch nicht verdient!

Der Volksraad des Oranje-Freistaats hat gestern die vorgeschlagene Abänderung des Wahlrechts abgelehnt und den Freundschafts- und Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich vom Volksraad bestätigt.

Amerika.

Washington, 25. Mai. Der Senat verhandelte über die Tarife. Senator Aldrich besprach die verschiedenen Artikel des Tarifs, namentlich den Zucker, und erklärte, es sei wichtig, es möglich zu machen, daß die Raffinade in Amerika vorgenommen werde, damit das Geschäft nicht den Deutschen zufalle, die jede andere Konkurrenz verdrängen. Die Einfuhr raffinirten Zuckers sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen, daß man für die amerikanische Industrie Befürchtungen gegen müsse.

Ottawa, 26. Mai. Der Finanzminister Fielding machte im kanadischen Unterhause darauf aufmerksam, daß Zweifel darüber entstanden sind, ob Kanada den Baaren englischer Abstammung eine günstigere Zollbehandlung zu theil werden lassen könne, als denjenigen aus Deutschland, Belgien oder aus den anderen Ländern, welche das Recht der Weisbegünstigung genießen. Er schlägt daher vor, zu der Vorzugsklausel des Tarifgesetzes den Zusatz zu machen, daß der Gouverneur bevollmächtigt wird, die Vortheile des Weisbegünstigungs-Vertrages auf jedes Land auszuweihen, welches hierauf Anspruch erheben kann auf Grund irgendwelchen Vertrages mit England. Der Antrag wurde seitens der Opposition mit verächtlichem Lachen begrüßt, worauf der Minister ausführte, daß die Regierung keineswegs die Politik der Bevorzugung des Handels mit England aufgabe, daß der Zusatzantrag jedoch aus Vorsicht gestellt worden sei.

Der Kampf um das Vereinsrecht.

Der freikonservative Vorschlag, den Reichsentscheid in ein preussisches Sozialisten- und Polen-Ausnahmengesetz umzugestalten, wird heut von der „National-Zeitung“ ausführlich besprochen. Wir geben bei der Wichtigkeit, welche diese Aeußerung von nationalliberaler Seite hat, einige Stellen des Artikels wieder:

Der freikonservative Antrag ist nach unserem Dafürhalten ebenso verfehlt vom Standpunkte der Gegner eines neuen Sozialistengesetzes, wie von dem der Freunde eines solchen. Wir gehören zu den Gegnern. Gleichwohl wird niemand, der den heutigen Stand der Dinge mit dem von 1889 zu vergleichen vermag, behaupten können, daß es schlimmer geworden und deshalb die Wiederherstellung eines Ausnahmengesetzes auf die Gefahr hin, welche nach den Erlebnissen von zwölf Jahren mit einem solchen verbunden sind, unerlässlich geworden sei. Dazu kommt die Erinnerung, daß die Anwendung des Sozialistengesetzes, welche in den ersten Jahren durchaus korrekt war, je länger es bestanden hatte, zu um so mehr Bedenken auch darum Anlaß gegeben hatte, weil es auch gegen Bestrebungen angewendet wurde, gegen die es nicht gerichtet war. Dies ist die unvermeidliche Folge einer Gewöhnung der Behörden an derartige Waffen. Wer möchte dafür bürgen, daß man in „Puttkamerum“ und in ähnlich verwalteten Landesstellen nicht unter den „sozialistischen“ Bestrebungen, von denen in dem freikonservativen Antrag die Rede ist, auch die Bekämpfung agrarischer Großgrundbesitzer durch den Bauernverein Nordost verstehen würde? Oder daß nicht in anderen Gegenden im Sinne der Herren von Stumm und Genossen jede organisierte Geltendmachung von Arbeiter-Interessen vermittelt des neuen Sozialistengesetzes verfolgt werden würde?

Aber auch die Anhänger eines Sozialistengesetzes müssen den Antrag abweisen, weil es eine stumpfe und schartige Waffe ist. Ganz davon zu schweigen, daß die Leitung der sozialdemokratischen Vereins-Organisation vom außerpreussischen Deutschland aus mit ihrem Reize Preußen umspannen würde, aber heimlich und mit allen schlimmen Folgen der Heimlichkeit. Wäre es nicht ein Hohn auf die deutsche Einheit, wenn der in Preußen unmögliche sozialdemokratische Parteitag etwa in Dessau oder in Hamburg, vor den Thoren des preussischen Staates gehalten würde?

Sonst liegt von nationalliberaler Seite noch eine Aeußerung des „Hannoverschen Couriers“ vor:

„Der Moment, ein Sozialistengesetz zu schaffen, dürfte jetzt glücklich verpaßt sein, und außerdem erscheint es durchaus nicht anständig, ein solches hochpolitisches Gesetz im Deutschen Reich im Wege der Landesgesetzgebung zu erlassen. Wir glauben, daß diese Auffassung auch von denen unter unseren Parteigenossen getheilt wird, die unter Umständen der Erneuerung des Sozialistengesetzes nicht abgeneigt wären. Jedenfalls ist es wünschenswert, daß durch diese Diskussion die Entscheidung über die Vereinsgesetznovelle nicht verzögert würde.“

Freisinnige und Zentrum sprechen sich, wie zu erwarten war, gegen den freikonservativen Antrag aus. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt:

Nach den Erfahrungen, welche mit dem Reichs-Sozialistengesetz gemacht worden sind, kann das Zentrum von einem preussischen Landes-Sozialistengesetz nur ähnliche, die soziale Arbeit in christlichem Sinne erschwerende Wirkungen erwarten. Es wird also seitens des Zentrums bei der zweiten Lesung der angestrengtesten Aufmerksamkeit bedürfen, damit nicht doch noch schließlich ein Ergebnis herauskommt, welches das politische Leben in Vereinen und Versammlungen in unheilvolle Schranken schlägt und, was nicht oft genug betont werden kann, wenn auch zunächst gegen die Sozialdemokratie gerichtet, doch sofort gegen das Zentrum und den katholischen Volkstheil in Preußen als schärfste Waffe zum Mundtodmachen angewandt werden kann, sobald es dem kirchenfeindlichen Liberalismus oder dem bürokratischen Staatskompetentismus einfällt, einen neuen Kulturkampf herauszubestimmen.

Die „Germania“ schreibt:

Es fragt sich aber, ob die freikonservativen Vorschläge nur den Zweck haben, den Standpunkt der Freikonservativen zum Ausdruck zu bringen. Uns will scheinen, daß dieselben mindestens gleichzeitig, wenn auch unausgesprochen, den Zweck verfolgen, den Freikonservativen und Konservativen eine Brücke für den Rückzug zu bauen, nachdem sie sich mit der Parole „alles oder gar nichts“ den Weg zum Rückzug verbaut haben. Wird im Plenum nicht mehr angenommen, wie in der Kommission angenommen worden ist, so bedürfte es schon einer sehr starken Ueberwindung bei den Konservativen, um trotz ihrer bisherigen Haltung schließlich für die ganze Vorlage zu stimmen. Wenn aber von den Anträgen Jedlich etwas angenommen wird, so würde das eine Brücke für die Konservativen sein, um den Rückzug anzutreten und schließlich dem Ergebnis der dritten Lesung zuzustimmen.

Diese Taktik der beiden konservativen Parteien, die zugleich darauf gerichtet ist, sich nach oben hin als „Vorläufer“ gegen den Unflut zu empfehlen, hat das Zentrum und haben auch die Nationalliberalen und die Freisinnigen zu unterstützen keinen Anlaß. Demgegenüber ist nur mehr ein Weg vorgezeichnet: In der zweiten Beratung muß jetzt die ganze Vorlage mit allem in der Abänderungsanträgen in rascher Arbeit vollständig abgelehnt werden. Kein Mitglied der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses darf auf Freitag fehlen!

Die „national-soziale Zeit“ bemerkt: „Ehen aufgrund des früheren Sozialistengesetzes wollte Bismarck Stöder aus Berlin anweisen lassen. Nach dem neuen Entwurf würden ohne weiteres alle sozialen Bestrebungen für sozialistisch erklärt und damit der Unterdrückung preisgegeben werden. Wenn man in der sächsischen 2. Kammer die Aufhebung des Schulgeldes von konservativer Seite für eine kommunistische Maßregel erklärt, wenn man im preussischen Herrenhause von freikonservativer Seite die Erhöhung des Einkommensteuersatzes von 3 auf 4 pCt. für die Einkommen über 30 000 M. als anarchisch gebrandmarkt hat, so läßt das Schicksal darauf zu, was wir unter dem neuen Gesetz zu erwarten hätten.“

Für die freikonservativen Vorschläge spricht sich natürlich die „Stumm'sche Post“ aus:

Der Anschlag an die Wortfassung des Sozialistengesetzes beweist, völlig klar zu stellen, daß allein die sozialrevolutionären Bestrebungen von der Bestimmung getroffen werden; sie bietet auch den Vorzug, daß die Begriffsbestimmung sich durch eine 12jährige Uebung in die Praxis der Exekutivbehörden fest eingebürgert hat. Sollten gleichwohl die Ausdrücke sozialistisch und anarchisch, obwohl sie einem Mißverständniß nicht unterliegen können, als zu dehnbar angesehen werden, so würde sich über deren Fortlassung reden lassen. Für den Augenblick würden die Worte anarchisch und sozialdemokratisch wohl genügen; es bleibt nur zu erwägen, daß aus dem sozialrevolutionären Sumpfe nur zu leicht neue Giftpflanzen nach Art des Anarchismus aufsteigen könnten, welche vielleicht nicht unter diesen beiden Bezeichnungen zu subsumiren sind, wohl aber von dem Ausdrucke sozialistisch oder kommunistisch getroffen werden.“

Sehr skeptisch drückt sich der „Reichsbote“ aus:

„Zur Schaffung eines Sozialistengesetzes gegen die Sozialdemokratie wäre der rechte Boden der Reichstag. Allein wenn der Reichstag auch für ein solches zu haben wäre, so würde er sich schwerlich auf die Vereine und Versammlungen beschränken, sondern auch die Presse in betracht ziehen. Die Regierung hat für ihre Vorlage mit recht geltend gemacht, daß auch die anderen Staaten ganz ähnliche Bestimmungen haben; ein gleiches könnte man aber von diesem freikonservativen Antrag als einem Ausnahmengesetz für die Sozialdemokratie nicht sagen, und Preußen würde dadurch in eine schwierige Lage kommen. Wir glauben deshalb nicht, daß die Regierung sich auf diesen Antrag einlassen wird. Ueberdies wird man denselben alle die Vorwürfe, welche man der Regierungsvorlage machte, auch und in noch erhöhtem Maße machen, denn die Begriffe „sozialistisch“ und „demagogisch“ sind viel weniger bestimmt, als die Regierungsvorlage, und lassen sich schließlich gegen alle sozialen Reformbestrebungen anwenden — hat man sie ja doch schon gegen den Bund der Landwirthe angewendet. Auch der letzte Satz des Antrages, welcher gegen die Polen, Dänen und Estländer gerichtet ist, ist sehr bedenklich. Wir glauben deshalb nicht, daß der Antrag irgend welche Aussicht auf Zustimmung hat.“

Gefährliche Taktik. Die „Freisinnige Zeitung“ zeigt eindringlich die Gefahren, welche entstehen, wenn die Gegner des Reichsentscheid im Abgeordnetenhause nicht sofort in der zweiten Lesung der ganzen Sache ein Ende machen. Wenn der Kommissionsentwurf im Plenum Annahme findet, so ist den Konservativen noch viermal Gelegenheit geboten, doch noch mehr zu erreichen. Erst läme die dritte Lesung, dann nach drei Wochen nochmalige Beratung, weil die Bestimmung über die Minderjährigen eine Verfassungsänderung bedingt, dann Beratung im Herrenhause, endlich nochmals im Abgeordnetenhause. Dabei beträgt die liberal-liberale Mehrheit der Opposition nur sieben Stimmen. Wie leicht können da einige abspalten, wie leicht kann durch Zufälligkeiten eine Mehrheit für das Anebelgesetz herauskommen.

Eine bisher unbemerkte Schlinge. Die „Frankf. Zeitung“ schreibt: „Nach geltendem Recht ist es politischen Vereinen nicht schlichtweg verboten, mit anderen Vereinen in Verbindung zu treten, sondern nur mit anderen Vereinen gleicher Art“ und auch nur „zu gemeinsamen Zwecken“. Insbesondere ist also ein Verkehr von Vereinen unter einander ohne konkreten Zweck, z. B. durch Schriftaustausch, gestattet. Der Artikel 4 der Vereinsnovelle erklärt nun zwar Verbindungen von Vereinen für zulässig, aber nur mit der Maßgabe, daß politische Vereine nicht ohne Erlaubnis des Ministers des Innern mit außerdeutschen Vereinen in Verbindung treten dürfen. Nach dem Wortlaut dieses Artikels wird also für die Verbindung mit außerdeutschen Vereinen das bestehende Verbot nicht etwa bloß aufrecht erhalten, sondern es wird verschärft, so daß hier die Verbindung strafbar würde, auch wenn sie nicht zu gemeinsamen Zwecken erfolgt. Hier kann die Polizei eine Handhabe suchen, um die harmlosesten Verkehrsbeziehungen zu Auflösungen zu benutzen. Jeder Freihandelsverein, der mit dem Cobden-Klub Ver-

grüßungstelegramme austauscht, jeder Katholikenverein, an dem Vertreter österreichischer Vereine teilnehmen — von der „internationalen Sozialdemokratie“ gar nicht zu reden — geräth in die Gefahr der Auflösung, wenn die Begrenzung „zu gemeinsamen Zwecken“ fortfällt.“

Protestkundgebungen, zum größten Theile sehr imposanten Charakters, werden fortwährend zahlreich aus allen Landesstellen gemeldet. Sozialdemokratische Veranstaltungen haben stattgefunden in Dessau, Rottbus, Gerswalde, Kachen, Ebersfeld, Solingen, Marnberg, Stuttgart, Hildesheim. Eine demokratische Versammlung fand in Hagen statt, national-soziale in Kiel, Keldra an Koffhäuser (Pastor Köhlsche Meierent), Delitzsch, eine liberale in Nordhausen.

Eine Bundesregierung gegen den Entwurf. Aus Weimar wird dem „Münch. Neuest. Nachr.“ berichtet: „Wie wir aus bester Quelle erfahren, hatte der Großherzog den leitenden Staatsminister beauftragt, dem verantwortlichen Redakteur der amtlichen „Weim. Ztg.“, die sich für den preussischen Vereinsgesetz-Entwurf in wahrhaft rührender Weise begeistert hatte, wegen dieses einseitigen Vorgehens eine ernste Rüge zu erteilen. Die Staatsregierung wird diesem Auftrage, wie wir versichern können, mit voller Zustimmung nachkommen und dafür Sorge tragen, daß derartige Artikel durch das amtliche Organ nicht wieder an die Öffentlichkeit gelangen.“

Reichstag.

233. Sitzung vom 26. Mai 1897, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, von Goltzer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Nachtrags-Etats betreffend die Besoldungs-Besserungen.

Berichterstatter Abg. Baasche (natl.): Durch die Beschlüsse der Kommission ist der Mehrbetrag auf 9 228 658 M. ermäßigt worden. Zur Debatte steht zunächst die Klasse 1: 89 Maschinen-Jugenteure. Erhöhung des Gehalts von 4200 auf 4500 M.

Abg. Nicker spricht die Hoffnung aus, daß im nächsten Etat die Forderungen der Berichterstatter bewilligt werden. Redner kommt dann auf die Frage der Kaution der Beamten zu sprechen. Wie die großen Banken könnte auch das Reich auf die Kautionen verzichten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bin bereit, in Erwägungen einzutreten und mich auch mit Preußen in Verbindung zu setzen, und, wenn eine Einigung erzielt werden sollte, eine Vorlage zu machen.

Abg. Nicker: Wir können für die Erhöhung der Offiziersgehälter nur dann stimmen, wenn eine Gleichstellung der Offiziere mit den Reichsbeamten bezüglich der Kommunalbesteuerung erfolgt. Gewisse Härten, welche durch die Aufhebung der Steuerfreiheit der Offiziere eintreten, hätten durch vorübergehende Maßregeln beseitigt werden können.

Die Gehaltsaufbesserungen für die Offiziere und die im Offiziersrang stehenden Bezüge u. s. w. werden ohne jede weitere Debatte nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt.

Es folgen die Gehälter der Zivilbeamten, für welche die Dienstaltersstufen eingeführt werden; dieselben werden meist debattelos genehmigt.

Abg. Graf Noou (L.) beantragt, daß die in der Kommission angeregte Erhöhung der Gehälter für die Zahlmeister bei den Truppen von 2900 auf 3300 M. auf den Widerstand der Finanzverwaltung gestossen sei.

Abg. Werner (Reform-P.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners an.

Abg. Lieber (Z.): Die Vorlage der verbündeten Regierungen habe die Gehälter der Zahlmeister auf 2900 M. im Höchstbetrage festgestellt.

Abg. Wassermann (natl.) beantragt, die Gehälter der vier Buchhalter bei der Zahlmeisterstelle des XIV. Armeekorps (1800 bis 2900 M.) den Gehältern der Geheimsekretäre bei der General-Militärkasse (1800—3800 M.) gleichzustellen.

Geheimrath Neumann erklärt sich gegen den Antrag.

Abg. Lieber: Das Zentrum wird gegen den Antrag Wassermann stimmen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Das Gehalt der sieben Elementarlehrer bei den Kadettenanstalten (bisher 1400—2800 M.) wird auf 1500—3000 M. erhöht; die Kommission schließt sich diesem Vorschlage an, will aber das Höchstgehalt statt in 27, schon in 21 Jahren erreichen lassen.

Das Haus stimmt zu. Die Kommission hat eine Klasse von Postbeamten, die bisher 1500—2700 M. Einkommen hatte, auf 1500—3000 M. erhöht; es gehören hierzu hauptsächlich die Ober-Postassistenten und Ober-Telegraphenassistenten.

Abg. Werner bittet auch die entsprechenden Beamten bei der Reichsdruckerei zu berücksichtigen.

Abg. Lieber (Z.): Wir haben die Erhöhung dieser Besoldungen beschlossen unter der Voraussetzung, daß die verbündeten Regierungen dieser Erhöhung zustimmen und dies vor der dritten Lesung erklären. Werden diese Erhöhungen für die Postassistenten nicht angenommen, so werden wir gegen die ganze Vorlage stimmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Gleichstellung der Postassistenten mit den Eisenbahnassistenten können die verbündeten Regierungen nicht zugestehen. Es würde sehr erwägenswerth sein vom Standpunkte des Reichstages, ob man nicht einen Zusatz machen sollte, daß das Gehalt von 3000 M. nur so lange gilt, bis die Assistenten zur Ablegung der Prüfung zugelassen werden, daß später nur diejenigen in die höchste Gehaltsstufe einrücken, welche bereits eine gewisse Anzahl von Dienstjahren hinter sich haben. Die jüngeren müßten in denselben Gehaltsverhältnissen bleiben.

Abg. Werner stellt sich auf dem Standpunkte des Zentrums.

Abg. Lieber: Wir bleiben trotz der Erklärung des Staatssekretärs auf unserem Standpunkte stehen. Bezüglich der Zulassung zum Sekretärregimen warten wir ab, bis die beteiligte Behörde das ihrige in dieser Beziehung gethan haben wird.

Der Beschluß der Kommission wird nach einer Bemerkung des Abg. Nicker einstimmig genehmigt.

Für die Rentanten der Legationsklassen und der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds ist das Höchstgehalt von 8000 auf 8600 M. in der Vorlage erhöht worden; die Kommission hat es wieder auf 8000 M. ermäßigt.

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet, hier die Vorlage wieder herzustellen.

Die Abgg. Nicker und Hammacher halten die Ausführungen des Staatssekretärs für berechtigt.

Abg. Lieber tritt ebenfalls für die Wiederherstellung der Vorlage ein, die darauf einstimmig angenommen wird.

Für die Intendantur- und Baukräfte und für die Post-Baukräfte hat die Kommission das Höchstgehalt von 7200 auf 6900 M. herabgesetzt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bitte Sie, auch in diesem Falle die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird, nachdem auch Unterstaatssekretär Fischer für dieselbe eingetreten, gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Für die Militärpfarrer hatte die Regierungsvorlage das Höchstgehalt auf 4200 M. erhöht; die Kommission hat es auf 3900 M. (300 M. mehr als bisher) herabgesetzt.

Abg. Graf Noou (L.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Kriegsminister v. Goltzer: Ich kann die Annahme des Antrags nur dringend befürworten.

Abg. Lieber: Die Vertreter des Zentrums haben in der Kommission gegen die Regierungsvorlage gestimmt. Wir sind aber für die Gründe, die in den Leistungen der Geistlichen liegen, nicht un-

empänglich und werden daher jetzt für die Wiederherstellung der Vorlage stimmen.

Nachdem auch Abg. Hammacher (nall.) sich für die Wiederherstellung der Vorlage ausgesprochen, wird dieselbe genehmigt.

In übrigen wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

Die Kommission hat in das Dispositiv des Etats folgende Bemerkung aufgenommen:

Erparnisse, welche bei den Fonds zu Befoldungen und sonstigen Dienstleistungen etatsmäßiger Beamten im Reichshaushalts-Etat für 1897/98, dem Nachtrags-Etat und den weiteren Nachträgen dadurch entstehen, daß Stellen zeitweilig nicht besetzt sind oder von ihren Inhabern nicht versehen werden können, sind der Reichskasse zuzuführen.

Abg. Nickerl weist darauf hin, daß den servisirberechtigten Beamten eine Zahlung von Servisirzuschüssen nicht mehr bewilligt werden soll. Man sollte diesen Beamten, deren nur noch wenige vorhanden sein können, welchen 1880 der Servisirzuschuß bewilligt worden ist, diesen Servisirzuschuß zu belassen. Redner bittet daher, die betreffende Bestimmung zu streichen.

Geheimrath Neumann: Die Zahl der beteiligten Baubeamten ist nicht gering; es sind 31. Die Erhöhung der Befoldungen deckt den Fortfall des Servisirzuschusses vollständig.

Die Bestimmung betreffend den Servisirzuschuß der Baubeamten wird gestrichen; im übrigen wird das Dispositiv der Befoldungsvorlage angenommen.

Die Kommission schlägt folgende Resolution vor:

„Der Herr Reichstanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß in dem Entwurf des nächsten Reichshaushalts-Etats die Befoldungen der Staatssekretäre des Reichs-Marineamts, des Reichs-Justizamts, des Reichs-Schatzamt und des Reichs-Postamts auf je 30 000 M. erhöht werden.“

Abg. Weber (Soz.): Die Kommission hat, wie ich anerkennen muß, nach Möglichkeit Sparmaßregeln vorkommen lassen. Um so unbedingter ist mir, daß sie, ohne das die verbündeten Regierungen selber ein solches Verlangen gestellt haben, eine Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre vorschlägt. Ich konstatiere ausdrücklich, daß der Staatssekretär in der Kommission erklärt hat, daß er für seine Person keinerlei Bedürfnis nach einer solchen Gehaltserhöhung empfinde und daß der Chef des Reichs-Justizamts, mit dem er persönlich gesprochen habe, eine ähnliche Erklärung abgegeben habe. Der Chef der Marineverwaltung ist beurlaubt, die Stelle des Chefs der Reichs-Postverwaltung ist zur Zeit nicht besetzt. Wie kommt nun die Kommission dazu, einen solchen Antrag zu stellen? Allerdings besteht zwischen den Gehältern der einzelnen Reichsämter eine Ungleichheit. Aber die Herren hätten sich gewiß nicht genirt, mit ihren Forderungen an den Reichstag heranzutreten, wenn sie unzufrieden wären. Es handelt sich doch um eine dauernde Ausgabe. Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Die Resolution wird angenommen.

Eine weitere Resolution der Kommission geht dahin:

„Die bestimmte Erwartung anzusprechen, daß vom nächsten Reichshaushalts-Voranschlag ab Pferdegeld für die Regimentskommandeure der nicht berittenen Truppenteile und entsprechende nicht pensionsfähige persönliche Zulagen für die Regimentskommandeure der berittenen Truppenteile und die übrigen in Klasse 1 und 4 der Anlage B 4 des Nachtrags-Etats genannten Offiziere und Kerze ausbezahlt werden.“

Nachdem der Staatssekretär Graf Posadowski erklärt hat, daß die Gestaltung des Reichshaushalts-Etats entsprechend dem Vorschlag eingerichtet werden soll, wird die Resolution genehmigt.

Endlich schlägt die Kommission vor:

a) in den nächstjährigen Etats die Fonds für Remunerationen und Unterhaltungen mit Rücksicht auf die Gehaltserhöhungen zu ermäßigen,

b) die von ihm angestellten Grundzüge für die Verwendung der Remunerationen und Unterhaltungsfonds auch unter dem Gesichtspunkte möglicher Ersparung schon im laufenden Geschäftsjahr zur Anwendung zu bringen.

Nach dieser Resolution wird genehmigt.

Von Seiten der Abg. Singer und Genossen liegt folgende Resolution vor: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, im Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1898/99 folgende Befoldungsbesserungen der Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung eintreten zu lassen:

a) bei Klasse 25, 29 475 Unterbeamte: den jetzt bestehenden Unterschied zwischen den vor dem 1. April 1895 und nachher eingetretenen Beamten zu beseitigen und für sämtliche Beamte dieser Klasse die Befoldung auf 900 bis 1500 M., in 18 Jahren mit 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500 nach 3 6 9 12 15 18 Jahren zu erreichen, festzusetzen;
b) bei Klasse 26, 17 600 Landbriefträger: die Befoldung auf 700 bis 1000 M., in 18 Jahren mit 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000 nach 3 6 9 12 15 18 Jahren zu erreichen, festzusetzen.

Abg. Singer: Ich bedauere, daß die Budgetkommission die von uns beantragten Gehaltserhöhungen nicht schon in diesen Etat hineingearbeitet hat; wir machen keinen nutzlosen Versuch in dieser Richtung, hoffen aber bestimmt, daß im nächsten Jahre das Verlangen nachgeholt werden wird. Ich rechne dabei besonders auf die Bestätigung des Schatzsekretärs. Die Lage der Post-Unterbeamten wird schon lange als eine bedrückte empfunden. Die nach dem 1. April 1895 eingetretenen Unterbeamten beziehen nur einen Anfangsgehalt von 800 Mark. Die Ursache liegt darin, daß gelegentlich der Gehaltserhöhung der beiden Klassen mit 700 und 800 M. zusammengezogen wurden und 900 M. erhielten, aber unter dem Vorbehalt, daß die nach dem 1. April 1895 eintretenden mit 800 M. anfangen müßten. Diese Ungleichheit ist sehr bedenklich, sie erregt Unzufriedenheit bei gleicher Stellung und gleicher Dienstleistung, wie denn auch in Menge von Zuschriften darüber bittere Klage geführt wird. Nach vieler Mühe ist es dem Reichstage gelungen, dem Grundsatze bei den verbündeten Regierungen Geltung zu verschaffen, daß die Dienstzeit der Postbeamten, die sie in ihrer früheren Dienststellung durchgemacht hatten, sobald sie fünf Jahre übersteigt, bei der Bemessung der Gehaltsquote angerechnet wird. Der Reichstag sollte auch diese Ungleichheit beseitigen. Unser Antrag, das Höchstgehalt der Landbriefträger von 900 auf 1000 M. zu erhöhen, hat das Haus schon mehrfach beschloß. Die Landbriefträger sind anerkanntermaßen sehr schlecht besoldet und es würde sich sonderbar ausnehmen, wenn die Gehälter der Staatssekretäre im nächsten Jahre um 8000 M. erhöht und den Briefträger nicht einmal die 100 M. bewilligt würden. Bei 2400 etatsmäßigen Stellen handelt es sich nicht einmal um eine sehr hohe Summe. Die Landbriefträger haben einen sehr anstrengenden Dienst, namentlich in den Industriegebieten. Selbstloser können wir doch wachsel nicht sein, als wenn wir Sie bitten, die Unzufriedenheit der Postbeamten zu beseitigen und sich deren Dankbarkeit für die nächsten Wahlen zu sichern. (Weiterleit.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Der Hinweis auf die Resolution wegen des Gehalts der Staatssekretäre kann mich nicht berühren; ich habe mich gegen diese Resolution ausgesprochen. (Abg. Singer: Die Bemerkung war an den Reichstag gerichtet.) Die Postbeamten können mit den Eisenbahnschaffnern nicht gleichgestellt werden, zumal die Landbriefträger jetzt in die Klasse der Postbeamten aufsteigen können, wobei ihnen ihre Dienstzeit als Landbriefträger angerechnet wird. Die Landbriefträger sind in wenigen Jahren in ihrem Einkommen um 33 pCt. verbessert worden. Es bleiben nur noch 14 pCt. der Landbriefträger, die nicht in die Postbeamtenstellen übergehen. Das finanzielle Objekt würde mehr als 1 Million Mark betragen.

Nach Unterstaatssekretär im Reichs-Postamt Fischer spricht im gleichen Sinne.

Abg. Lieber: Die bayrischen Postboten, welche den Landbriefträgern gleich stehen, sind schon besser gestellt, als der Antrag

Singer verlangt. (Hört, hört! links.) Das Reich wird doch nicht als Reichwaller Landsturm hinter Bayern hervortreten wollen. (Weiterleit.)

Abg. Singer ändert seinen Antrag dahin, daß die Frist für die Erreichung des Höchstgehalts nicht von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt werden soll. Der einzige Grund der geltend gemacht sei, sei das preussische Schema, während Preußen eigentlich dem Reiche folgen sollte. In Preußen nimmt die Preisgebiltheit bei der Gehaltserhöhung nach oben zu und nach unten ab (Sehr richtig! links); da müßte das Reich für seine Unterbeamten dem preussischen Staate mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Daffe (nall.): Meine Freunde haben sich in früheren Jahren mehrfach im Sinne des Antrages Singer ausgesprochen, wir werden daher für denselben stimmen.

Abg. Werner (Reform-P.): Wir werden keinen Augenblick Anstand nehmen, dem Antrage zuzustimmen, besonders bezüglich der Landbriefträger.

Nachdem noch die Abgg. Beth und Benoit für den Antrag Singer sich ausgesprochen, wird der Antrag Singer einstimmig angenommen.

Darauf folgt die zweite Beratung des Nachtrags-Etats. Zum Grunderwerb für ein Präsidialgebäude für den Reichstag werden 1 000 000 M. bewilligt unter Annahme folgender Resolution, gegen welche Abg. v. Staudy namens der Deutschkonservativen sich ausgesprochen hatte:

Der Reichstag beschließt, die verbündeten Regierungen zu ermächtigen, außer dem Eckgrundstück an der Dorotheenstrasse auch die anstößenden Grundstücke an der Sommerstraße und am Reichstagsufer, zusammen 2486 Quadratmeter, für 1 175 000 M. zu erwerben, nur die angrenzenden, noch unbesetzten Grundstücke der privaten Bau speculation zu entziehen, die Möglichkeit einer eigenen elektrischen Lichtanlage für den Reichstag zu geben und bei Nichtbebauung des Teilgrundstückes an der Sommerstraßen-Ecke und dem Reichstagsufer den Gesamtsüßerbüch über das Reichstagsgebäude von der Marschallbrücke zu erhalten.

Zur Schaffung einer Reserve von Feldartillerie-Material werden 30 Millionen Mark verlangt.

Abg. Richter: Wir haben bei der Marine Abstriche von etwa 10 Millionen gemacht, wovon wir gescholten worden sind und noch heute in den Kreisblättern beschimpft werden. Die vaterlandslöse Gesellen werden wir für den dreifachen Betrag stimmen. Gerade die Aussicht auf diese Vorlage hat uns mitbestimmt, die Abstriche bei der Marine herbeizuführen. Es ist bedauerlich, daß die Fortschritte der Technik nicht bloß der Kultur zu gute kommen, sondern daß auch große Ausgaben für Kriegsrüstungen notwendig werden. Das läßt sich in dem waffenstarken Europa nicht vermeiden. Was wir an Eisen sparen würden, würden wir an Blut mehr opfern müssen. Wir wissen, welche Bedeutung die Artillerie im Kriege hat; die Erhaltung einer guten Artillerie ist eine Hauptforderung der Verteidigung, die Forderungen der Marine sind dem gegenüber von sekundärer oder gar tertiärer Bedeutung. Wir werden uns, so vaterlandslös wie wir sind, den weiteren Forderungen nicht widersetzen, die sich aus der jetzigen Bewilligung ergeben.

Die Forderung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Im übrigen wird der Nachtrags-Etat genehmigt, ebenso der zweite Nachtrags-Etat betr. die Vermehrung der Beamten des Reichs-Versicherungsamts und betreffend die Kosten der Pariser Weltausstellung, und der 3. Nachtrags-Etat 60 000 M. zu Remunerationen für die Beamten des Auswärtigen Amts.

Die zu diesen Nachtrags-Etats gehörigen Etats- und Anleihegesetze werden ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

Darauf erledigt das Haus noch eine Reihe von Petitionen nach den Vorschlägen der Kommission.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 22. Juni, 1 Uhr. (Dritte Beratung der Handwerker-Vorlage.)

Singer verlangt. (Hört, hört! links.) Das Reich wird doch nicht als Reichwaller Landsturm hinter Bayern hervortreten wollen. (Weiterleit.)

Abg. Singer ändert seinen Antrag dahin, daß die Frist für die Erreichung des Höchstgehalts nicht von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt werden soll. Der einzige Grund der geltend gemacht sei, sei das preussische Schema, während Preußen eigentlich dem Reiche folgen sollte. In Preußen nimmt die Preisgebiltheit bei der Gehaltserhöhung nach oben zu und nach unten ab (Sehr richtig! links); da müßte das Reich für seine Unterbeamten dem preussischen Staate mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Daffe (nall.): Meine Freunde haben sich in früheren Jahren mehrfach im Sinne des Antrages Singer ausgesprochen, wir werden daher für denselben stimmen.

Abg. Werner (Reform-P.): Wir werden keinen Augenblick Anstand nehmen, dem Antrage zuzustimmen, besonders bezüglich der Landbriefträger.

Nachdem noch die Abgg. Beth und Benoit für den Antrag Singer sich ausgesprochen, wird der Antrag Singer einstimmig angenommen.

Darauf folgt die zweite Beratung des Nachtrags-Etats. Zum Grunderwerb für ein Präsidialgebäude für den Reichstag werden 1 000 000 M. bewilligt unter Annahme folgender Resolution, gegen welche Abg. v. Staudy namens der Deutschkonservativen sich ausgesprochen hatte:

Der Reichstag beschließt, die verbündeten Regierungen zu ermächtigen, außer dem Eckgrundstück an der Dorotheenstrasse auch die anstößenden Grundstücke an der Sommerstraße und am Reichstagsufer, zusammen 2486 Quadratmeter, für 1 175 000 M. zu erwerben, nur die angrenzenden, noch unbesetzten Grundstücke der privaten Bau speculation zu entziehen, die Möglichkeit einer eigenen elektrischen Lichtanlage für den Reichstag zu geben und bei Nichtbebauung des Teilgrundstückes an der Sommerstraßen-Ecke und dem Reichstagsufer den Gesamtsüßerbüch über das Reichstagsgebäude von der Marschallbrücke zu erhalten.

Zur Schaffung einer Reserve von Feldartillerie-Material werden 30 Millionen Mark verlangt.

Abg. Richter: Wir haben bei der Marine Abstriche von etwa 10 Millionen gemacht, wovon wir gescholten worden sind und noch heute in den Kreisblättern beschimpft werden. Die vaterlandslöse Gesellen werden wir für den dreifachen Betrag stimmen. Gerade die Aussicht auf diese Vorlage hat uns mitbestimmt, die Abstriche bei der Marine herbeizuführen. Es ist bedauerlich, daß die Fortschritte der Technik nicht bloß der Kultur zu gute kommen, sondern daß auch große Ausgaben für Kriegsrüstungen notwendig werden. Das läßt sich in dem waffenstarken Europa nicht vermeiden. Was wir an Eisen sparen würden, würden wir an Blut mehr opfern müssen. Wir wissen, welche Bedeutung die Artillerie im Kriege hat; die Erhaltung einer guten Artillerie ist eine Hauptforderung der Verteidigung, die Forderungen der Marine sind dem gegenüber von sekundärer oder gar tertiärer Bedeutung. Wir werden uns, so vaterlandslös wie wir sind, den weiteren Forderungen nicht widersetzen, die sich aus der jetzigen Bewilligung ergeben.

Die Forderung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Im übrigen wird der Nachtrags-Etat genehmigt, ebenso der zweite Nachtrags-Etat betr. die Vermehrung der Beamten des Reichs-Versicherungsamts und betreffend die Kosten der Pariser Weltausstellung, und der 3. Nachtrags-Etat 60 000 M. zu Remunerationen für die Beamten des Auswärtigen Amts.

Die zu diesen Nachtrags-Etats gehörigen Etats- und Anleihegesetze werden ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

Darauf erledigt das Haus noch eine Reihe von Petitionen nach den Vorschlägen der Kommission.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 22. Juni, 1 Uhr. (Dritte Beratung der Handwerker-Vorlage.)

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung die Mittheilung des Präsidenten des Reichstags über den Reichstagsbeschluß zu dem von den Abgeordneten Nickerl und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Vereinswesen dem zuständigen Ausschusse zur Berathung überwiesen.

Partei-Nachrichten.

Tobienliste der Partei. In Jschopau i. S. ist einer unserer ältesten Parteigenossen, Karl Heinrich Breier, im Alter von 77 Jahren gestorben. Er war bereits Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und ist der Partei bis zu seinem Tode treu geblieben. — In Gera starben die Parteigenossen Emil Schindler und Christian Friedrich Weber. Letzterer stand im 68. Lebensjahre.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Gegen den Parteigenossen Ehardt in Komorowen bei Biala in Ostpreußen ist, wie die „Königsberger Volksstimme“ mittheilt, wegen Verbreitung der diesjährigen Märzzeitung Anklage erhoben. In der Märzzeitung soll die Geistesfreiheit beleidigt sein und durch die Verbreitung unter den bisher vom Geiste des Sozialismus unberührten Bevölkerungsklassen soll Ehardt — groben Unfug begangen haben. Wir werden ja hören, was die ostpreussischen Richter zu dieser Anklage sagen. Unserer Ansicht nach paßt auf die Anklage die bekannte Verfügung, die der Justizminister Schönstadt über die Handhabung des § 300¹¹ an die Anklagebehörden erlassen hat.

Gewerkschaftliches.

Verlu und Umgebung. Achtung, Glasarbeiter! In der Glasbleiserei von A. Meier in Berlin, Oranienstr. 21, sind Differenzen ausgebrochen. Wir bitten, den Zugang vorläufig zu unterlassen. Lokalverband Berlin des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen etc. Deutschlands.

Deutsches Reich. In Fürstenualbe a. d. Spree erklärte sich am 23. Mai eine gut besuchte öffentliche Löpferversammlung nach dem Referat unseres Genossen Jacobers aus Berlin mit allen gegen 4 Stimmen für den Anschluß an den Zentralverband der Löpfer Deutschlands.

Wegen der Aufforderung: „Arbeiter, unterstützt eure kämpfenden Brüder!“ hatte das Schöffengericht in Köln den verantwortlichen Redakteur der „Keinischen Zeitung“ zu einer Geldstrafe verurtheilt, weil er unbesugter Weise eine Kollektole veranstaltet hätte. Das Landgericht dagegen erkannte auf Freisprechung. Das Urteil ist wie folgt begründet: „Ein Kollektole im Sinne der Polizeiverordnung vom 24. Februar 1876, das mangels der dort vorgeschriebenen Genehmigung verboten und strafbar wäre, kann allein in diesen öffentlichen Aufforderungen zu Geldsendungen nicht erblickt werden; denn zum Kollektole gehört ein wirkliches Geldeinsammeln von Haus zu Haus, von Werkstelle zu Werkstelle, von Person zu Person.“

In Breslau kam zwischen den Vertretern der Tischler und der Unternehmer ein Vergleich zu Stande, der folgende Zugeständnisse enthält: 9 1/2 stündige Arbeitszeit; die Gesellen, die bisher 18—20 M. verdienen, erhalten einen Stundenlohn von 35 Pf., die mit einem Verdienst von 16,50 M. und darüber, einen Stundenlohn von 30 Pf., und die 12 M. und darüber verdienen, bekommen 25 Pf. die Stunde; für Arbeit nach Feierabend und Sonntags wird pro Stunde 10 Pf. extra gezahlt, für Stadtmontage 5 Pf. Zuschlag die Stunde und für das Holten eigenen Werkzeuges höchstens 50 Pf., für die Berechnung der Akkordarbeit wird ein besonderer

Tarif vereinbart. Weiter werden Gesellenbücher eingeführt, aus welchen ersichtlich ist, welche Gattung Arbeit geliefert und was dafür bezahlt wurde; diese Bücher bleiben Eigentum der Gesellen. Die Abmachungen sind in allen Werkstellen auszuführen. Eine Versammlung der Tischler stimmte dem Vergleich zu und beschloß, überall dort, wo er von den Unternehmern anerkannt wird, am 25. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Lohnkommission erhielt noch den Auftrag, sich mit den Unternehmern wegen Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung in Verbindung zu setzen.

Die Kupfer Schmiede legten, am 24. Mai etwa 40 Mann, am Montag die Arbeit nieder, da die Unternehmer den Tarif abgelehnt haben, der am 15. Mai eingeführt werden sollte. Der Tarif enthält folgende Forderungen: Für die Werkstätte: Zehnstündige Arbeitszeit, Lohn für Kupfer Schmiede bis zu 21 Jahren 40 Pf., über 21 Jahr 42 1/2 Pf., für Ueberstunden von 8—9 Uhr einen Lohnzuschlag von 25 pCt., Nacharbeit 50 pCt., Sonntagsarbeit von 6 bis 12 Uhr morgens 50 pCt., Sonntags Nachmittagsarbeit doppelten Lohn. Am Montag pro Stunde 80 Pf., Ueberstunden 25 beziehentlich 100 pCt. Zuschlag. Auf Stadtmontage gelten die Bedingungen für Werkstättearbeiten bei einem Zuschlage von 5 Pf. pro Stunde. — Zwei Geschäfte haben den Tarif unterschrieben bewilligt.

Aus Westenburg. Die Forderungen der Tischler Rostocks hat noch bewilligt die Blodo'sche Billardfabrik. Sonst ist in dem Auslande keine Veränderung eingetreten.

Die Maurer in Malchin fordern Abschaffung des Tageslohns, Einführung eines Stundenlohns von 30 Pf. und 10 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Meister haben noch nicht geantwortet.

Auf der Dampfziegelei Schulenberg bei Marlow streiken über 30 Arbeiter, weil der Domänenpächter Hillmann, dem die Ziegelei gehört, die jetzige 13stündige Arbeitszeit nicht auf 12 Stunden herabsetzen will. Der Herr schlug die beschriebene Forderung rüdweg ab und sagte hinzu, er würde sich Arbeiter aus dem Land-Arbeits-hause verschreiben! Hoffentlich macht ihm die Behörde einen dicken Strich durch diese Rechnung.

Die Schichtarbeiter in dem Bessmer Werk der Dortmunder Union erhielten bisher für 12 Meter lange, 700 Kilogramm schwere Schienen pro Hundert 10 M. Sie sollten jetzt die Arbeit für 7 1/2 M. machen und legten deshalb die Arbeit nieder. Da die von Hilfsrichtern hergestellte Arbeit sich als untauglich erwies, bot die Direktion den Streikenden 9 M. pro Hundert Schienen an, womit sich diese einverstanden erklärten. Der Streik ist somit beigelegt.

In Hannover war bei Beginn dieses Jahres eine öffentliche Maleverksamung aufgelöst worden, als sie der Vorsitzende nach der Bureauwahl auf einige Minuten vertagt hatte. Die Beschwerte dagegen wurde nach Verlauf von zwei Monaten vom Polizeipräsidenten Grafen v. Schwerin abgewiesen. Der Regierungspräsident hat dagegen die Beschwerte für begründet erklärt und die betreffende Verfügung des Polizeipräsidenten außer Kraft gesetzt.

In Magdeburg haben die Tischler ihre Forderungen in 80 Werkstellen (mit 130 Gesellen) bewilligt bekommen. In 27 Werkstellen ist die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden betrug nach der letzten Angabe der „Volksstimme“ 140.

Der Maurerstreik in Mülhausen i. Th. wurde am Sonnabend für beendet erklärt. Die Unternehmer bewilligten die ursprüngliche Forderung von 15 pCt. Lohnzuschlag und 10 1/2 stündige Arbeitszeit, der Höchstlohn beträgt 84 Pf., der Durchschnittslohn 33 Pf. pro Stunde.

In Frankfurt a. M. hat die Leitung der Elektrotechnischen Gesellschaft m. b. H. vormalig E. Braun'schweig ohne Rücksprache mit den Arbeitern am Montag bekannt gegeben, daß die bisher 8 1/2 stündige Arbeitszeit vom 1. Juni an um eine Stunde verlängert, der Lohn aber nicht erhöht werde. Die Zurücknahme dieser Maßregel wurde abgelehnt. Es sind deshalb Differenzen entstanden. In der „Volksstimme“ wird ersucht, Arbeitsangebote dieser Firma mit Vorbehalt anzunehmen.

Aus Schweinfurt berichtet der „Fränkische Volksbote“: Am Mittwoch wurde in der Belschner'schen Brauerei ein Bursche entlassen, mit dem sich seine Kollegen solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegten. Da von der guten Brauereioorganisation im Laufe des Sommers eine Lohnbewegung geplant war, wurde die Anwesenheit sofort in Angriff genommen und am Freitag sämtlichen Brauereien die Lohnforderung vorgelegt. Die vereinigten Brauereibesitzer kamen nach mehrstündiger Beratung überein, den größten Theil der Forderung zu bewilligen, was von den Arbeitern angenommen wurde. Da die Belschner'sche Brauerei auch den entlassenen Arbeiter wieder einstellte, wurde dort nach zweitägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeiter der Schwabacher Gießereiwerke haben am 25. Mai die Arbeit eingestellt, weil die Konzeptionen, die ihnen gemacht worden waren, nicht eingehalten wurden. Sie ersuchen die auswärtigen Schlosser, Dreher und Hülsenarbeiter um Vermeidung des Zuzuges.

Deyesagen und letzte Nachrichten.

Bremen, 26. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In einer Versammlung, die von über vierhundert Theilnehmern besucht war, wurde nach einem Referat des Genossen Lehmann eine Protestresolution gegen die Vereinsgesetz-Novelle angenommen.

Königsberg i. Pr., 26. Mai. Heute Nacht brannte in der Vorstadt „Kaiser Garten“ ein Wohnhaus nieder. Ein Mann fand in den Flammen seinen Tod, während ein zweiter sich beim Herabspringen aus dem Fenster schwere Verletzungen zuzog.

Hamburg, 26. Mai. (W. Z. B.) Jubiläum der Packetfabrik Aktien-Gesellschaft. Auf die als Gratulation dargebrachte künstlerisch ausgeführte Adresse der Angestellten erwiderte der Vorsitzende des Ausschusses G. W. Dietgens, die Verwaltung habe beschloßen, zum Andenken an diesen Tag in Dose bei Gurbaven ein großes Gebäude errichten zu lassen mit Freiwohnungen für invalide Angestellte und für bedürftige Wittwen von verstorbenen Angestellten.

Leipzig, 26. Mai. (W. Z. B.) Ein schwerer Unglücksfall, bei welchem drei Familienväter das Leben einbüßten, ereignete sich, der „Leipziger Zeitung“ zufolge, heute Vormittag in der Dampfbrauerei zu Zwenkau. Dasselbst wird ein großer Eiseller gebaut; derselbe brach, wahrscheinlich infolge der andauernd feuchten Witterung, zusammen. Das einschüßende Gewölbe begrub die Maurer. Bei allen Dingen war der Tod sofort eingetreten.

Wien, 26. Mai. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Im weiteren Verlaufe der Sitzung setzte die Linke ihre bisherige Taktik fort. Es wurden in achtsündiger Sitzung 15 namentliche Abstimmungen vorgenommen, ohne daß es möglich wurde, zur Tagesordnung überzugehen.

Breslau, 26. Mai. (W. Z. B.) Der Thierhändler Anton Ruzicka tödtete seine von ihm getrennt lebende Ehefrau und schlich sich sodann den Bauch auf.

Budapest, 26. Mai. (W. Z. B.) Heute hat das Tuell des Intendanten Baron Ropcsa mit dem Abgeordneten Bartol stattgefunden. Letzterer wurde durch sechs Sabelhiebe schwer verletzt.

Lebanger (Norwegen), 26. Mai. (W. Z. B.) Seit heute Vormittag wüthet hier ein großes Feuer, dem bereits das Lehrerseminar und sieben Häuser zum Opfer gefallen sind.

Athen, 26. Mai. (W. Z. B.) Zwischen dem Ministerpräsidenten Kalli und dem italienischen Deputirten de Felice kam es heute im Marineministerium zu einem äußerst lebhaften Auftritte. De Felice stellte dem Ministerpräsidenten in überaus erregter Weise zur Rede. Der Minister rief nach der Polizei und beauftragte dieselbe, de Felice an Bord des italienischen Panzerschiffes im Piraeus zu bringen. Den Kommandanten des letzteren ließ er bitten, dem de Felice nicht zu gestatten, wieder griechischen Boden zu betreten.

Prozess v. Tausch — v. Lühow.

Dritter Tag. Mittwoch, 26. Mai.

Der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Böckler, bemerkt, daß er die zu heute geladenen Zeugen wieder entlassen müsse, da er im günstigsten Falle heute nur die Vernehmung der beiden Angeklagten zu Ende führen könne. Oberstaatsanwalt und Verteidiger erklären, daß sie sich Mühe geben werden, nicht Dinge in die Verhandlung zu ziehen, die außerhalb des Rahmens der Anklage liegen. Längere Erörterungen knüpfen sich an den Antrag der Verteidiger Lühow's, den

Polizeirath Bahn in Straßburg

als Zeugen zu laden. Oberstaatsanwalt Drescher giebt zu bedenken, daß, wenn dieser Zeuge darüber vernommen werden soll, ob v. Tausch gegen ihn eine Animosität gehabt und bestrbt war, ihn aus seinem Amte zu verdrängen, die Gefahr vorliege, die Verhandlungen schließlich doch weit über den gewöhnlichen Rahmen, der möglichst inne gehalten werden soll, hinausgehen könnten. — Außerdem müssen die Thatsachen bestimmt angegeben werden, über welche Polizeirath Bahn vernommen werden soll, da ja die vorgefachte Behörde diese kennen muß, ehe sie beurtheilen kann, ob und wieweit sie das Gebot der Amtspflicht wegen Befugtheit aufheben könne.

Der Gerichtshof befaßt sich eine Beschlußfassung über den Antrag vor. — Rechtsanwalt Dr. Lubjzynski bittet um Aufschub über das Schicksal seines Antrages, den Herrn Minister v. B. Preke zu laden. Der Vorsitzende erklärt, daß der Gerichtshof den Antrag abgelehnt habe.

v. Tausch als Hilfskraft des Kriegsministeriums.

Präs.: Angell. v. Tausch, Sie haben gestern zugestanden, daß Sie einen unbestimmten Verdacht gehabt haben, daß die Quittung gefälscht sei. Sie geben doch zu, daß Sie als Kriminalbeamter zur Verfolgung strafbarer Handlungen mitzuwirken hatten. — v. Tausch: Als Beamte an sich ja, in diesem Falle nicht. Ich hatte in diesem Falle wesentlich nur die Aufgaben einer polizeilichen Hilfskraft des Kriegsministeriums und hielt es gegen das Staatsinteresse, gegen v. Lühow wegen der Quittungsfälschung vorzugehen, zumal Oberstleutnant Gade gesagt hatte: Für uns ist die Sache abgemacht, wir wünschen weiter keine Verfolgung. — Präs.: Ist der Oberstleutnant Gade nicht hinzugefügt: Was Sie weiter thun wollen, ist Ihre Sache. — v. Tausch: Gewiß; ich nehme aber das als Hinweis, daß ich eine Strafverfolgung unterlassen sollte. — Präs.: Wie so war durch die Verfolgung Lühow's das Staatsinteresse gefährdet? — v. Tausch: Ich hatte das Gefühl, daß das Staatsinteresse leide, wenn in öffentlicher Verhandlung der Kampf zweier Minister in die Erscheinung treten würde. — Präs.: Gatten Sie etwa ein persönliches Interesse an der Nichtverfolgung Lühow's, da doch Herr Staatssekretär v. Marschall in den ganzen Prozesse kein Staatsinteresse gefährdet sah. — v. Tausch: Ich hätte gar kein Interesse daran, den Lühow der Strafe zu entziehen. — Präs.: Es werden nun aber mehrere Momente angeführt, die diese Absicht bei Ihnen als vorliegend erweisen sollen. Sie sollen den Angeklagten v. Lühow in der Verhandlung vor 4. Dezember sehr geschont haben. Warum schwiegen Sie auch noch, als in der Kufuschk-Quittungssache v. Lühow direkt die Unwahrscheinlichkeit sagte? Warum traten Sie nicht auf und erklärten, daß Sie schon damals von der Fälschung der Quittung durch Lühow überzeugt waren. — v. Tausch: Ich war ja Hauptzeug in dieser Sache, mußte also doch noch darüber vernommen werden; mich vorzeitig in die Verhandlung einzumischen, hatte ich keinen Grund. Den Lühow zu schonen, hatte ich keinen Anlaß. Als würde ich nie absichtlich auf einen Unschuldigen unbegründeten Verdacht ruhen lassen.

v. Tausch's Gerechtigkeitsgefühl.

v. Tausch (mit erhobener Stimme fortsahrend): Das würde mein Gerechtigkeitsgefühl nicht zulassen, das für die Behörden bekannt. — Rechtsanwalt Dr. Holz: Der stenographische Bericht zeigt, daß v. Tausch auch nicht gesprochen hat, als er dazu berufen war, sofern daß er sich alles mit der Zange hat herausziehen lassen.

Beamten-Eid und Zeugen-Eid.

v. Tausch: Die Entdeckung der Urkundenfälschung war mir ganz gleichgültig. Ich hatte als preussischer Beamter bloß immer die Sorge, daß die Einzelheiten der Affäre v. Köller und v. Bronst nicht in die Öffentlichkeit gezogen würden. Ich hatte nur in sehr beschränktem Maße von meiner vorgefachten Behörde die Erlaubnis erhalten, auszusagen und war in einer sehr peinlichen Lage, doch mir immer überlegen mußte, ob ich diese Erlaubnis nicht überschreite. — Oberstaatsanwalt Drescher: Der Zeugeneid verpflichtet den Zeugen auch, nichts zu verschweigen. Der Verklagte war über das Zustandskommen der Quittung befragt worden, er wußte, daß die Quittung gefälscht war und sagte nichts davon, ebensowenig produzierte er die beiden Briefe Lühow's, die er in seiner Mappe bei sich trug. Er brachte sie wohlweislich aber sofort zum Vorschein, als Lühow gegen ihn selbst vorging. — Präs.: Gatten Sie dem Kenntnis davon, daß Lühow Sie der Beihilfe zur Quittungsfälschung bezichtigte? — v. Tausch: Nein. — Präs.: Wann waren die Briefe allerdings kein Beweis für eine stattgehabte Fälschung und vom Standpunkte des damaligen Prozesses kann man vielleicht verstehen, daß der Angeklagte v. Tausch die Briefe nicht vorgelegt hat. — Oberstaatsanwalt Drescher: Zu jener Zeit doch Tausch schon zu Major Gade über die Fälschung sich geäußert hatte, waren die Briefe vom Standpunkte Tausch's aus allerdings eine kolossale Belastung Lühow's und Entlastung Tausch's; daher die Produktion am folgenden Tage, als Lühow gegen ihn vorging. — Präs.: Heute ist aber auch ein anderer Standpunkt für Tausch möglich und dieser muß auch hervorgehoben werden. — v. Tausch: Diese Briefe fielen mir erst ein, ich sah, daß Lühow alles leugnete und mich beschuldigte wollte. — Präs.: Ich glaube wirklich nicht, daß wir in jedes Wort und jede Fälschung oder Unterlassung der Angeklagte aufs Minutöseste durchgehen können. Wir würden uns sonst Bodenlose verlieren und in eine Superrevision des laufenden Prozesses eintreten, die zu nichts führen würde. — Staatsanwalt Dr. Eger: Die Anklagebehörde sieht allerdings f dem Standpunkte, daß es durchaus notwendig ist, den Geschworenen ein klares Bild der damaligen Verhandlungen vorzuführen damit sie in klaren sind, selbst zu beurtheilen, ob der Angeklagte Tausch seine Eidespflicht verletzt hat. Die Herren Geschworenen müssen selbst beurtheilen können, ob der Angeklagte, als er die Quittungsfälschung vernommen wurde, nicht verpflichtet war sofort seine ganze Wissenschaft darüber mitzutheilen. — Präs.: Ich muß auf meinem Standpunkte verharren, daß es nicht möglich ist, den Geschworenen die ganze vorige Verhandlung vorzuführen und ihnen ein genaues Bild derselben zu geben. Es ist nicht einmal möglich an der Hand des stenographischen Berichtes, denn da fehlt noch etwas ganz Wichtiges: die Mienen der Geberden, die Gesten. Einzelne Aeußerungen aus jener Verhandlung herauszugreifen und den Angeklagten daraufhin festzunageln nach meiner Ansicht einem objektiven Verfahren nicht entsprechen. Staatsanwalt Dr. Eger: Gerade deshalb habe ich schon einmal den Antrag gestellt, den Abschnitt, in welchem die Verhandlungen der Fall Kufuschk enthalten sind aus dem stenographischen Bericht zu verlesen. — Rechtsanwalt Dr. Sello: Dann muß beantragen, den ganzen stenographischen Bericht zu verlesen. Angell. v. Tausch: Ich bitte zu bedenken, daß ich doch nicht in Zeuge wie jeder andere war. Ich trug

eine Fülle von Wissen über alle möglichen Dinge mit mir herum, ich war fortwährend in Angst, ob ich nicht in meinen Aussagen zu weit ginge, ob ich nicht da und dort anstöße und war in fortwährendem Kampf mit mir selbst, was ich von meiner Wissenschaft verrathen dürfte und was nicht. — Präsident: Sie sind sich doch klar darüber, daß auch der Beamte unter keinen Umständen einen Meineid leisten darf. — v. Tausch: Gewiß. Das wollte ich auch für mich nicht in Anspruch nehmen, ich wollte nur sagen, daß ich immer im Zweifel darüber war, was ich, ohne Verletzung meiner Eidespflicht, sagen müsse oder aber nicht zu sagen brauche. Außerdem ist mir die Gabe der Rhetorik nicht gegeben; ich kann logisch denken, aber kann mich nicht ganz präzis ausdrücken, so daß ich oft das Gegentheil von dem ausdrücke, was ich meine. Das ist mir schon oft in förmlicher Weise nahe gelegt worden. — Rechtsanwalt Dr. Sello: Ist dem Angeklagten v. Tausch überhaupt einmal in amtlicher Weise Kunde davon geworden, daß die vom Kriegsministerium eingeleitete Untersuchung gegen „Unbekannt“ kein Ergebnis gehabt hat? — v. Tausch: In amtlicher Weise niemals. Dr. Oberstleutnant Gade hat mir nur einmal gesprächsweise gesagt: Aus der Sache ist nichts geworden. — R. A. Dr. Holz: Wenn der Angeklagte dem Oberstleutnant Gade in dieser Sache attacht war, so ist solche Mitteilung des letzteren doch gewiß genügend. — Rechtsanwalt Dr. Sello: Waren dem Angeklagten überhaupt irgend welche, über Vermuthungen hinausgehende Thatsachen dafür bekannt geworden, daß die Quittung gefälscht war? — Angell.: Nein. — Rechtsanwalt Dr. Sello: Der stenographische Bericht zeigt, daß der Angeklagte v. Tausch allein vom Vorsitzenden 86 Mal befragt worden ist.

Der Gerichtshof beschließt die Verlesung der Vernehmung Kufuschk's aus dem stenographischen Bericht des Ledert-Lühow-Prozesses, welche geraume Zeit in Anspruch nimmt.

Widersprüche.

Nach Beendigung der Verlesung hebt Rechtsanwalt Dr. Sello hervor, daß bei dem ganzen forensischen Duell zwischen v. Lühow und Kufuschk der Oberstleutnant Gade anwesend war. — Oberstaatsanwalt Drescher: Wenn darin etwa der Vorwurf liegen soll, daß der Oberstleutnant Gade dann dasselbe gethan, wie der Angeklagte v. Tausch, so muß ich denselben doch aufs entschiedenste dagegen verwahren. Oberstleutnant Gade war gar nicht im Besitze des Beweismaterials, das der Angeklagte v. Tausch in der Tasche bei sich trug. Er kannte auch gar nicht das Verhältnis, welches zwischen v. Lühow und v. Tausch obwaltete. — Rechtsanwalt Dr. Sello: Der Angeklagte v. Tausch war ebenso Zeuge wie Herr Gade Zeuge war. Im übrigen verwahre ich mich auf das entschiedenste dagegen, daß ich gegen den Oberstleutnant Gade einen Vorwurf erheben wollte. Wenn das meine Absicht wäre, so wäre ich Mannes genug, ihn offen zu erheben, aber nicht verdeckt! — Rechtsanwalt Dr. Holz macht auf kleine Widersprüche zwischen dem damaligen Zeugnis des v. Tausch und seiner heutigen Aussage aufmerksam. — Präs.: Aber, meine Herren, wir urtheilen doch hier als Menschen über Menschen. Wenn verlangt wird, daß mit mathematischer Genauigkeit jedes Wort einer Aussage mit einer früheren Aussage übereinstimmen muß, dann möge einen Gott davor behüten, jemals als Zeuge vorgefordert zu werden. — Rechtsanwalt Dr. Lubjzynski stellt durch Befragen des Angeklagten v. Tausch fest: Dieser habe heute und gestern immer betont, daß es seine eifrigste Sorge war, daß diese Dinge nicht zum Gegenstande öffentlicher Erörterungen würden. Andererseits aber hat er zwei Tage vor seiner Vernehmung dem Journalisten Liman die Quittung gezeigt und den Verdacht der Fälschung offen ausgesprochen. — v. Tausch: Das habe ich gewissermaßen in der Rathwehr gethan. Ich habe aber Herrn Siman um Diskretion gebeten. — Ueber die Art der Befragung durch die Verteidigung Lühow's und die daran sich knüpfenden Schlussfolgerungen der letzteren kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Rechtsanwältten Dr. Schwindt und Dr. Lubjzynski. Letzterer erklärt, daß er sich jede Kritik seiner Thätigkeit seitens des Mitverteidigers verbitte, da er nur der Disziplin des Vorsitzenden unterliege.

v. Tausch bringt Lucanus in Verdacht.

Rechtsanwalt Dr. Lubjzynski wünscht ferner Auskunft darüber, wie v. Tausch dazu gekommen sei, in dem Bericht, den er über die ganze Angelegenheit (Recherchen nach dem Urheber des Telegramms der Münchener „Neuest. Nachr.“), auch den Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus als den vermeintlichen Verfasser zu nennen.

Wie v. Tausch seinen Vorgefachten berichtet.

Der Bericht an den Polizeipräsidenten v. Windheim wird verlesen und lautet, soweit im Zusammenhang die Verlesung vernünftig war, in wesentlichen wie folgt:

Nach Erscheinen der Depesche in den Münchener „Neuesten Nachrichten“ (über die Militär-Strafprozess-Reform) sei in weiten Kreisen die Uebergangung verbreitet gewesen, daß nur eine sehr gut orientirte, in hoher Staatsstelle stehende Person der Urheber sein könne. Genannt wurden mir unter anderen Personen die Minister Bötticher, Eulenburg, v. Köller, Miquel, General Habute und Zivilkabinetts-Chef Lucanus. Die Depesche sei jedenfalls nur abgefaßt worden, um gegen Bronst den Verdacht aufzubringen, daß er Pressverbindungen habe. Er habe v. Lühow mit den Recherchen beauftragt; dieser sei nach einigen Tagen gekommen und habe gesagt, die Depesche stamme aus dem literarischen Bureau des Ministeriums des Innern; er habe aber die Richtigkeit dieser Meldung Lühow gegenüber sofort bezweifelt und Beweise für seine Behauptung verlangt. Nächster Tage habe er durch Major Gade erfahren, daß der Verdacht des Kriegsministers auf das literarische Bureau sich noch mehr konzentriert habe. Weiter habe ihm Herr Gade erzählt: Eines Tages sei Excellenz Hohenlohe zu Herrn Minister Bronstart gekommen und habe ihn gefragt, ob Herr Bronstart den Minister Köller empfangen wolle. Daraufhin habe Herr v. Köller den Besuch gemacht, und bei dieser Gelegenheit habe Herr v. Köller zugestanden, daß er auch noch nach Erscheinen jener Depesche Artikel ähnlichen Inhalts inspirirt habe. Herr Major Gade habe ihm weiter erzählt, daß Herr v. Köller dies auch gelegentlich der Lehlinger Jagd dem General v. Plessen gegenüber zugestanden habe.

Später sei Tausch zu Herrn v. Köller gerufen worden und habe ihn dieser bei dieser Gelegenheit gefragt, ob er wüßte, wer der Urheber der Depesche in den Münch. „N. Nachr.“ sei, oder ob sich der Verdacht der Inspiration schon auf bestimmte Personen gelenkt habe. Ich nannte ihm bezüglich des Nachsatzes einige Namen, darunter auch den von Lucanus. Nach dessen Andeutung erwiderte mir Köller: „Ich sehe, daß Sie richtig orientirt sind“. Er lege großen Werth darauf, daß der Verfasser ermittelt werde, und ich sollte auch die größten Geldopfer nicht scheuen, wenn ich diesen Zweck glaube erreichen zu können.

(Mittagspause.)

Bahn's Vorladung abgelehnt.

Nach Wiederansnahme der Sitzung überreicht Rechtsanwalt Dr. Holz seinen formulirten Antrag auf Ladung des Polizeiraths Bahn. Er soll bekunden, daß dem Angeklagten v. Tausch seit der Schnäbele-Affäre in den Reichsländern Schwierigkeiten erwachsen, daß v. Tausch animos gegen ihn war und Versuche

gemacht habe, ihn aus seiner Stellung als Leiter der Polizei in den Reichsländern zu verdrängen. — Die Rechtsanwält Dr. Sello und Dr. Schwindt beantragen gleichfalls die Ladung des Polizeiraths Bahn, um gerade das Gegentheil dieser Behauptungen zu erweisen. — Oberstaatsanwalt Drescher erklärt sich gegen diese Ladung, da man sich bei der Hineinziehung immer neuer Momente ins Uferlose verlieren würde. — Der Gerichtshof beschließt nach kurzer Berathung, den Antrag abzulehnen, weil er zum einen Theil nur auf Urtheile sich beziehe, zum andern Theil nicht genügende Thatsachen angeben seien, die erweisen könnten, daß v. Tausch gegen Bahn animos war.

R. A. Dr. Lubjzynski: Der Angeklagte v. Tausch hat in seinem

Berichte an den Polizeipräsidenten

angedeutet, daß sechs Personen in den höchsten Staatsämtern Verfasser der Depesche in den Münch. „N. N.“ sein könnten, nämlich Minister Miquel, Minister Eulenburg, Herr v. Lucanus, General v. Habute, Minister v. Köller und v. Bötticher. Woher halte der Angeklagte diese Kenntniss? — v. Tausch: Nicht von Agenten, sondern von Privatpersonen. — R. A. Lubjzynski: Von autoritativer Seite oder bloß gesprächsweise? — Präs.: Was nennt der Verteidiger autoritative Seite? — Rechtsanwalt Lubjzynski: Leute, die über die Bedeutung solcher Aussagen urtheilsfähig sind und sie jeden Augenblick mit Beweisen belegen können. — v. Tausch: Ich nenne diese Personen nicht. — Rechtsanwalt Lubjzynski: Hat Herr Tausch von dem Verdacht betreffs der Köller'schen Autorität auch demverit Mitteltheilung gemacht oder nur beim Kriegsministerium? — Rechtsanwalt Dr. Sello: Ich muß besonders betonen, daß der Angeklagte zu den ganzen Mitteltheilungen doch von seiner vorgefachten Behörde aufgefordert worden ist. — Rechtsanwalt Dr. Lubjzynski: Ich frage den Angeklagten v. Tausch, ob denn der Oberstleutnant Gade oder er selbst den Verdacht auf das literarische Bureau gelenkt hat? — Angell.: Nein, ich habe auf grund der Mitteltheilungen Lühow's den Verdacht zuerst ausgesprochen. — Rechtsanwalt Dr. Lubjzynski: Wie kommt es dann, daß der Angeklagte in seinem Bericht an den Polizeipräsidenten gemeindet hat, daß der Oberstleutnant Gade den Verdacht auf das literarische Bureau lenkte. — Angell.: Ich hätte es ja auch anders ausdrücken können. — Präs.: Ich meine, Sie hätten es anders ausdrücken müssen. Sie mußten doch davon überzeugt sein, daß eine solche Mitteltheilung nicht ohne Wichtigkeit sein konnte. — v. Tausch: Ich habe den Bericht auf Anordnung des Geh. Rath's Mühl schnell anfertigen müssen; er war auch nur für den Präsidenten bestimmt. Ich habe mich darin vielleicht nicht ganz korrekt ausgedrückt, ich wollte nur Bezug nehmen auf den Verdacht, durch welchen der Verdacht auf das literarische Bureau gelenkt wurde. — R. A. Dr. Sello: Aus dem Bericht ist doch heranzulesen, daß zuerst Herr v. Tausch den Verdacht auf das literarische Bureau gelenkt hatte und daß nach Ansicht des Berichterstatters der Verdacht sich nachher mehr und mehr auf das literarische Bureau konzentrierte. — R. A. Dr. Lubjzynski geht die Einzelheiten des qu. Berichtes noch weiter durch; er fragt, ob Oberst Gade an Tausch wirklich Mitteltheilungen gemacht, daß er auch noch nach der Münchener Depesche verschiedene Artikel ähnlichen Inhalts inspirirt habe. — v. Tausch: Ja wohl, öfters sogar, und noch ganz andere. (Rechtsanwalt Sello nimmt Rücksprache mit seinem Klienten v. Tausch und dieser erklärt:)

v. Tausch: Dieser Bericht war nur für meine vorgefachte Behörde bestimmt, also sekretär Art; ich werde mich darüber erst äußern, wenn Herr v. Windheim und Oberst Gade vernommen werden. Es kommt bei Gelegenheit dieser Fragestellungen wieder, wie schon öfters, zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Rechtsanwältten Dr. Sello und Dr. Lubjzynski; der Vorsitzende nimmt Veranlassung zu bitten, alle Animosität zu unterlassen. Man komme nicht weiter, wenn sich die beiderseitigen Verteidiger immer bemühen, den Geschworenen die Unglaubwürdigkeit des anderen Angeklagten vorzuführen. Das sei die bedauerliche Folge der Zusammenlegung der beiden Anklagen.

Wie v. Tausch seine Agenten verhaften ließ.

Die Anklage wirft dem Angeklagten v. Tausch vor, daß er seine Pflicht vernachlässigt habe, indem er den v. Lühow nicht schon am Abend des 9. Oktober, sondern erst am 10. Oktober morgens habe verhaften lassen. Außerdem wird ihm vorgeworfen, daß er dem v. Lühow vor seiner Abführung noch Geld gegeben habe. v. Tausch erklärt den Ausschub der Verhaftung mit technischen Schwierigkeiten und mit seiner körperlichen Ermattung an jenem Tage. Daß er einem Agenten, der ihm fünf Jahre gedient, auch noch 10 M. gegeben habe, sei doch nur ein Ausdruck von Humanität, die er auch anderen Verhafteten gegenüber schon oft bewiesen, wenn er solchen z. B. habe Essen geben lassen.

Die gemüthliche Hausdurchsuchung.

Präs.: Sie sollen auch, als Hausdurchsuchung bei Lühow angeordnet worden war, Ihren Beamten so lose Instruktionen für die Hausdurchsuchung gegeben haben, daß diese nichts damit anzufangen wußten. Darauf soll Ihre Bemerkung schließen lassen: „Hausdurchsuchung müssen Sie halten, aber finden werden Sie nichts!“ — v. Tausch: Ich habe absichtlich selber nichts gethan, um den Verdacht fernzuhalten, als wollte ich meinem Agenten Hilfe leisten. Deshalb habe ich auch zu dem Wachtmeister gesagt: Hausdurchsuchung müssen Sie halten, aber Lühow giebt Ihnen heraus, was er hat. Dies ist auch meine Meinung gewesen. Ich war der Uebergangung und bin es noch heute, daß v. Lühow wirklich der Däpirt war und gern herausgegeben werde, was beweisen könnte, daß er dupirt worden. — Präs.: Aber aus dieser Bemerkung mußten ja Ihre Beamten schließen, daß Sie nicht hausdurchsuchten, sondern sich damit begnügen sollten, was ihnen v. Lühow gab. — v. Tausch: Ja, was der Beamte sich dachte, weiß ich nicht; aber ich glaube nicht, daß er diesen Sinn mir unterlegt hat. — Präs.: Sie haben aber an Lühow auch noch nach seiner Hastentlassung Geld gegeben. — v. Tausch: Das war nur der Rest seines Gehaltes. — Präs.: Wann wird das Gehalt bezahlt. — v. Tausch: Am ersten jeden Monats und am 15., weil die Leute sonst immer schon am zweiten um Vorschuß kommen.

Polizeimoral.

Ein weiterer Vorwurf der pflichtwidrigen Schonung des v. Lühow besteht darin: Trohdem v. Tausch schon in der Kufuschk-Affäre mit v. Lühow sehr böse Erfahrungen gemacht hatte, hat er doch in seinem nachträglichen Bericht an den Polizeipräsidenten behauptet, daß ihm v. Lühow seines Wissens nie die Unwahrscheinlichkeit gesagt habe. — Präs.: Wir wollen Sie das erläutern? — Angell. v. Tausch: Ich habe schon gesagt, daß das Arbeiten mit den Agenten äußerst schwierig ist und daß es für einen Kriminalkommissarius oft nicht angängig erscheint, einen Stein auf einen Agenten zu werfen. Außerdem ist ein Unterschied, ob man vor Gericht Aussagen macht oder bloß einen Bericht erstattet. In einem Bericht richtet man sich so ein, daß man gerade noch so durchschlüpft; wenn wir alles ankündigen, was wir wissen, würden wir unsere Behörden oft in die größte Verlegenheit bringen. — Präs.: Sie haben uns gestern gesagt, daß die besten Agenten oft die unsaubersten sind. Sind Sie nicht der Meinung, daß es höchst bedenkliche Juranden herbeiführen könnte, wenn ein solcher mauvais sujet schlechte Dinge treibe und doch der oberste Polizeichef nicht in der Lage wäre, die Wahrheit über einen solchen Agenten zu erfahren. — Angeklagter v. Tausch: Wir Kriminalkommissare müssen gerade in dem Verkehr mit den Agenten

selbständig sein und sind es auch. Der Polizeipräsident hat mit dem Agentenwesen an sich gar nichts zu thun; er kennt die Namen der Agenten garnicht. — Präsi.: Halten Sie es denn mit Ihren Amtspflichten vereinbar, daß Sie über die Agenten, deren Thätigkeit, von Dummheiten ganz abgesehen, oft geradezu eine verbrecherische ist, Ihren Vorgesetzten bis auf die Namen in Unkenntnis hielten? Da werden also die Behörden von Leuten bedient, deren sie sich schämen müßten, wenn sie sie kennen würden. — v. Tausch: An Agenten darf man nicht diese Anforderungen stellen! — Präsi.: Wieso denn? — Angekl.: Ich habe schon wiederholt betont, daß ich es im Staatsinteresse für erforderlich hielt, die Affäre Kulusch nicht an die große Glocke zu bringen. Hätte ich nun den Polizeipräsidenten etwas von der Urkundenfälschung des v. Lühow mitgeteilt, so würde dieser verpflichtet gewesen sein, weiteren Bericht zu erfordern und auch weiteren Bericht zu erstatten und so wäre das, was ich gegen das Staatsinteresse verstoßend erachtete, doch an die Öffentlichkeit gekommen. — Präsi.: Meinen Sie denn, daß der Polizeipräsident den v. Lühow noch weiter im Dienste der Polizei gelassen haben würde, wenn er die Wahrheit über ihn gewußt hätte. — v. Tausch: Ich bin dieser Ansicht. — Präsi.: Ja, dann hätten Sie doch erst recht nicht zu einer falschen Darstellung im Bericht zu greifen brauchen! — Angekl.: Herr Präsident, Sie müssen sich doch nur in die Seele eines solchen Polizeibeamten hineinsetzen, der auf der einen Seite ohne Agenten nicht auskommen kann, andererseits aber wohl weiß, daß diese Agenten aus Leuten sich rekrutieren, denen man auch zutrauen kann, daß sie mal eine faule Sache machen. Wenn man solchen Agenten dann sofort zur Verantwortung ziehen wollte, dann würden wir bald gar keine Agenten mehr haben. Die Kriminalkommissare müssen selbständig sein; wollten sie alles sagen, würden ihre Vorgesetzten nur in Verlegenheit kommen. Der Polizeipräsident muß jederzeit seine Beamten desavouieren können. Wer's gut und ehrlich meint mit der Polizei, darf es nicht anders machen, weil die Behörden sonst in vielfache Verlegenheit kommen. Bei diesem Falle des v. Lühow habe ich einen Konflikt zwischen meinen Polizeipflichten und meinen Rücksichten auf das Staatswohl zu überwinden. — Oberstaatsanwalt Drescher: Was der Angeklagte über die Organisation und über das Verhältnis des Polizeipräsidenten zu diesen Agenten gesagt hat, ist ganz zutreffend und ich mache ihm in dieser Beziehung keinen Vorwurf. Etwas anderes ist es, wenn der Polizeipräsident sich erlaubt, dann muß er ein wahrheitsgemäßes Bild erhalten und da geht mein Vorwurf dahin: Ich war es, der den Polizeipräsidenten aufforderte, einen Bericht über die Angelegenheit von dem Angeklagten einzufordern. Ich verfolgte damit den Zweck, Anhaltspunkte über die Glaubwürdigkeit des v. Lühow zu erhalten. Wenn nun in einem solchen Falle, wo der Präsident von seiner sonstigen Gepflogenheit abweichend über einen ganz bestimmten Agenten bestimmte Auskunft haben will, der Angeklagte einen unrichtigen Bericht einliefern, so widerspricht das allerdings nach meiner Ansicht entschieden den Pflichten, die ein Polizeibeamter zu erfüllen hat. — v. Tausch: Der Bericht ging an den Geh. Polizeirath Muhl; derselbe kannte die Sache aber ebenso gut wie ich; wenn der auch schwieg, mußte ich doch annehmen, daß es verschwiegen bleiben soll. Ich muß wiederholen, daß ein Beamter häufig nach eigenem Ermessen handeln muß, kann er dies nicht, dann wird es keine leistungsfähigen Beamten mehr geben. Ich bleibe dabei, daß ich richtig handelte, als ich es vortrug, die von v. Lühow begangene Straftat für mich zu behalten, anstatt Befehle zu laufen, höhere Interessen zu gefährden. — Oberstaatsanwalt Drescher: Mein Zweck war im vorliegenden Falle gar nicht die öffentliche Erörterung; die wäre vielleicht gar nicht eingetreten, wenn v. Tausch wahrheitsgemäß gemeldet hätte: Lühow ist ein Agent, vertrauenswürdig wie alle anderen. Dann wäre vielleicht ein Eingehen in diese ganzen delikaten Sachen vermieden worden. — v. Tausch: Das konnte ich doch nicht wissen; ich wollte es der Staatsanwaltschaft verschweigen, deshalb konnte ich den Polizeipräsidenten nicht in Verlegenheit bringen.

Zwischenruf des Oberstaatsanwalts: „unter Umständen falsch berichten.“
v. Tausch: Nein, Herr Oberstaatsanwalt, nicht in Verlegenheit bringen. Hätten Sie mich selbst kommen lassen und hätte ich gewußt, um was es sich handelte, hätte ich es Ihnen vielleicht gesagt.
Oberstaatsanwalt Drescher: Ich würde dann eben v. Lühow verfolgt haben, weil ich darüber eine andere Auffassung habe.
Präsi.: Das wollte v. Tausch eben vermeiden.

Die Entschuldigung des Präsidenten.

Dem Angeklagten v. Tausch wurden noch verschiedene Stellen aus dem stenographischen Bericht vorgehalten, in welchen der Oberstaatsanwalt eine Verletzung der Eidspflicht erblickt. Der Angeklagte sucht diese Vorwürfe durch seine Erklärungen zu entkräften. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß sich bei der damaligen Vernehmung des Angeklagten v. Tausch eine ganze Reihe der verschiedensten Kreuz- und Querfragen entwickelt hätten und es sei am Ende doch zu viel verlangt, wenn er nun für jede Antwort zur Rechenschaft gezogen, oder jedes Wort auf die Nagelschale gelegt werden sollte.
v. Tausch ruft dazwischen: Und hinter mir stand immer Herr v. Marschall! — Präsi.: Diese Bemerkung war überflüssig und ist nur bildlich zu verstehen; aber sie ist charakteristisch für Ihren Zustand; (zu den Geschworenen) nicht jedem ist es gegeben, sofort schärf und klar zu verstehen, worum es sich handelt und welches Wort am Platze ist.

Die Artikel in der „Welt am Montag.“

Die Vernehmung der Angeklagten wendet sich hierauf den bekannten Artikeln der „Welt am Montag“ über den Jarentoast und der Frage zu, ob v. Tausch etwas Falsches beschworen hat, wenn er bestritt, zu dem zweiten Artikel in seiner Beziehung gestanden zu haben. — v. Lühow bleibt, wie in dem Vorprozesse Ledert-Lühow dabei, daß v. Tausch sein höchstes Interesse für den ersten Artikel und dessen Provenienz bekundet habe. Er habe ihn beauftragt, den Journalisten Ledert, von dem der Artikel herrührte, so viel als möglich auszuforschen, um möglichst noch Näheres zu erfahren. Er habe dies auch getan und drei bis vier briefliche Nachrichten an v. Tausch gelangen lassen. Diese wollte letzterer mit dem Artikel an den Votgeschäfter Grafen v. Philipp zu Eulenburg, der sich gerade bei dem Kaiser in Subersiedel befand, gelangen lassen, um diesem zu zeigen, daß der Freiherr v. Marschall der intellektuelle Urheber des Artikels der „Welt am Montag“ sei. — Präsi.: Hat denn v. Tausch auch an den Herrn Votgeschäfter Grafen zu Eulenburg geschrieben? — Angekl.: Ich war natürlich nicht dabei, habe es aber von Tausch selbst gehört. — Präsi.: In welchen Beziehungen stand v. Tausch zu dem zweiten Artikel in der „Welt am Montag“? — v. Lühow: Ich bekam von Herrn v. Tausch den Auftrag, neues Material von Ledert zu erfordern und dieses zu einem zweiten Artikel für die „Welt am Montag“ zu verwenden. Ich that dies und bin dann zwei oder dreimal bei der Zeitung gewesen, wo ich energisch für die Ausnahme eintrat. Um den Widerspruch des Dr. Pöhl zu belegen, habe er demselben sogar gesagt, daß er persönlich von Herrn v. Marschall empfangen worden sei. Sein Hintermann, v. Tausch, habe ihn angetrieben, weil ihm zu viel daran gelegen war, dem Herrn v. Marschall zu schaden. Endlich sei es ihm gelungen, den zweiten Artikel — wenn auch in etwas veränderter Form — bei der „Welt am Montag“ unterzubringen. — Präsi.: Sie sollen dem Dr. Pöhl auch geradezu gedroht haben, Sie würden ihm eine böse Suppe einbroden, wenn er den Artikel nicht bringe. — Angekl.: Ich gebe zu, daß ich die Aufnahme des Artikels mit großer Energie und Fähigkeit durch-

geführt habe. — Durch nochmalige Befragung des Angeklagten v. Lühow stellt der Präsident folgendes fest: Nach dem Erscheinen des ersten Artikels habe v. Tausch seine Befriedigung ausgedrückt, daß derselbe veröffentlicht worden war und aus dem auswärtigen Amt stamme. Er habe hinzugefügt: „Das ist etwas für den Grafen Eulenburg.“ Der Angeklagte v. Lühow will auch kurz zuvor einen Brief des Grafen Eulenburg mit der Antwort an v. Tausch gesehen haben. Als nach dem Erscheinen des ersten „Welt am Montag“-Artikels im auswärtigen Amt „der Teufel los gewesen sei“, wie v. Tausch gesagt habe, habe v. Tausch von v. Lühow noch einen ganz detaillierten Bericht über die ganze Angelegenheit erbeten. Dieser Bericht sollte dem Grafen Eulenburg zugesandt werden, dem gegenüber v. Tausch sich ja verpflichtet hatte. Dieser Bericht ist von dem Angeklagten Tausch dem Polizeipräsidenten v. Windheim eingereicht worden, welcher den Bericht an den Freiherrn v. Marschall sandte. Daraus ergab sich dann der Projekt Ledert-v. Lühow. Als v. Lühow verhaftet und dem Kriminalkommissar v. Tausch vorgeführt wurde, nahm dieser ein Protokoll auf, teilte ihm mit, daß Ledert zugegeben habe, ihn instruiert zu haben. Herr v. Tausch habe dann zu ihm gesagt, er möge nur ruhig sein, zu einer gerichtlichen Verfolgung komme es nicht, er werde ihn schützen, solche Sachen schiefen ein, er solle nur nicht sagen, daß er Agent sei und solle ebenso bei seiner gerichtlichen Vernehmung nichts von dem zwischen ihnen bestehenden Verhältnissen und von den Beziehungen sagen, welche zwischen v. Tausch und dem Grafen Eulenburg beständen. Als er vom Untersuchungsrichter vernommen und wieder entlassen worden war, habe er dem Herrn v. Tausch Bericht erstattet, v. Tausch sei ganz zufrieden gewesen und habe gesagt, daß er dem Polizeipräsidenten Mitteilung machen würde. Bald darauf habe v. Tausch gesagt, daß man die ganze Sache doch nicht einschleusen lasse, denn es sei unannehmlich, daß Ledert nun auch bald wieder auf freien Fuß gesetzt werde. Wir standen damals beide — so erzählt v. Lühow — auf dem Standpunkte, daß Ledert wirklich einen Hintermann im auswärtigen Amt hatte und seine Nachricht richtig war. Eine Hausdurchsuchung habe niemals bei ihm stattgefunden.

Die Ermahnung des Präsidenten.

Der Präsident macht den Angeklagten v. Lühow darauf aufmerksam, daß seine heutige Darstellung von der früheren abweiche. — Angekl. v. Lühow: So wie ich es heute angegeben habe, ist es noch in meiner Erinnerung. — Präsi.: Ich brauche Sie wohl nicht darauf aufmerksam zu machen, welche Wichtigkeit Ihre Aussage für den Angeklagten v. Tausch hat. Ich habe an Ihr Erbgefühle wiederholt appelliert und Ihnen es noch einmal: wenn Sie etwa früher aus einer gewissen Animosität gegen v. Tausch etwas Falsches ausgesagt haben, so können Sie es jetzt ganz ruhig berichtigen. Das vorige Mal haben Sie gesagt, daß, als Sie vom Untersuchungsrichter entlassen waren und den Angeklagten v. Tausch besuchten, dieser sich dahin äußerte: „Das wird sehr schlimm“, während Sie heute sagen, er sei ganz zufrieden gewesen. Das stimmt doch nicht zusammen. — Angekl. v. Lühow: Es sind inzwischen doch abermals wieder sechs Monate vergangen. — Präsi.: Sie haben aber wiederholt geäußert, daß Sie ein sehr vorzügliches Gedächtnis haben. — Angekl.: Das habe ich auch, aber die Daten schwimmen durcheinander. Ich habe an verschiedenen Tagen mit Herrn v. Tausch Unterhaltungen über diese Sache gehabt und vermischt da vielleicht die eine mit der anderen. — Präsi.: Um so mehr will ich Sie immer wieder vermahnen, recht vorständig zu sein und den Standpunkt eines Mannes nicht zu vergessen, dessen Schicksal viel leicht in Ihre Hände gegeben ist. Handeln Sie so, wie Sie wünschen, daß man in ähnlichen Fällen gegen Sie handelt. — Angekl.: Herr Präsident, ich bin bekanntermaßen seit sieben Monaten in Haft und darunter sechs Monate in Strafhaft. Herr Präsident können mir wahrhaftig glauben, daß ein Mann, der an ein großes Maß von Licht und Luft gewöhnt war, in diesem engen Raum ohne geistige Arbeit leidet, daß er manchmal ganz verwirrt und das Gedächtnis zeitweilig schwach wird. — Präsi.: Das glaube ich ohne weiteres, um so mehr wundere es mich, mit welcher Genauigkeit Sie oft ganz nebensächliche Dinge und Daten wissen. — Angekl.: Das kommt daher, weil ich mich tagtäglich damit beschäftige habe.

v. Lühow erzählt weiter, wie im Vorprozesse, daß Tausch später sehr argeregt geworden sei, ihm gerathen habe, so fest Stand zu halten, wie seinerzeit Normann-Schumann, dann habe er die Besorgnis geäußert, daß nun alles herankommen werde, auch die Geschichte mit Kulusch & Co. — Präsi.: Was dachten Sie sich denn dabei? — Angekl.: Garnichts. — Präsi.: Das ist eben sehr auffällig. Wenn Sie wirklich ein gutes Gewissen in bezug auf Kulusch hatten, dann hätte es doch nahe gelegen, Herrn v. Tausch zu fragen: Ja, warum sind Sie denn gerade über die Kulusch-Affäre so aufgeregt? — v. Lühow: Wenn Sie Herrn v. Tausch in der Aufregung kennen würden! Da giebt es keinen Widerspruch! Und nun gar ich in meiner Stellung zu ihm! In seinem Bureau, wo er der Herr des Hauses war! Er war ja auch wieder sehr gut zu mir. So bei meiner Verhaftung. Da ließ er mich noch alle Briefe verbrennen, die ich bei mir hatte, nahm mir einen falschen Paß auf den Namen Dug ab und verschiedene Papierscheine, indem er sagte: Ich werde sie in Verwahrung nehmen, wenn Sie nicht wollen, daß der Staatsanwalt sie an sich nimmt.

Präsi.: Wenn Sie wirklich in der Kulusch-Affäre ein so gutes Gewissen hatten, warum sind Sie denn in der Hauptverhandlung, als diese Affäre an die Reihe kam, nicht sofort mit der Schilderung der ganzen Wahrheit hervorgetreten? — Angekl.: Weil ich damals bis zu meinem Geständnis dem Staatsanwalt gegenüber ganz energisch bestritten hatte, Agent der Polizei zu sein. Dabei mußte ich bleiben und erwartete, daß Herr v. Tausch die nötigen Aufklärungen geben würde. Ich befand mich damals in einer entsetzlichen Situation, hatte Lüge auf Lüge gekauft, hatte mich auf den Moralischen ausgespielt, hielt fest mit meiner Hoffnung auf Tausch, sah dann aber das Gebäude wanken und in dieser Situation, die ich mir damals zum größten Theile schmachvoller Weise selbst eingebrockt hatte, wußte ich nicht, was ich that. Ich bitte nicht um eine Entschuldigung, sondern nur um ein gewisses psychologisches Verständnis oder um eine Ahnung eines solchen Verständnisses. — Rechtsanwält Dr. Schwandt macht darauf aufmerksam, daß die Zurückhaltung des Angeklagten unmöglich aus dem Bestreben beruhen konnte, sein Verhältnis zu v. Tausch zu verbergen, denn Herr v. Tausch habe damals schon vorher bekundet gehabt, daß Lühow seit 1892 Agent der Polizei war. — v. Lühow: Herr v. Tausch hatte bis dahin seine Aussagen über mich, wie ich zugehen muß, außerordentlich maßvoll und konfisant gemacht, er hatte mich nicht als Agent, sondern als Vertrauensmann hingestellt. — Oberstaatsanwalt Drescher: Allerdings hatte v. Tausch damals ursprünglich das Wort „Agent“ nicht gebraucht und den Angeklagten v. Lühow in „Schuh genommen“, indem er es verneinte, daß dieser Aufträge zu erfüllen hatte, deren er sich schämen mußte. — Nach der Verlesung der betr. Stellen des stenographischen Berichts stellt der Vorsitzende nochmals fest, daß Tausch seine Beziehungen zu Lühow bereits klargelegt hatte und die Geheimhaltung dieser Beziehungen für letzteren nicht das Motiv sein konnte, über die Entstehung der Unterschrift Kulusch falsche Mitteilungen zu machen. — v. Lühow bleibt dabei, daß die ganze konfidente Art, in welcher v. Tausch in dem Prozesse gegen ihn aufgetreten, ihn dazu bewogen habe, v. Tausch hatte mich nicht preisgegeben und so wollte ich auch Herrn v. Tausch nicht preisgeben, zumal ich merkte, daß die Sache faul wurde. — Präsi.: Also dieses unbestimmte Gefühl, verbunden mit einer gewissen Dankbarkeit ließ es zu, daß Sie gegen einen unbefohlenen Mann, wie Herrn Kulusch, so schwere Beschuldigungen erhoben? — v. Lühow: Ja, es ist schrecklich und entsetzlich, aber ich bitte nochmals, wenn möglich ein gewisses Verständnis für das Jäckerliche meiner Lage zu gewinnen. — Präsi.: Wenden

Sie sich mit diesem Appell nicht an mich, sondern an die Geschworenen, die über Sie urtheilen sollen. Es scheint bei den unaufrichtigen Widersprüchen immer so, als ob Sie noch etwas verbergen wollten. — v. Lühow (kopfschüttelnd): Ich jeht noch etwas verbergen? Na! Ich will über alles Auskunft geben und will keineswegs selbst noch meine Situation verschlechtern.

Rechtsanwalt Sello's Weisheit.

Rechtsanwalt Dr. Sello: Siebt der Angeklagte v. Lühow zu, daß er nicht nur dem Dr. Pöhl von seinen Beziehungen zu dem auswärtigen Amt gesprochen, sondern auch anderen Journalisten gegenüber geäußert habe: „Bei der Ehre meiner Eltern und bei meiner eigenen Offiziers Ehre: ich habe selbst den Freiherrn v. Marschall und den Fürsten Hohenlohe in Begleitung des Ledert gesehen.“ — v. Lühow: Das ist möglich. — Rechtsanwält Dr. Sello: Ich frage weiter: Siebt der Angeklagte v. Lühow zu, daß er anderen Personen gegenüber die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt hat: Se. Majestät der Kaiser habe die falsche Redaktion des Jarentoast selbst veranlaßt? — v. Lühow: Ich habe in jener Zeit manches zusammengehört, jezt liegen ja aber schon wieder Monate dazwischen. — Rechtsanwält Dr. Lubjanski: Obgleich ich Verteidiger des Angeklagten v. Lühow bin, bitte ich ihn doch zu befragen: ob nicht bis zum Beginn des Ledert-Lühow-Prozesses sein Erbgefühle auf ein sehr tiefes Niveau herabgesunken war. — v. Lühow: Gewiß. Ich gebe zu, ich bin ein großer Sünder. Ich habe schlimme Aufträge bekommen, die ich auch alle erfüllt habe, immer im Interesse des Staats, nie im Interesse der Ehre. Ich habe davon reden wollen. — Thatsächlich hat meine Moralität und meine Ehrenhaftigkeit damals tief unter Null gestanden. Aber es ist anders geworden. — Präsi.: Ich hatte wirklich geglaubt, daß Sie ein anderes Leben beginnen wollten und hatte mit Bezug auf Ihre Person an der Menschheit noch nicht ganz gezweifelt. Deshalb rathe ich Ihnen nochmals dringend: Seien Sie gewissenhaft in Ihren Aussagen gegen den Angeklagten v. Tausch und lassen Sie sich durch Animosität nicht zu falschen Beschuldigungen verleiten. Ich weiß ja nicht, ob die Geschworenen überhaupt irgend welches Gewicht auf Ihre Aussage legen, ich persönlich habe die Hoffnung aber noch nicht verloren, daß aus Ihnen noch wieder ein erdeltlicher Mensch wird. — Angeklagter v. Lühow: Ich danke! Ich will noch betonen, daß ich mein Gesunkensein nicht etwa auf Tausch allein zurückführe. Es liegt vielleicht im Blut. Man hat mir sehr schlechte Dinge zugemuthet, aber ich habe doch nie betrogen. Es war eben auch die Noth, der Kampf um den Erwerb. Wie oft hat nicht Tausch zu mir gesagt, wenn er es gut habe, so hätte ich es auch gut; wenn er vorwärts komme, täme ich auch vorwärts; wie oft verwies er mich nicht auf Normann-Schumann, der nicht wie ich monatlich 200 oder 250 M., sondern viel mehr, mehr als das doppelte Gehalt erhalte. Und wenn ich jezt gegen Tausch, der ich sehr geliebt habe, belastend aussagen muß, so hat sich nur die äußerste Nothwehr gezeigt, so gebe ich aufzutreten; ich konnte das nicht auf mir sitzen lassen. — Oberstaatsanwalt Drescher: Will der Angeklagte sich nicht noch über den zweiten vom Verteidiger angeragten Punkt äußern? Ja bin aber der Meinung, daß die Behauptung nicht nur ungeheuerlich wäre, sondern die schlimmste Majestätsbeleidigung enthielte. — Rechtsanwält Dr. Sello: Die Behauptung ging dahin: Seine Majestät habe mit der Depeche die Täuschung bezweckt, dem Volke zu zeigen, wie es in Wahrheit mit Rußland und seiner Freundschaft stehe. — v. Lühow: Ich glaube nicht, daß ich so etwas gesagt haben kann. Ich bin ja ein legaler Unterthan gewesen und patriotisch vom Scheitel bis zur Sohle, einer Majestätsbeleidigung bin ich nicht fähig. Alder neue Kurs anfang, da zog ich, wenn ich so sagen darf, mit Tausch denselben Strang. Ich besuchte eines Tages den Redakteur Dr. Liman, um mir seinen Rath zu erbitten. Ich habe bei ihm viel räsonniert und auch wohl geschimpft, aber daß ich mich zu einer Majestätsbeleidigung sollte haben hinreißen lassen, kann ich mir nicht denken. So tief bin ich denn doch noch nicht gesunken. Ich bitte aber mir Zeit zu lassen, darüber noch nachzudenken.

Schlussszene.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Der Angeklagte hat hier wiederholt Andeutungen gemacht, daß er in hundert von Fällen zu unehrenhaften Dingen mißbraucht worden sei und es schien, als ob er wieder ein „Geständnis“ machen wollte. Wir können er sagen: Heraus damit! Herr v. Tausch hat keinerlei Angst vor irgendwelchem Grund, sich vor den Eröffnungen des Angeklagten von Lühow zu fürchten! Möge dieser den morgigen Freitag dazu benutzen, das was er auf dem Herzen hat, wieder in Papier zu bringen. — v. Tausch: Das wollte ich auch schon lange sagen. Nach den Neuperungen Lühow's sollte man meinen, daß Polizeipräsidentum wäre die reinste Räuberhöhle! wo mit gefälschten Briefen, anonymenzetteln nur so gewirbelt wird. Ich kann mich aber nur an den einen anonymen Brief an Normann-Schumann und nur an den einen anonymen Zettel aus Kriegsministerium erinnern. — Rechtsanwält Dr. Lubjanski macht darauf aufmerksam, daß v. Lühow zweierlei unehrenhafte Beschäftigungen hatte; erlief als Agent der Polizei in zweites als solcher für den Großen Generalstab. An in dieser letzteren Thätigkeit mußte er die entehrendsten und unehrenhaftesten Aufgaben erfüllen, wie Spione zu haken &c. Aber Lühow hat mir erklärt, darüber hier nichts vorzubringen.

Präsi.: Leider scheint innerhalb der europäischen Staaten dieses Spionwesen als ein Akt der Nothwehr nothwendig zu sein. Nachdem auf Befragen Tausch sich als zu ermet erklärt hatte, verliert der Vorsitzende um 5 Uhr die Verhandlung auf Freitag, 9 Uhr.

Kommunales.

Der für die Vorberathung des Entwurfs der neuen Bau-Polizei-Ordnung eingesetzte Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner gestrigen unter Vorsitz des Stv. Botschafter und in Anwesenheit des Vorsitzenden der städtischen Bau-Deputation, Stadtraths Voigt, stattgehabten Sitzung die Rathungen abgeschlossen und wird der Stadtverordneten-Versammlung in deren nächster Sitzung Bericht erstatten. Es ist dabei der den letzten Tagen dem Magistrat zur Zustimmung vorgelegte Entwurf in der aus den Beratungen in den städtischen Zuständen hervorgegangenen Fassung zu grunde gelegt worden. Mit dem in diesem Entwurf der Projektion neu aufgenommenen Grundsaße, daß die alte Stadt innerhalb der ehemaligen Stadtmauer die bebauungsfähige Fläche der Grundstücke größer sein soll, als für die dortigen, hat der Ausschuss sich leider einverstanden erklärt, ebenso mit dem Grundsaße der Berechnung dieser Fläche je nach der Tiefe der Grundstücke hinter der Bauflucht. Während aber für die innere Stadt nach dem Entwurf die ersten 6 Meter hinter der Bauflucht volle dahinter folgenden 26 Meter zu 0,7 und die weiter zurückliegenden zu 0,8 sollen bebaut werden dürfen, schlägt der Ausschuss vor, zur Tiefe von 7 Metern volle bebauung zuzulassen, sodi für die folgenden 31 Meter Bebauung zu 0,8 und demnach zu 0,6. Der Ausschuss hielt ferner, um noch einigwärtig hervorzuhellen, die jezt geltenden Maasse von Quadratmetern für den Haupthof, sowie das Maß von 30 Metern Höhe für Wohnräume für ausreichend, wogegen demnach für Höfe, von denen Wohnräume ihr Licht erhalten, auf Quadratmeter bemittelt, welches bei Grundrücken, deren wirkliche Fläche geringer ist als 80 Quadratmeter, unter gewissen Bedingungen bis auf 40 Quadratmeter eingeschränkt werden kann, und Wohnungen mindestens 2,80 Meter Höhe fordert. Es wird faunzunehmen sein, daß die Stadtverordneten-Versammlung der Erwägung gerade für die innere Stadt Lust und Licht am allerersten und besten ist, dem Hausgarten- und Hauspflanzenthum gegen Geltung verschaffen wird.

Tokales.

Das Medizinische Waarenhaus, welches die Fabrikation von Operationsmöbeln und sonstigen Gegenständen für hygienische Zwecke betreibt, unterhält u. a. auch eine Lackierwerkstatt. Diese befindet sich im Keller und ist so gesundheitschädlich, daß die Polizei die Benutzung des Raumes zu Arbeitszwecken verboten hat. In dem Gelaß steht z. B. ein Gasolol zum Trocknen für die zum Lackieren bestimmten Gegenstände. Als ein Lackierer, der monatlang in diesem gesundheitschädlichen Raum beschäftigt wurde, endlich bei dem Direktor Hoffmann antrug, ob denn der Arbeitsraum bald ein wenig nach hygienischen Grundsätzen geändert werde, wurde dem vorwichtigen Frager die Antwort zu Theil, daß ihm solches garnichts angehe, danach habe er überhaupt nicht zu fragen. Der Arbeiter entgegnete auf diese irrende Antwort, daß ihm dann eben nichts übrig bleibe, als selber dafür zu sorgen, daß die Direktion den gesundheitspolizeilichen Vorschriften genüge leiste. Der Schluß der Unterredung war, daß der Direktor dem Lackierer kündigte, ihn aber während der kommenden 14 Tage die Arbeitsverrichtungen in der Schlosserei vernommen ließ! Die vielen Herren Doktoren und Professoren, die nicht allein im Medizinischen Waarenhause eine gewichtige Stimme führen, sondern nebenher auch auf das genaueste über die Grundsätze der Gewerbehygiene unterrichtet sind, haben vielleicht die Liebenswürdigkeit, sich einmal den Lackiererraum in ihrem eigenen Revier anzusehen.

Große Verkehrspererrungen zeigt der Polizeipräsident für den 1. Juni an. An diesem Tage ist auf dem Tempelhofer Felde Parade. Die Tempelhofer Chaussee wird von 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Belle-Alliancestraße und die Lichterfeldestraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausmarsch der Truppen bis nach dem Einmarsch derselben in die Stadt nicht befahren werden. Der Betrieb der Pferdebahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung eingestellt bzw. eingeschränkt oder abgeleitet.

Die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder bei Feldarbeiten zc. soll nach einer vor kurzem ergangenen Verfügung der Potsdamer Regierung in Zukunft nur erfolgen, wenn sich die Kinder durch ein Attest des Lokal-Schulinspektors über die Einschulung am Orte der Arbeit ausgewiesen haben. Inwiderhandlungen gegen die Bestimmungen ziehen eine Polizeistrafe von 5 M. für jedes schulpflichtige Kind nach sich, und zwar sowohl für den Arbeitgeber wie den Vorkommler. Ferner sind die Arbeitgeber verpflichtet, die von auswärts kommenden schulpflichtigen Kinder beim Schulinspektor anzumelden, während die Eltern sie beim Anzuge dem Lokal-Schulinspektor zuführen haben. Versäumnisse haben für den Arbeitgeber eine Strafe von 6 M. und für die Eltern von 1 M. zur Folge. Die Vorschriften über die Bekleidung der Schulversäumnisse werden hierdurch jedoch nicht berührt. Ob diese Verordnung der Ausbeutung schulpflichtiger Kinder wesentlich Einhalt thun wird?

Das Polizei-Präsidium hat der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft die Genehmigung zum zweigleisigen Ausbau der Geleise in der Bodstraße zwischen der Stettiner- und Grünbäckerstraße erteilt; desgleichen der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft zum zweigleisigen Ausbau der Geleise in der Gerichtstraße zwischen Kolberger- und Grenzstraße.

Auf dem Grabe des Kommerzienraths Baare, der durch den Schienensicherungsprozess weit bekannt geworden ist, hatte Kaiser Wilhelm II. einen Kranz niederlegen lassen. Dieser Kranz ist, wie aus B o c h u m hierber berichtet wird, am nächsten Morgen in unzahlige Stücke zerschnitten aufgefunden worden.

Die Verwaltung der Berliner Feuerwehrrichtet jetzt ihr Augenmerk auf die ausgefahrenen Pferdeabfuhrgeleise, die für die Fahrgänge der Feuerwehrr in vielen Fällen ein Hemmnis insofern bilden, als die Wagen durch die Geleise ins Schlingern kommen und den öffentlichen Verkehr gefährden. Sie läßt die Geleise messen und macht in allen Fällen, wo es ihr notwendig erscheint, Anzeige.

Als Hauptthäter eines am 14. April d. J. im hiesigen Fabrik-lager der Brandenburgischen Fahrradwerke, Alte Jakobstr. 48a, angelegten größeren Diebstahls von Fahrrädern ist der sogenannte Hungerkünstler Grupper, genannt „Hunger-Citty“, ermittelt und in Haft gebracht worden. Auch seine Diebgesellen befinden sich bereits hinter Schloß und Riegel. Man schätzt es mit einer Wande zu thun zu haben, deren Hauptgeschäft das Stehlen von Fahrrädern war.

Im Schlafe ist in der Nacht zum Mittwoch der 14jährige Sohn Paul des Milchhändlers Ernst, Mollenmarkt 13/14, aus dem Fenster gesprungen. Der Knabe wurde in der Nacht um 2 Uhr aus dem Hote todt aufgefunden. Da keinerlei Ursache vorliegt, welche auf einen Selbstmord schließen ließe, glaubt man, daß Paul E., der ein vorzüglicher Turner war und noch am Abend vorher lebhaft von seinen Kunststücken erzählt hatte, im Traum aus dem Fenster gesprungen ist.

Durch eine Gasexplosion im Tattersall am Brandenburger Thor sind gestern, Mittwoch, Nachmittag gegen 3 Uhr fünf Personen erheblich verletzt worden. Aus einer kleinen Sattelkammer heraus, die von der Reilbahn durch einen breiten Flur, eine Art kleiner Reilbahn getrennt ist, nahm man ab und zu keinen Gasgeruch wahr. Des Publikums wegen, das der Geruch nicht belästigen sollte, hielt man die Thür geschlossen. Als nun der Geruch gegen 2 Uhr stärker wurde, ließ die Direktion den Klempnermeister Louis Beschinski aus der Magdeburgerstraße 31 kommen, der dem Schaden nachforschen und ihn ausbessern sollte. Beschinski kam mit dem Klempner Gustav Mielley und dem Arbeiter Karl Prinz. Mielley öffnete die Thür der Sattelkammer, um das an der Decke entlang laufende Rohr zu untersuchen. Als der Meister Beschinski, der dem Gesellen gefolgt war, eintrat, stand Mielley gerade oben auf der Leiter und hatte eben ein Streichholz angezündet, um eine Schraubstelle des Rohres abzuleuchten. Er rief dem Gesellen zu, das bleiben zu lassen, in demselben Augenblick aber gab es einen heftigen Knall und eine mächtige Stichflamme schlug einerseits durch das kleine Fensterchen nach dem Hote hinaus und andererseits durch die Thür über den breiten Flur nach der Reilbahn hinüber und zerkümmerte hier eine große Scheibe der Glaswand, die auf einer mannshohen Mauer aufgebaut und, bis zur Decke reichend, den Flur von der Reilbahn trennt. Nach wenigen Sekunden war die Flamme wieder erloschen, ohne daß sie irgendwo geblüdet hatte. Der Luftdruck hatte zwei Personen zu Boden geworfen, die Stichflamme fünf verletzt. Die Verletzten sind der 38 Jahre alte Klempnermeister Louis Beschinski, der 25jährige Klempnergeselle Gustav Mielley aus der Beuststraße 38, der 63 Jahre alte wohnungslose Klempner und Arbeiter Karl Prinz, der Stallmann Fritz Ahnus aus der Weststr. 8, und der 65jährige Stallmann Wilhelm Gundlach aus Alt-Moabit 124. Beschinski und Ahnus sind verheiratet. Die Verletzten wurden auf Veranlassung der Direktion mit einer Droschke nach der Charité gebracht. Beschinski und die beiden Stallmänner wurden, nachdem man ihnen den ganzen Kopf verbunden hatte, auf ihren ausdrücklichen Wunsch in ihre Wohnungen entlassen, Mielley und Prinz mußten im Krankenhaus bleiben.

Einem tödtlichen Fall that am Mittwoch Morgen der 38 Jahre alte Möbelpolier Karl Wernicke aus der Remelerstr. 51. Der Mann litt an Krämpfen, fiel auf der Straße hin und erlitt einen Bruch des Halsdrüsen und schwere Kopfverletzungen. Im Krankenhaus gab er bald seinen Geist auf.

Aus Böhmensee benachbacht wurde auf vierzehn Tage dringender Geschäfte halber der Herausgeber des deutschen „General-Anzeigers“, Carl Seibitz, welcher in genanntem Straßgefängnis befangen eine mehmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt.

Der Hauseigentümer Herr Ehrlich aus der Gitschinerstr. 62 theilt uns zu der am Sonntag auch von uns zur Sprache gebrachten

Angelegenheit der verstorbenen Wittve Lange mit, daß es ihm garnicht eingefallen sei, sich im eigenen Interesse nach der Hinterlassenschaft der Wittve zu erkundigen; er habe bei der Fragestellung nur den Vortheil des Sohnes der Verstorbenen berücksichtigen wollen. Auch sein sonstiges Verhalten der Verstorbenen gegenüber, so der Umstand, daß er der Einzige gewesen sei, der dem Leichenbegängnis folgte, bürge wohl dafür, daß es ihm nicht darum zu thun gewesen sei, sich in der traurigen Angelegenheit in irgendwie moralisch antastbarer Weise zu benehmen.

Die Leiche des kleinen Walter Padigur aus der Oberbaumstraße, der beim Spielen auf der Spreedöschung ertrank, ist gestern Nachmittag am Gräbner in der Nähe der Unglücksstelle gelandet worden.

Eine größere Urne, sowie ein sog. Thranenkrug in aus vor-geschichtlicher Zeit ist am Dienstag in Schöneberg bei der Ausschachtung eines Grundstücks an der Heinrich Kiepertstraße gefunden worden.

Theater. Das Gastspiel des Herrn S. Becker am Deutschen Theater als Karl Moor und Posa hat zu der Befriedigung des Künstlers für diese Bühne geführt. — Im Volkstheater kommt Ende des Monats das Willensstüde „Der große Wohlthäter“ zur Aufführung. Heute Donnerstag beginnt die Vorstellung um 7 Uhr. — Nächsten Sonntag wird im Belle-Alliance-Theater zum ersten Male die Ausstattungspantomime „Konstantinopel“ gegeben. — Direktor Weich hat für das Opern-Theater die Herren Kischler vom Halleischen Stadt-Theater und Leitner aus Breslau verpflichtet. — Das Schiller-Theater bringt in nächster Woche die Schlußführung eines neuen Werkes von Walter und Stein „Vops Rittsch“. Heute am Himmelfahrtstage fällt die Nachmittags-Vorstellung aus, abends wird Rollé's „Der eingebildete Kranke“ und Verga's „Dauernehre“ gegeben.

Gewerkchaftliches.

Ausland.

In Basel streikten seit Montag früh in sechs Gemischen Fabriken von 1250 Arbeitern 524 Mann, um 4 Fr. Tagelohn und 1 1/2 Stunden Mittagspause zu erlangen.

In Stockholm wurde auf einer großen Versammlung des Bäcker-Arbeiterverbandes mit 474 gegen 49 Stimmen der Beginn des Streiks beschlossen, da die Meister sich weigern, das Kost- und Logisystem abzuschaffen.

Soziales.

Krankenkassenwesen. Der neuen freien Kranken- und Sterbekasse, früher „die Weißen Bräderschaft“ (G. H.) in Hamburg, und der Unterstützungskasse des Pilsener Bierbrauer-Vereins zu Loge (G. H.) ist vom Reichskanzleramt von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Eine sozialpolitische Kommission, die die Maßnahmen der Gemeinde auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt vorher zu betathen und zu begutachten hat, ist vom Stadtrath in Karlsruhe eingesetzt worden. Der Kommission gehört u. a. der Fabrikinspektor W r r i s h o f e r und der Professor H e r l n e r an.

Ueber die niedrigen Arbeitslöhne, die im Kreise L a u b a n für das Säumen von Taschen üblich sind, ist in der „Vorwärts“ nach dem „Konfessionär“. Dazu wird noch aus Schlesien geschrieben: Theilweise sind die Löhne sogar noch zu hoch angegeben. Viel Schuld an der niedrigen Bewertung der Arbeitskraft haben die W a n n e n f r a u e n u. s. w., die nur nähern, um sich etwas Taschengeld zu verdienen und deshalb die Arbeit für jeden Preis machen.

Die Kommission der Berliner Damen- und Kindermantel-Konfektionäre hat in einer Sitzung zu der Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungsgesetzes (Konfektionsarbeiter-schutz) Stellung genommen. Der Vorsitzende M a n h e i m e r wandte sich gegen alle vorgeschlagenen Bestimmungen und in der Debatte stimmte man dem Vortragenden nach jeder Richtung hin bei. Der Vorsitzende wurde beauftragt, einzelnen Mitgliedern des Reichstages die Nachteile auseinander zu setzen, welche sich bei der praktischen Durchführung des beabsichtigten Gesetzeswerkes angeblich unbedingt herzustellen würden. Daß die Konfektionäre Gegner auch des geringfügigsten gesetzlichen Arbeiterschutzes sind, nimmt uns nicht wunder. Jede soziale Verpflichtung ihren Arbeitern gegenüber erscheint diesen Prostanbeten natürlich als ein unerträglicher Eingriff in ihre bisherige schrankenlose Ausbeutungsfreiheit.

Der diesjährige allgemeine Vereinsstag der deutschen land-wirtschaftlichen Genossenschaften wird für die letzte Augustwoche nach Dresden einberufen. — Dem Allgemeinen Verband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften gehörten nach seiner letzten Liste 4299 Genossenschaften an. Außer diesen werden voraussichtlich der bayerische Landesverband mit 1800 Darlehnslagen sowie die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Böhmens und anderer österröcherischer Kronländer in Dresden vertreten sein.

Gerichts-Beitrag.

Ein seit 13 Jahren schwebender Prozeß wider die Stadt-gemeinde Berlin ist jetzt endlich zur Entscheidung gekommen. Der verstorbenen Kommissionsrath Joh. Hoff, bekannt durch seine Malz-gebräu-fabrikate, klagte im Jahre 1884 gegen die hiesige Stadtgemeinde auf Erhöhung der im Enteignungsverfahren vom Polizeipräsidenten auf 108 194 M. festgesetzten Entschädigung für eine zum Reichstags-Platz eingetragene Fläche des Grundstücks Neue Wilhelmstr. 1 von 108 Quadratmetern. Das Klage-Objekt betrug 624 163 M. Nicht weniger als dreimal hat das Reichsgericht in diesem Prozesse Entscheidung getroffen. Nachdem der Prozeß einmal in die erste Instanz ein anderes Mal in die zweite Instanz zurückgewiesen worden war, hat der oberste Gerichtshof nunmehr endgiltig dahin entschieden, daß die beklagte Stadtgemeinde die Hoff'schen Erben außer der ihnen im Enteignungsverfahren bereits gewährten Entschädigung noch 144 609 M. zu zahlen haben. Mit der ursprünglichen 479 554 M. betragenden Mehrforderung wurden die Kläger abgewiesen. Die Kosten dieses Prozesses einschließlich der Sachverständigen-Gebühren sollen sich annähernd auf 100 000 M. belaufen, welche beiden Parteien zur Last fallen.

Der Edelste und Beste Baron Leonhard v. Niebel-schütz ist gestern vom Schöffengericht am Amtsgericht II wegen verschiedener Schwindelthaten zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden.

Das Urtheil im Thorner Laubverraths-Prozeß. In dem gestern vor dem Reichsgericht verhandelten Landesverraths-Prozeß wurde heute das Urtheil verkündet. Es wurden verurtheilt der Schachmeister Fabeln wegen Vergehens gegen § 2 des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse und wegen Ver-brechens gegen § 1 desselben Gesetzes und eines verurtheilten Ver-brechens gegen § 3 zu 4 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Verlust der Ehrenrechte und Stellung unter Polizei-Aufsicht, ferner der frühere Hilfs-Gerichtsbienner Albrecht wegen Beihilfe zum Vergehen gegen § 2 des Gesetzes zu 6 Monaten Gefängnis. Es handelte sich in dem Prozeß um die Uebermittlung geheim zu haltender Nachrichten über Thorner Befestigungsverhältnisse an die russische Regierung.

Versammlungen.

Eine sozialdemokratische Akademiker-Versammlung fand am Dienstag Abend im Feenpalast statt. Der antisemitische Verein Deutscher Studenten hatte bekanntlich die Parole ausgegeben, in der Versammlung frühzeitig und zahlreich zu erscheinen; unsere Partei-genossen, Arbeiter und Studenten, waren ebenfalls sehr zahlreich vertreten. Insgesamt mögen sich etwa Studenten und Arbeiter in der Versammlung die Wage gehalten haben. Der Saal war gedrängt voll und schon lange vor Beginn polizeilich ge-

sperret. Man schätzte über 6000 Anwesende. Den Vorsitz führte Kurt B a a k e.

Rechtsanwalt Heine sprach über das Thema: „Die Sozialdemokratie und die Schichten der Studirenden“. Redner verwahrte sich zunächst dagegen, der Verfasser des Flugblattes zu sein, daß zu der Versammlung eingeladen hat. Sodann fordert er die Studirenden auf, die Jahre der Jugend dem ruhigen, vorurtheilslosen Studium zu widmen, aber fürs erste nicht praktische Politik zu treiben. Damit würden sie niemand nützen, sich selbst aber schaden. Nach einem Ueberblick über die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx legt der Redner dar, daß die Studirenden für sich keine ökonomische Klasse im Sinne Marx sind. Studirende fänden sich sowohl bei den versinkenden als auch bei den emporstommenden Klassen. Ihrer eigentlichen Klassenlage nach aber gehörten die Studirenden auf die Seite des Proletariats. Die Mehrzahl der Gelehrten, Aerzte, Juristen, Schriftsteller zc. sei Proletarier, wenn auch die herrschende Gesellschaft ein Interesse daran habe, diese studierte Schicht im Einkommen nicht ganz auf das Niveau der Arbeiter herabzusenken zu lassen. Der Redner kommt dann ausführlich auf drei Punkte zu sprechen, durch die sich viele Studirende von uns zurückgehalten fühlen: den Internationalismus, unsere Stellung zur Monarchie und das „Revolutionäre“ unserer Partei. Die Sozialdemokratie verkenne keineswegs die Bedeutung der nationalen Kultur. Aber es gebe keine Kultur und kein großes Geistesleben einer Nation ohne beständigen Geistesausaustausch mit anderen Kultur-nationen. Auch die kommende soziale Gesetzgebung werde nur auf internationaler Grundlage möglich sein. Trotz dieser Gesinnung könne man doch ein guter Deutscher sein und seiner Nation wahrhaft dienen. Der Redner motivirt sodann unsere der Monarchie gegenüber ablehnende Stellung. Was das „Revolutionäre“ betrifft, so wollen wir allerdings etwas Neues, Besseres an die Stelle des bisherigen setzen; aber wir wollen es erreichen durch unermüdete, planmäßige Reformen. Diese Reformen jedoch wünschte man gerade, weil es dabei an den Geldbeutel gehe. An die blutigen Kämpfe glaube schon kein Mensch mehr; die werden nur an die Wand gemalt, um die Reformen zu verhindern. — Mit einem Appell an die Studirenden, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen und sich der Sozialdemokratie anzuschließen, schloß der Vortrag, dem langanhaltenden, brausenden Beifall folgte.

Von den sozialistischen Studenten der Universität J e n a ist ein Begrüßungs-Telegramm eingelaufen. Der Vorsitzende fordert die sozialistischen Studenten ab, in der Diskussion nicht zu sprechen, damit sie sich nicht selbst schädigen.

Erster Diskussionsredner ist stud. med. Paul B e c k e r. Er wendet sich gegen die Sozialdemokratie, die revolutionär und antimoralisch sei. Das meiste zur Hebung der arbeitenden Klasse habe nicht diese, sondern die bürgerlichen Parteien gethan. Auf den Ausspruch des Referenten eingehend, daß die Welt bereits vertheilt sei, meint der Redner, es wäre eine edle Aufgabe, den Regern ein besseres Dasein zu verschaffen. (Rufe: Nihilistische!) Die Deutschen müßten ein Herr en o f f sein auf der Erde. Die deutschen Studenten würden stets zu ihren historischen Idealen „Gott, Kaiser und Reich“ stehen und den Damm bilden, an dem die Wogen der Sozialdemokratie brechen werden. (Häufiges Beifallsgetrappel seitens der „Deutschen Studenten“.)

Der nächste Redner, Genosse K a h n e n s t e i n, erklärt sich als Verfasser des Einladungs-Flugblattes. Sodann legt er in längerer Rede dar, daß wir mit unserer Stellung zur Monarchie und unserem Internationalismus dem Volke am besten zu dienen glauben, und fordert schließlich die Studirenden auf, das soziale Leben und das soziale Geseß gründlich zu studiren. — Der Anarchist Gustav L a n d a u e r spricht im ähnlichen Sinn; der Standpunkt des Verein deutscher Studenten sei vorwiegend und atavistisch. Die Studirenden sollten sich der Privilegien ihrer Klasse schämen und bedenken, daß Millionen von Menschen im Geseß leben und Hundert-tausende sich prostituiren müssen. — P a r r e r W e r k e n t h i e n hat als nationaler Student den Ball aufpflanzen helfen, über den Anarchismus und Sozialdemokratie nie hinaus kommen. Konsumiren sei leicht; aber in schwerer Zeit die Treue zu bewahren, das sei eine Kunst. — Die ferneren Redner, Redakteur am „Volk“ A d o l f S t e i n und der Herausgeber der „Mademischen Blätter“, Herr B o l y, brachten kaum etwas Neues herbei. — Redakteur E i c h l e r von der „Deutschen Zeitung“ kommt nach längerer Rede zu dem Schluß, daß im Zukunftsstaat Universitäten überhaupt nicht bestehen könnten, weil in dem banausischen Staat der Sozialdemokraten eine freie Wissenschaft gar nicht erlaubt sei. — Der letzte Redner, Genosse L e d e b o u r, giebt mehrere Beispiele aus der preussischen Geschichte an, in denen er, auch Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. verweisend, zeigt, wie seitens preussischer Monarchen die dem Volke seitlich gegebenen Versprechungen gebrochen worden sind.

Die Versammlung verlief ungewöhnlich stürmisch. Namentlich in den mit ungeheurer Geißel veranstalteten Beifallsstundengebungen suchten sich die Parteien zu überbieten, sodaß der Vorsitzende den Rednern oft kaum das Weiterreden ermöglichen konnte. — Da es mittlerweile sehr spät geworden war, so wurde um 1/2 11 Uhr die Versammlung vertagt. Die nächste Versammlung soll in acht Tagen stattfinden; auf der Rednerliste stehen unter vielen anderen die national-sozialen Herren D a m m a s c h e und v. G e r l a c h, Dr. C o n r a d S c h m i d t, V i s s i n, Dr. S ä n g e r zc. — Beim Hinausmarschiren sangen die „deutschen Studenten“ „Deutschland, Deutschland über alles!“

Der Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahl-kreis hielt am Dienstag in Schindler's Präzilian eine gut besuchte Versammlung ab, in der W a l d e l M a n a s s e über: „Religion ist Privatfache“ referirte. In der Diskussion, an der sich F r i s h, F r a n k e, B a r t h, K ä m p f, S c h w e i z e r, B ö r n e r, H e i n r i c h, K ö n i g und andere theilnahmen, wurde der Programm-punkt „Religion ist Privatfache“ eingehend behandelt. Eine Veränderung wurde von seiner Seite für notwendig erachtet. Von mehreren Genossen wurde verlangt, daß diejenigen, welche in Widerspruch mit den Religionsdogmen stehen, auch konsequent handeln und aus der Landeskirche austreten müßten. Ueber eine Resolution, in welcher alle Sozialdemokraten, die mit der Religion gebrochen haben, und insbesondere die Reichstags-Abgeordneten verpflichtet werden, religiöse Sekteln nicht mehr zu unterstützen und ihnen auch offiziell den Rücken zu kehren, ging man zur Tagesordnung über. An der Debatte theilnahmte sich auch ein Herr B e t e r, ein ganz konsequenter Kopf, der in pronotatorischer Weise über die Sittlichkeit und Moral der Sozialdemokratie referirte. Von einigen Rednern wurde der Herr in treffender Weise abgeföhrt.

Witterungsübersicht vom 26. Mai 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarirt auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90° = 50° F.)
Swinemünde . . .	754	Stil	0	wolfig	11
Hamburg . . .	754	WSW	3	heiter	15
Berlin . . .	754	Stil	0	bedeckt	10
Wiesbaden . . .	755	Stil	0	wolkenlos	15
München . . .	755	Stil	1	Regen	11
Wien . . .	753	WSW	2	bedeckt	14
Naparanda . . .	759	Stil	0	wolfig	8
Petersburg . . .	759	Stil	0	wolkenlos	12
Coit . . .	754	WSW	3	heiter	10
Aberdeen . . .	748	OSO	2	bedeckt	7
Paris . . .	754	SO	1	Dunst	11

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 27. Mai 1897. Mild, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und schwachen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.

W. P., Kiel und Genossen in anderen Städten, welche uns über Protestkundgebungen Berichte gefandt haben. Wir sind sehr dankbar für die Besendungen, aber es ist uns unmöglich, ausführlicher über den Verlauf der einzelnen Versammlungen zu berichten.

G. u. F. 1. Nr. 2. Rein. Sie weisen Befreiung der Thiere unter Stellung einer Feil verlangen. Falls die Feil fruchtlos verläuft, so können Sie die Befreiung selbst besorgen lassen und dann einlangen. Den Betrag von der Feil abzuziehen, ist nicht rüthlich. - G. P. 66. Ein Wechsel ist, wenn es zum unentbehrlichen Handgeräth gehört, unpfindbar. Zur Nachtzeit sowie an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen darf eine Vollstreckungshandlung nur mit ausdrücklicher gerichtlicher Genehmigung seitens des Gerichtsvollziehers vorgenommen werden. Die Nachtzeit umfasst in dem Zeitraum vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und in dem Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Es kann so oft geplündert werden, bis Zahlung erfolgt ist - 2. Wettende. Rein. - !! Fröhlich. Ihr Privatprozess eignet sich nicht zur Veröffentlichung; es scheint, als ob Sie infolge schlechter Führung des Prozesses denselben verloren haben. - A. S. 08. Die Strafanzeige wäre nicht ohne Rücksicht auf Erfolg. Zur Einreichung derselben ist aber mit Rücksicht auf die geringe Fähigkeit der Sache nicht zu rathen.

9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und in dem Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Es kann so oft geplündert werden, bis Zahlung erfolgt ist - 2. Wettende. Rein. - !! Fröhlich. Ihr Privatprozess eignet sich nicht zur Veröffentlichung; es scheint, als ob Sie infolge schlechter Führung des Prozesses denselben verloren haben. - A. S. 08. Die Strafanzeige wäre nicht ohne Rücksicht auf Erfolg. Zur Einreichung derselben ist aber mit Rücksicht auf die geringe Fähigkeit der Sache nicht zu rathen.

Von der Reise zurück.
Dr. Haagen,
Tel. IV, 3691.
Nichteisstraße 34 I.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblich. Arbeiter.
Verwaltung Berlin D.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Friedrich Stolpe
am 25. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 28. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des St. Johannis-Kirchhofes aus statt.
Um rege Theilnehmung bittet
Die Crösverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Sangesbruder

Carl Kunert
am 24. Mai, früh 4 Uhr, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Frei-religiösen Friedhof statt.
Gesangverein „Sirene“.
Am 24. Mai verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, unser Vater und Großvater, der Anstreicher

Carl Kunert.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Donnerstag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Frei-religiösen Friedhof.

Banksangung.
Sagen hierdurch allen Mitarbeitern und Arbeiterinnen der Firma Julius Wenzel für die rege Theilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung unseres Bruders

Reinhold Milewski
unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Elysium
Landsberger Allee 40.
Jeden Sonntag: 17162*
Garten-Konzert u. Ball.
Zu Sommerfesten noch Sonnab. frei.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten
mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. *
H. Stramm, Ref., Ritterstr. 123.

W. Nieß's Festsäle
Kernstr. 17
Vereins- u. Piano 30, 50, 150 Pers. Zur Saal. Samstags u. Sonntag fr. Nieß.
Mein Saal nebst schattigen Garten ist an Vereine unentgeltlich zu vergeben.
Böhne, Gassenstraße 45.

Betten
Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Dosen, Reisetische, Regulatorien, Neumonturen, Nähmaschinen, Goldwaaren
Sporbillig Handelt, Reanderstr. 6.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei Busch, Brunnenstr. 74, haben die Tischler die Arbeit eingestellt, weil sie kein Holzgeld erhalten haben.
Schloßherbergler verlangt 3. Kellermann, Brunnenstr. 24.

Fraiser und Schleifer
für Hornstücke verlangt R. Krönert
Högr., Kraustr. 38.

Revolverdreh. selbständiger Arbeiter, besser f. Präzision verlangt Henschelstr. 60.

Kehlmeister
zum sofortigen Eintritt gesucht von der Goldleihen- und Kassen- Fabrik
Sigmund Feigl, Prag-Platz.
Verpflichtet werden nur solche, die nachweisen, daß sie einen solchen Posten in Goldleihenfabriken schon bekleidet.

Tapissier.
Ein tüchtig. Weberarbeiter, welcher selbständig Weißtischen a. Segeltüchern anfertigen kann, wird für eine Fabrik vorgezeichnet. Wohnwaaren nach Berlin verlangt. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit a. Gehaltsanträge unter J. D. 6946 an Rudolf Mosse, Berlin SW. erbeten.
Arbeiterinnen a. veränderte Waaren verk. Matthes, Boenrichstr. 17, II.
Tücht. Glasbühnen-Schleifer verlangt A. Melcher. [2287b]

Hammerkopfgarnung.
Ein tüchtiger Mann für Hammerkopfgarnung kann eine dauernde Stellung in Kopenhagen unter guten Bedingungen erhalten. [2291b]
Offerten unter B. L. mit beidseitiger Auskunft nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

25 Korbmacher
auf Gehaltsföhrde verlangt Körner, Birtenstraße 13. [2295b]

Leinen-Wader
schäftigung.
Köpenickerstr. 109a.

Goldleihen. Tüchtige Weberinnen finden dauernde Beschäftigung.
Köpenickerstr. 109a.

Metallarbeiter!

Am Freitag, den 28. Mai 1897, abends 8 Uhr, in der Brauerei Pichelsdorf:

Große öffentliche Versammlung
sämmlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der königl. Werkstätten in Spandau.

Tages-Ordnung:
Mit der achtstündigen Arbeitszeit in den königlichen Fabriken durchführbar? Referent: Kollege Hermann Kohrlack.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 167/11
Der Pastor Schall-Gladow ist zur Versammlung eingeladen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter:
Otto Räther, N., Anflamerstraße 44.

Achtung!
Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33:

Große öffentliche Versammlung
der Händler u. Händlerinnen Berlins u. Umg.

Tagesordnung: 1. Bericht des Delegirten vom Kongreß der total-organisirten Gewerkschaften Deutschlands. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse. In anbeacht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen und Kolleginnen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Agitationskommission.
Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung statt.

Öffentliche Versammlung
der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgeg.

am Montag, den 31. Mai, abends präzis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Joël, Andreas-Strasse 21.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Verth und Nutzen der Organisation. Referent Theodor Wagner. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung des Delegirten der Gewerkschaftskommission. 84/10
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree erhoben.
Der Vertrauensmann: Alexander.

Tischler-Verein. Sonnabend, 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Weichstr. 15:
Versammlung.
Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
Vorstellung der I. Abtheilung im
Thalia-Theater (fr. Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72-73. (1100 Sitzplätze):
Der G'wissenswurm.
Von L. Anzengruber.
Heft III der „Volksbühne“ von Dr. Schmidt mit dem Theaterzettel ist für die Vorstellungen am Eingang des Theaters zu haben und wird in den Zahlstellen nicht verkauft.
Diejenigen Mitglieder der I. Abtheilung, welche am Besuch der Abendvorstellung verhindert sind, können die Vorstellung der II. Abtheilung am 6. Juni Nachmittag besuchen.
Mitglieder zur III. Abtheilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen bis zur Vorstellung am 8. oder 13. Juni.
Da die Aufführung des Lustspiels „Cyprienne“ von Sardou und der „Jugend“ von Halbe seitens der Herren Bloch und Entsch, welche das Verfügungsrecht über die genannten Stücke besitzen, in letzter Stunde nicht gestattet wurde, musste „Der G'wissenswurm“ auf den Spielplan gesetzt werden.
Die Zahlstelle 13 ist von E. Böhl auf E. Zabel, Frankfurter Allee 90 übergegangen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Kassirer.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 30. Mai, Nachmittags präz. 2 Uhr im Theater des Westens
Kantstrasse 12 (Stadtbahnstation Zoologischer Garten).
Heber unsere Kraft. (2. Theil.)
Schauspiel von A. Björnson.
Neue Mitglieder werden an allen Zahlstellen aufgenommen.
Es wird besonders noch darauf hingewiesen, daß diesmal im Theater des Westens gespielt wird und die Vorstellung präz. 2 Uhr beginnt.

Öffentlicher Vortrag
Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreasstraße 26:
Dr. Naturreichthümer Grundmann spricht über:
Herzleiden und Wassersucht
ihre Entstehung und naturgemäße Heilung.
Frauen und Männer willkommen. Eintritt 15 Pf.
Der Vorstand des Vereins für Körper- und Naturreichthümer - Alexanderstr. 8.

Am Himmelfahrtstag nach
Restaurant Sanssouci, Schmargendorf
freie Krenzerfahrt
alle halbe Stunde vom Bahnhof Halensee von 2 Uhr an.
Kaffeeküche um 2 Uhr geöffnet. - Grosser Ball im Parkett-Saal Anfang 4 Uhr. - 2 Regelmäßig. 2 Schauten. große Spielplätze direkt am Grunewald. - Anlich von echten Löwenbräu, gute alte Weine, hochfeine Küche, gut gekostete Weine und hiege Biere. - Zur freien Fahrt nach Restaurant Sanssouci-Schmargendorf laden ergebenst ein
A. Malitz. In Vertretung: G. Häse.
17219*

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 30 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: Grosser Ball bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a, 11 Brückenstrasse 11,
zwischen Invalidenstrasse und Friedrich-Wilhelmstädtischem Theater. Ecke Rungestrasse, nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke, schrägüber dem Ostend-Theater.
16 Gr. Frankfurterstr. 16,

Zum Feste! Zur Reise! Zum Radeln!

Festtags-Anzüge	Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.
Smoking-Anzüge	
Rock-Anzüge	
Gehrock-Anzüge	
Festtags-Hosen	
Sommer-Paletots	
Sommer-Havelocks	
Sommer-Joppen	
Loden-Joppen	
Radfahrer-Anzüge	
Radfahrer-Hosen	Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.
Sweater, Strümpfe, Mützen	
Knaben-Anzüge	
Jünglings-Anzüge	Eigene Fabrikation in grossem Massstabe.
Berufs-Kleidung für alle Gewerke	

Die 9. reich illustrierte Preisliste 1897 wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Beim bevorstehenden Monatswechsel empfehlen sich folgende

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstr. 30, Hof I. - 80.: Fritz Thiel, Staligerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. - Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünthalstraße 64. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kabanen-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schanzberg, Westfälischestr. 34, Ueberg. part. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) - Rixdorf: Oszermann, Jägerstr. 70, II. - Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Belgischerstr. 59, Seitenflügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneeweide: Otto John, Ober-Schöneeweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneeweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur.
Küherdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Wirthshaus Dresdener Garten

Inhaber: Hermann Wannemacher.
Dresdenerstr. 45. Amt IV No. 5102. Dresdenerstr. 45.
Vereinszimmer für 20-200 Personen, prachtvoller schattiger Naturgarten mit gedeckten Hallen und Theaterbühne. - 2 Kegelbahnen.
Dieliges Lagerbier, echt bairisch Löwenbräu, H. Weichbier, gute Küche.

Allen Freunden und Bekannten zeige hierdurch an, daß ich in Weichensee, Ostend-Adolphstr. 108, ein Zigarren-Geschäft eröffnet habe und bitte um gut. Zuspruch. Fritz Geduld. 22945

Bahn-Klinik.

Künstl. Bahne in tadelloser Ausführung v. 3 W. Womben v. 2 W. an. Schmerzlos. Bahnlieben mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Pochgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Bahnen Zahnleiden, Zahnreinen umsonst; Zahnzahlung geschätzt, Woche 1 W. *
Wandel, Vauhterpl. 2, Glatzerstr. 12, Regligierstr. 71.

Herren-Hüte,

weich und steif 1 W. (1834L* bessere Hüte 1.50 bis 3.50 W.
in Rixdorf, Steinwehstr. 27.

Prima Rückenfett,

à Pfd. 50 Pf., bei 5 Pfd. 45 Pf., Cahler, ohne Knochen, à Pfd. 75 Pf.
- C. Schubert, Pringenzstr. 26.

Möbel

auf Theilzahlung.
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.
Ein gutes, gangbares Restaurationsgeschäft ist fruchtlich zu verkaufen. Rixdorf, Jägerstr. 68.
Geschäft mit tägl. Einnahme von 60 W. und Hausverwaltung, wofür 500 W. vergütet werden, durch Umstände für den Einrichtungswert veräußert. Reanderstr. 16, Helm. [145/2
Getragene Stiefel sind billig zu haben. Charlottenburg, Spreestr. 24.

Versammlungen.

Protest der Frauen und Mädchen Berlins gegen den Vereinsgesetz-Entwurf. Der geräumige Saal der Brauerei Friedrichshain war am Dienstag Abend bis auf den letzten Platz besetzt und zwar zum weitaus größten Theil von Angehörigen des weiblichen Geschlechts; nur wenige Männer hatten sich eingefunden. Die Referentin Clara Zetkin entfesselte durch ihren temperamentvollen Vortrag die begeisterte Zustimmung der Zuhörerinnen. Sie übte eine herbe Kritik an der bestehenden Vereinsgesetzgebung der verschiedenen deutschen Vaterländer, insbesondere an dem vorliegenden preussischen Entwurf, und betonte, daß gerade die Frauen und Mädchen ein hohes Interesse an der freiheitlichen Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts hätten, einmal als Arbeiterinnen, die dem Unternehmer günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen abringen müßten, dann aber auch als Frauen, die gegen ihre politische Rechtlosigkeit zu kämpfen hätten, und endlich als Proletarierinnen, die im Bunde mit ihren männlichen Klassengenossen für die wirtschaftliche Gleichstellung eintreten wollten. Die Frauen, die schon auf Grund des jetzigen Vereinsrechts vom öffentlichen Leben fern gehalten werden, die man nicht nur an der politischen, sondern oft auch an der gewerkschaftlichen Betätigung hindert, würden die ersten Opfer des reaktionären Gesetzes sein und am meisten unter der Herrschaft desselben zu leiden haben. Sie müßten deshalb auch mit aller Kraft theilnehmen an der Protestbewegung gegen den preussischen Entwurf. Wenn wir auch anerkennen müssen, daß sich die bürgerlichen Oppositionsparteien mit einer Energie, die man

lange nicht mehr bei ihnen beobachten konnte, gegen den vorliegenden Entwurf gewehrt haben, so dürfe man doch dem Johannisstreich des Liberalismus keine allzu große Bedeutung beilegen. Das arbeitende Volk könne sich nur, wenn es gelte, die Rechte des Proletariats zu verteidigen, auf die eigene Kraft verlassen. Die Sozialdemokratie dürfe sich nicht mit dieser Protestbewegung begnügen, sie müsse auch den Fort der Reaktion im preussischen Landtag zu vernichten bestrebt sein. Die Sozialdemokratie müsse sich an den Wahlen zum preussischen Landtag betheiligen, um zunächst in Gemeinschaft mit der bürgerlichen Opposition die Reaktion zu bekämpfen, das allgemeine Wahlrecht auch für den Landtag zu erringen, und endlich auch an dieser Stelle die Forderungen des Proletariats aufzuspielen. Nachdem die Referentin zum Schluß unter stürmischem Beifall der Anwesenden die Frauen zur regen Theilnahme an den sozialdemokratischen Bestrebungen aufgefordert hatte, empfahl sie folgende Resolution, auf deren Grundlage eine Bewegung durch ganz Deutschland ins Werk gesetzt werden soll für ein einheitliches deutsches Vereinsgesetz:

Zu Erwägung: daß die Proletarierin als Arbeiterin des freien Vereins- und Versammlungsrechts bedarf, um im Kampfe gegen die Unternehmer bessere Arbeitsbedingungen zu erringen; daß die Proletarierin als Frau des freien Vereins- und Versammlungsrechts bedarf, um ihre politische Gleichberechtigung zu erkämpfen; daß die Proletarierin des freien Vereins- und Versammlungsrechts bedarf, um auf politischem Gebiete zusammen mit den Männern ihrer Klasse für ihre volle Befreiung zu streiten, fordern die versammelten Frauen und Mädchen:

Ein unbeschränktes, gesetzlich gewährleistetes Vereins- und Versammlungsrecht für alle, ohne Unterschied des Geschlechts, und protestiren mit aller Energie gegen den dem preussischen Landtag vorliegenden Entwurf zum Vereins- und Versammlungsrecht, als gegen ein Attentat auf die kimmerlichen politischen Freiheiten des Volkes.

Ohne Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen. Genosse Zander wies noch auf den dem Reichstage vorliegenden Konfektionsarbeitergesetzentwurf hin und forderte zur Theilnahme an der am 31. d. M. stattfindenden Versammlung, in welcher derselbe besprochen wird, auf.

Arbeiter-Gesellschaft. Die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 25, ist für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Sonntags, vormittags von 10-12, Dienstags und Freitags, abends 7 bis 10 Uhr. Mitgliedsbeiträge werden an diesen Tagen in der Nordstraße entgegen genommen, ebenso in folgenden Zahlstellen: Gotfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Schöning, Köpenickerstr. 88; Reul, Barnimstr. 42; Babst, Rosenthalerstr. 67; Weimer, Mühlstr. 7a; Burgstraße, Mühlstr. 22; Blankfeld, Stephanstr. 29; Werner, Bülowstraße 50; Grube, Mariendorferstraße 6; Kohler, Jantzenstraße 1, O. König, Tiefenbachstr. 20.

Die Aufschriften sind an den Vorstehenden Paul Mücke Jr., SO. Manneufelderstr. 128, Selbstbindungen an den Kassierer G. König, S. Tiefenbachstr. 20, zu senden.

Arbeiter-Vereinsbund Berlin und Umgebung. Vorstehender Ad. Neumann, Schönebergstr. 12, v. 1 Tr. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Hertum, Manneufelderstr. 49, v. 2 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und der Umgebung. Vorstehender V. Gent, Trebbenerstr. 107/108. Alle Aufschriften, den Vereinskalender betreffend, sind an G. Wendt, Alexanderstraße 100, zu richten.

Kakaoverein der Konditoren. Heute, abends 7 Uhr, Versammlung bei Babst, Rosenthalerstr. 67. Vortrag des Kollegen Koch über die Großstadt der Zukunft.

Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

33 Königstr. 33, ganz in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz. 33 Königstr. 33.
Gemeinschaftlicher Wareneinkauf 72 grosser Geschäfte.

<p>Damen-Blousen-Hemden mit steifer Wäsche Stück 2,00.</p> <p>Spachtel-Kragen für Damen, Stück 0,90.</p> <p>Nacken-Rüschen in grosser Auswahl Stück von 12 Pf. an.</p> <p>Lavalliers gebunden, reine Seide, in allen Farben, Stück 0,45.</p> <p>Damen-Westen aus waschechten Stoffen, Stück . . . 0,85.</p>	<p>Damen-Blousen aus waschechtem Cattun, Stück . . . 85 Pf.</p> <p>Damen-Blousen aus waschechtem Cachemire, Stück . . 1,65</p> <p>Damen-Blousen aus waschechtem Satin, Stück 1,95</p> <p>Damen-Blousen aus waschechtem Piqué, in grossartiger Ausführung . . . 4,00</p> <p>Damen-Blousen weiss Battist, m. reich. Stickerei, Stück . . . 4,50</p>	<p>Sonnenschirme, hell, Seide, St. 1,50</p> <p>Sonnenschirme in allen modernen Farben mit Futteral, St. 2,50</p> <p>Sonnenschirme, aus reinseidenen Stoffen, Changané u. uni . . . 5,25</p> <p>Touristen-Schirme, Stück 1,20</p> <p>Kinder-Sonnenschirme St. v. 40 Pf.</p>	<p>Damen-Hemden m. Spitze aus gutem Hemdentuch . . St. 55 Pf.</p> <p>Damen-Hemden mit Stickerei, französische Form St. 110 Pf.</p> <p>Damen-Hemden mit Languette aus schwerem Hemdentuch St. 120 Pf.</p> <p>Damen-Hemden m. Handlanguette aus Renforcé . . St. 163 Pf.</p>
<p>Schwarze Kinder-Strümpfe Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Paar 7 10 13 16 19 22 27 31 33 37</p> <p>Kinder-Strümpfe, Lederfarbe u. diamant-schwarz, prima Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Paar 15 19 23 27 33 35 40 45 50 55</p> <p>Damen-Strümpfe, Lederfarben und schwarz, Prima Qual., mit dopp. Sohle u. Ferse, Paar 43 Pf.</p> <p>Damen-Strümpfe, schottisch, Paar 40 Pf.</p> <p>Herren-Schweiss-Socken, Paar 4 u. 13 Pf.</p>	<p>Damen-Glacé-Handschuhe, coul. Paar 98 Pf.</p> <p>Damen-Glacé-Handschuhe, Ia, Perlgrau u. coul. Paar 185 Pf.</p> <p>Herren-Glacé-Handschuhe Paar 185 Pf.</p> <p>Damen-Zwirnhandschuhe mit Ansatz Paar 15 Pf.</p> <p>Gestr. Damen-Mittens, Paar 18 Pf.</p> <p>Damen-Stoff-Mittens, durchbrochen, Paar 25 Pf.</p>	<p>Reform- und Normalhemden, prima Qualität Pf. 65, 75, 98</p> <p>Reform-u. Normalbeinkleider 85, 100, 110</p> <p>Touristen-Hemden in Fantasie-Stoffen, St. v. 1,35 an.</p> <p>Touristen-Hemden für Herren, in Tricot, St. von 1,45 an.</p> <p>Sport-Hemden für Knaben Pf. 90, 95, 105</p>	<p>Herren-Oberhemden St. v. 2,25 an.</p> <p>Herren-Kragen neueste Façon, St. 13 Pf.</p> <p>Herren-Kragerein Leinen, 4fach, St. 24 Pf.</p> <p>Manschetten 2 Knopf, Paar v. 26 Pf. an.</p> <p>Weisse Batist-Diplomaten-Cravatten 3 St. 12 Pf.</p> <p>Selbstbinder aus prima Wafelstoff, St. 22 Pf.</p> <p>Hosenträger in gross. Auswahl St. v. 45 Pf.</p> <p>Bunte Batist-Cravatten St. v. 15 Pf. an.</p>
<p>Knaben-Strohhüte . . von 30 Pf. an</p> <p>Herren-Strohhüte . . von 39 Pf. an</p> <p>Knaben-Mützen aus pr. Satin weiss und hellblau . . Stück 40 Pf.</p> <p>Knaben-Mützen weiss, roth, blau Stück 18 Pf.</p> <p>Damen-Hüte, garnirt und ungarirt, in überraschender Auswahl.</p>	<p>Waschanzüge für Knaben v. 1,95 an</p> <p>Waschkleidchen, in grosser Auswahl v. 1,25 an</p> <p>Waschblousen f. Knab., St. v. 1,10 an</p> <p>Knaben-Spielschürzen St. v. 0,38 an</p> <p>Wirtschafts-Schürzen St. v. 0,35 an</p>	<p>Bade-Anzüge für Damen, St. v. 1,25 an.</p> <p>Bade-Anzüge für Kinder, St. v. 68 Pf. an.</p> <p>Bade-Kappen St. v. 13 Pf. an.</p> <p>Bade-Pantoffeln . . Paar v. 19 Pf. an.</p> <p>Bade-Hosen Paar v. 13 Pf. an.</p> <p>Frottir-Handtücher St. von 45 Pf. an.</p> <p>Frottir-Badelaken St. von 98 Pf. an.</p> <p>Frottir-Bade-Mäntel St. v. 3,95 an.</p>	<p>Gardinen, 2mal mit Band eingefasst, Mtr. von 18 Pf. an.</p> <p>Gardinen, 2mal mit Band, weiss u. crème, vorzügliche Qualität, 125 cm. breit, Mtr. 45 Pf.</p> <p>Gardinen, abgepasst, weiss und crème, Fenster 2 Flügel Mk. 2,40.</p> <p>Tischdecken, in grosser Auswahl, bis zu den elegantesten.</p> <p>Portièren, in grossen Farben, Sortiment Stück von Mk. 1,35 an.</p> <p>Portièren-Stoffe, mit gold-durchwebten Streifen, Meter 45 Pf.</p> <p>Steppdecken, roth u. türkisch, St. Mk. 2,25.</p>

Ein grosser Posten **Wasch-Costüme** für Damen, reeller Werth 10—15 Mk., durchschnittlich 6 und 7 M. 50 Pf.

Warnung!

Immer wieder ist es nöthig, das geehrte Publikum darauf aufmerksam zu machen, sich nicht durch werblich-reklamirte Bekannte Herren- und Knaben-Wardroben-Geschäfte irre führen zu lassen. Trotz des „Gesetzes wider den unlauteren Wettbewerb“ liest man doch in allen Stadtgegenden, besonders aber im „Südosten“ nach wie vor Ankündigungen von „Ausverkauf“, die den Anschein erwecken lassen, als würde die Waare fast verdammt. Jedoch ist es eine feststehende Thatsache, daß diese Ankündigungen der sogenannten „Massen-Ausverkäufe“ wegen Ausgabe des Geschäftes „nur auf Täuschung des Publikums berechnet sind und lediglich den Zweck verfolgen, unter allen Umständen Käufer anzulocken. Und leider finden sich auch immer wieder — Leute, die auf derartige schwindelhafte Anpreisungen hereinfallen, um allerdings nach kurzer Zeit die trübe Erfahrung zu machen, daß sie die nur aus Reichthum bestehenden Gegenstände mit dem so „sofort billig“ erzielenden Schleuderpreis noch viel zu theuer bezahlt haben. Wer sich aber vor Schaden hüten will und auf wirksame Bedienung Anspruch macht, miede solche Reklame- und Ausverkauf-Geschäfte und besorge seine Einkäufe bei solchen Firmen; die Preise sind auch hier in eigener Interesse so billig wie nur irgend möglich gestellt. Gehalt auf den langjährigen guten Ruf meines Hauses — eine Folge der gewissenhaften Bedienung meiner weitverbreiteten Kundenschaft — darf auch ich getroßt mein Geschäft zu den bestrenomirtesten der Herren- und Knaben-Wardroben-Branchen am hiesigen Plage zählen. Die Verfertigung meiner reichsortirten Vagers in fertigen Anzügen, Paletots, Mänteln u. s. w. ist auch reichhaltig garn gefaltet und besonders jetzt nach Eingang der Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommerzeit sehr zu empfehlen. Einige der recht geschmackvollen Muster sind in meinen 5 grossen Schaufenstern ausgestellt. Die Preise sind streng fest, an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt und in anbetracht der vorzüglichen Qualität der Stoffe und besseren Ausführung billiger als wie sie die sogenannten Kleidergeschäfte zu bieten im Stande sind. Anfertigungen nach Mass werden in eigener Werkstatt und in kürzester Zeit, wenn nöthig schon innerhalb 12 Stunden ausgeführt; für taubelosen Sitz der Kleidungsstücke leiste ich Garantie. Jeweils ungenirtter Anprobe sind alle Kleider-Kabinets vorhanden. Ich habe das Bewußtsein, auch den vornehmsten Ansprüchen in jeder Weise genügen zu können und richte daher an das geehrte Publikum das Erlauben, bevor es seinen Bedarf anderweitig deckt, sich von der Wahrheit meiner Offerte zu überzeugen.

Carl Zobel, Herren- und Knaben-Moden, 50., Köpnickersstrasse 121, Telephon.
Ecke Michaelkirchstraße.

IX. Ausstellung lebender Sing- und Schmuckvögel des Vereins „Ornis“, in den Festsälen Rosenthalerstr. 36, verbunden mit einer Ausstellungs-Lotterie. **Vom Sonnabend, den 22. Mai bis Donnerstag, den 27. Mai.** Geöffnet von früh 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. à Person. Loose à 1 M. sind bei allen Vogelhändlern und in der Ausstellung zu haben. Ziehung am 28. Mai.

Freunden und Bekannten die Mittheilung, daß ich das **Weiss- und Bairisch-Bierlokal** 18182* des Herrn **Fritz Linke, C. Bäderstr. 36**, übernommen habe und in bisheriger Weise weiter zu führen gedenke. — Empfehle meine Lokalitäten mit **Billa** und **Bereinszimmer** für 20-30 Personen, sowie **Frühstücks-, Mittag- und Abendessen** zu soliden Preisen.
Wachtungsboll **H. Mürschel.**

Charlottenburg, Berlinerstr. 126
Louis Grand.
Damen-Frühjahrs-Kleiderstoffe
gemustert und meliert 50, 60, 75 Pf. [19790*]

Wachstoff , neueste Muster, Meter 20, 25 Pf.	Pique , geblümt, Meter 30 Pf.
Mousselin de lain , hell und dkl. gemust., Mtr. 50, 55 Pf.	Organdy , aparte, Neubeiten, Meter 75 Pf.
Rips Pique , neueste Muster, Meter 50, 55 Pf.	Foulardine , hell, dunkel, Meter 50 Pf.

Rein seid. Foulard Meter 75 Pf.
Gemeinsamer Einkauf für 65 Geschäfte.

Wein Weiss- und Bairischbierloka
Stand auf der Wiese auch schon mal
Wer bei mir ist genossen,
Hat'n „Vorwärts“ auch gelesen.
Schloßstraße 11 ist mein Quartier,
Da gibst's gut Weiss u. Bairischbier.
22296 **H. Birkholz, Tegel.**

Möbel
berthgen gewesene und neue, Kanneub
billig. Theilzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. 17913*
Neue Königstr. 59.

Sinderwagen grösste Lager, billigste Preise, auch **Theilzahlung** bei **W. Holze**, **Oranienstraße 3**, **Spr. Amt IV, 9936**

Vereinszimmer für ca. 20 Personen ist noch für einige Tage zu vergeben **Alexanderstrasse 33** (Ecke) **Reich. 23167***

Geschäftsfelder mit Wohnung sofort zu vermieten **Wdo. Rosenthal, Granitzstr. 6** (Wohnplatz), abends 7-8 Uhr.
Hedl. Schlafst. Vauquierstr. 15, v. II. l.

Höflichkeit 18 v. IV. Bergemann, laub. Schlafst. f. 2 Pers., separat. wie Jalabstr. 80 ist möbl. Schlafst. zu vermieten. **Pr. Amdtstr.**
Ein möbl. Zimmer, 8 M., bei **Schulze, Kleine Marktstr. 27, v. II.**
Kauf Schlafst. für 2 Pers., b. **Hoffm., Reichensbergerstr. 124, vorn III.**
Möbl. Schlafst. Prantzeffelstr. 60, v. I. u.

Möbl. Schlafst., sep., **Simeonstr. 12** vorn 4 Tr.
Schlafst. **Wohmannstr. 35** 4 Tr. u. **Görlitzstr.**
Schlafst. f. Herren **Admiralsstr. 29** v. 3 Tr. b. **Frau Baumgart.** 2296b
Möbl. Schlafst. f. 2, sep. **King, Gr. 7 M., Färberstr. 15** Hof 3 Tr. b. **Grünke.** 2297b

Brinzenstr. 105 v. 4 Tr. bei **Ende** möbl. Schlafst. f. 2. 2301b
Schlafst. b. **Wwe. Meyer, Raunowstr. 84** v. 3 Tr. r. 145/3
Möbl. Schlafst. f. Herren b. **Rangfeld, Klosterstraße 63.** 2300b
Schlafst. f. 2 b. **Frau Franke, Ritterstraße 8** Hof 4 Tr. 2306b

Saubere Schlafst. bei Ringstr., Söppenstr. 95 Hof part. rechtl. 2295b
Schlafst. für 2 Pers. v. vorn. b. **Reind, Raunowstr. 5**, vorn II.
Bessere Schlafst. an 2 Herren zu vermieten **Rangfeldstr. 10** bei **Theile.**
Möbl. Zimmer für 1 od. 2 Herren **Brandenburgstr. 53** 3 Tr. rechtl.
Schlafst. für 2 Herren b. **Güme, Rottbuserstr. 2** III. Etage. 145/1

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 27. Mai.
Opernhaus. Wilhelm Tell.
Freitag: Undine.
Schauspielhaus. Coriolan.
Freitag: Die Färnen um nichts.
Deutsches. Die Räuber.
Freitag: Die verführte Waise.
Berliner. Die Maschinenbauer.
Freitag: Die seltsame Vorstellung.
Vestling. Die Geisha.
Freitag: Die seltsame Vorstellung.
Schiller. Bauernkrieg. Der eingebildete Kranke.
Freitag: Die christlich Wädin, Hansmutter, der traurige Kuchelbäcker.
Schneider Hips, H. Wittwe.
Neues. Tellus.
Freitag: Die seltsame Vorstellung.
Westen. Ganne Räte.
Rachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
Freitag: Ganne Räte.
Linden. Der arme Jonathas.
Freitag: Die seltsame Vorstellung.
Zoska. Rothe Zettel.
Freitag: K e i n e Vorstellung.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Der Raub der Sabirencinnen.
Freitag: Maria Stuart.
Reibenz. Der Besuch nach der Hochzeit. — Im Position (Lo Parium).
Freitag: Die seltsame Vorstellung.
Okenb. Der deutsche Michel.
Rachm. 3 Uhr: Eine Nacht im Cyphum oder: Der liebe Onkel.
Alexandersplatz. Sufanne im Bade. — Eine tolle Prünz.
Vollst. Auf eigenen Füßen.
Apollo. Venus auf Erden.
Passage-Variété-Theater. 500 Schenkwürdigkeiten. Zwei Riesen - Illusionen.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bauernkrieg. Der eingebildete Kranke.
Freitag, abends 8 Uhr: Die christlich Wädin. Hansmutter, Schneider Hips, Franzlein Wittwe.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
Waffspiel des Herrn Leopold Deutsch.
Rothe Zettel.
Schwanke in 4 Akten von Rich. Marx.
In Szene geht von Julius Turt.
Morgen: Keine Vorstellung.
Sonabend: Trübs.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weich.
Heute (Himmelfahrt) Rachm. 3 Uhr: Halbe Preise: Eine Nacht im Cyphum oder: Der liebe Onkel.
Schwanke in 4 Akten von Rich. Marx.
In Szene geht von Julius Turt.
Morgen: Keine Vorstellung.
Sonabend: Trübs.

Volks-Theater
34. Reichenberger-Strasse 34.
Sommer-Saison.
Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
Gesellschaft v. Wohl u. Willen.
Musik von H. Conrad.
Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.

Garten-Konzert.
Wochentags 30 Pf. bis 3 W.
Sonntags 50 Pf. bis 3 W.

Apollo-Theater
und **Konzert-Garten.**
Zum 16. Male:
Venus auf Erden.
Gloriephantastische Operette in 1 Akt von Volken-Bäders. Musik von Paul Vinde.
In Szene geht vom Direktor J. Müll. Rich. Leichfus: Rob. Steidl, Jupiter: Henry Bender, Juno: Nita Pausel, Venus: Frieda Werner, Diana: Toni Dars, Mars: Margarethe Heban, Merkur: Gise Dufaux, Amor: Hansch Lorenz. Der Mond: Paul Hübbs.
Der Anagninis: Stegan. Heban.
Feiner Spezialitäten 1. Rang und der Kinetograph.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Konzert 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
An allen drei Pfingstfeiertagen:
Stettiner Sänger
(Weißel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Mühl, Schneider und Schröder.)
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Abend abwechslungsreiches Programm.
Von Pfingsten an finden die Solisten der Stettiner Sänger täglich in der Viktoria-Brauerei statt.

Schloss Weissensee
Heute Himmelfahrt:
Grosses Konzert
vom Kapellmeister
H. W. Finsterbusch.
Bal champêtre (Original).
See-Theater (einzig in Berlin).
Spezialitäten 1. Rang. Dampf. Ruder u. Segelboote. Vergünstigungen aller Art.
Sälen u. Beranda lassen 10000 Personen.
Entree 20 Pf. Entree 20 Pf. Stiel & Emmerich.

Urania,
Tauben-Strasse 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vor. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/52 (ehemal. Stadt-Bahnhof): Täglich von 5 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends Sternwarte und Mondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanschlüsse.

Castan's Panopticum.
Die beiden Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wellenschwimmen.

Passage-Panopticum.
500 Sehenswürdigkeiten.
2 Riesen-Illusionen:
1. Dampfboote auf dem Golfv. Neapel.
2. Eisenbahnfahrt durch Konstantinopel.

Konzerthaus Sanssouci.
Kottbuserstr. 4a. Joh. S. Pierry.
Großes Garten-Konzert.
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Zum 1. Male: Bade u. Ganne. Darsteller u. Gesang u. Tanz in 2 Akten.
Spezialitäten 1. Rang. Vor. während u. nach der Vorstellung: Ball bei großem Orchester.
H. Pierry.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Jeden Sonntag:
Großes Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Zum neuen Programm.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater-Vorstellung.
Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 25, retro. 40 Pf.
Der Sommergarten ist nebst Kaffeefläche geöffnet.

Belle-Alliance-Theater.
Vorläufige Anzeige!
Wegen Vorbereitung bleibt vom 23.-30. Mai — mit Ausnahme des Dimmelfahrtstages — das Theater geschlossen. — Ab 30. Mai täglich 2 Vorstellungen:
Konstantinopel. Konstantinopel.
Konstantinopel. Konstantinopel.
Konstantinopel. Konstantinopel.

Konzert-Garten (5000 Personen) fassend.
Schiller-Theater (Wallner-Theater) Berlin O., Wallner-Theaterstr. 35.
Großes Konzert.
Vereinen wie Gesellschaften empfehle ich den Garten zur Veranstaltung von Sommerfesten u. unter sonstigen Bedingungen. 20655
R. Riefke, Restaurateur.

Schweizer-Garten
Am Königsdior. Am Friedrichshain.
Am Himmelfahrtstage:
Extra-Vorstellung und Garten-Konzert.
Anfang 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen im Mai ist Garten und Saal zu Privatfesten zu vergeben. 15555

Action-Brauerei Friedrichshain.
Heute **Donnerstag:**
John-Konzert.
Kapelle des Kaiser Franz-Garde-Regiments Nr. 2 (in Uniform).
— Anfang 5 Uhr. — Programm unentgeltlich.
Im Nebenlokal:
Familienkränzchen.
Zum Ausklang gefangen die unter der neuen Direktion gebrauten Biere: Lager, Pilsener, Senator.
Morgen **Freitag:**
Gr. Militär-Frei-Konzert. Programm unentgeltlich.

Schloss Weissensee
Heute Himmelfahrt:
Grosses Konzert
vom Kapellmeister
H. W. Finsterbusch.
Bal champêtre (Original).
See-Theater (einzig in Berlin).
Spezialitäten 1. Rang. Dampf. Ruder u. Segelboote. Vergünstigungen aller Art.
Sälen u. Beranda lassen 10000 Personen.
Entree 20 Pf. Entree 20 Pf. Stiel & Emmerich.

Ostbahn-Park
Räderdorferstr. 71. Am Küstiner Platz.
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Hrn. Otto Görner.
Kaffeefläche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür 1 Glas Bier gratis.
Vollbelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

Clubhaus Sanssouci
Nieder-Schönhausen, Lindenstrasse No. 25.
In nächster Nähe der Halde und der Pferdebahn-Haltestelle.
Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.** — **Grosser BALL.**
Familien können Kaffee trinken, Str. 60 Pf.
Um gütigen Besuch bitten W. Schlack.

Wedding-Park
Müllerstraße 178. Am Wedding-Platz. Ringbahn-Station.
In den 3000 Personen fassenden, neuingerichteten Garten mit schönen Lauben:
Heute **Donnerstag (Himmelfahrt):**
Erstes Donnerstags-Frei-Konzert.
Die Kaffeefläche ist täglich von 3 Uhr ab geöffnet. 19705
7 verdeckte Sommer-Regelbahnen. Franz. Billards.
Vollbelustigungen aller Art. Wilhelm Trapp.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
Herrlicher Garten u. große Säle.
Mittwochs und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Vorzügliche Küche, Würstchen, Schießstand, Regelmäßig u. sonstige diverse Belustigungen.
Kaffeefläche von 2 Uhr ab geöffnet.
Pferdebahn vom Rixdorp-Platz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Volks-Badeanstalt Rixdorf.
Canner Chaussee. Wellenbad. A. Stolzenburg.
10 Min. vom Bahnhof Rixdorf, nahe der Gasanstalt.
Empfehle den geehrten Besuchern von Rixdorf und Umgebung meine bedeutend vergrößerte Badeanstalt für Herren und Damen mit Schwimmbassin, Billige Abkommens- und Ausbildung für Schwimmschüler. Schöner Aufenthalt im schattigen Garten. 4 gute Regelmäßig und sonstige Vollbelustigungen. Kaffeefläche. Jeden Sonntag: Großes Konzert, Spezialitäten u. Theater-Vorstellung. Im Saal: Gr. Ball.

Settekorn's Waldschlösschen
Lindenstrasse. Nieder-Schönhausen. Lindenstrasse.
Prachtvoller Aufenthalt in nächster Nähe der Halde.
Jeden Sonntag: **Garten-Konzert.** **Grosser Ball.**
Für Vereine zu Veranstaltungen von Festlichkeiten besonders geeignet.
Familien können Kaffee trinken.

Frischen Maitrank
ausgezeichnet im Geschmack und Aroma. à Fl. 0,70 inkl. 10 Fl. 6,50.
Johannisbeerwein, weiß und rot, Stachelbeer- und Heidelbeerwein, anerkannt vorzüglich, à Fl. 0,85 inkl. 50 Fl. 35,-.
Kant 4. 2076
Eugen Neumann & Co. sw. 68.
Komptoir und Gefammlager-Verkeeren Lindenstr. 16. 3. Hof. 18175
Detailverkaufsstellen:
Belle-Alliance-Platz 6a, Kant 4. 2076. Neue Friedrichstr. 81. Grüner Weg 56
Dramenstraße 100. Genthinerstr. 29. Kommandantenstr. 67.
Charlottenburg: Kaiser Friedrichstraße 48. Potsdam: Baderstraße 7.

Askari-Cigaretten
sind bisher unübertroffen!
Von allen Kennern bevorzugt.
14525
R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passender Kräutern abdestilliert befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Tuch- und Bukskin-Reste
zu ganzen Herren-Anzügen von 100,- an. Herren-Hosenreste von 10,- an. — Reste zu Knabenanzügen für jedes Alter passend von 10,- an. — umsonst zugeschnitten! — Halbbare Waare unter Garantie! — Gelegenheitskäufe! — Wasch-Ähre, Arbeits-Jackets, Lederhosen von 10,- an.
Ludwig Engel, Herrenbekleidung, Münzstr. 26, pt.

Sonabend: **Reiser-Verkauf!**
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Schuhe und Stiefel.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Cigarren, Cigaretten, Weine und Spirituosen.
Schirme, Hüte, Kleiderstoffe für Damen,
garantirt beste Waaren für bekannt billigste Preise.

Jacques Raphaëli
Fabrik und
I. Kaufhaus: Spandauer Brücke 2, Stadtbahnhof "Arie".
II. Kaufhaus: Potsdamerstr. 106a, Steglitzerstraße.
III. Kaufhaus: Grüner Weg 31, Andraesplatz.
Heute geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Künstliche Zähne.
H. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. *) Teilzahlung pr. Woche 1 M.
Für Krankenkassenmitglieder.
Künstl. Zähne, Plomben u. Schmerz. Zahnziehen mittels Lachgas. Angehörige der Kassenmitglieder werden zu denselben Kassenpreisen behandelt. Menschen gewöhne auf Wunsch bequeme Teilzahlung. 18225
Georg Israel, Zahnkünstler,
Gr. Hamburgerstr. 40. II.

Rohtabak
Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Zämmliche
Fabrikations-Utenilien.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preis-Verzeichnis! 16495
Heinrich Frank,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

Ernst Herrmann,
Gneisenaustr. 112.
Kinderwagen, Reisekörbe, Reelle Waare, Gr. Auswahl.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Gustav Lueke, Berlin, Vinsenerstr. 46, versendet gegen Nachnahme gegen neue Bettfedern à 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.
— Den diesen Zahlen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung (incl. Post) u. Proben gratis. Bitte Anordnungsfrage.

! Trinkt keinen Fusel!
sondern dopp. reifl. Kornbranntwein von **Carl Sass, Stralsund.**
Vorzüglich unter vielen anderen bei:
H. Nass, Markgrafenstr. 102.
F. Zabel, Lindenstr. 109.
C. Kunstmann, Stalhoferstr. 107.
R. Gräbner, Lindenstr. 15.
A. Berndt, Postenmarkt 7.
M. Uhl, Kreuzbergstr. 50.
F. Kitzing, Belle-Alliancestr. 74a.
W. Lorenz, Soltstr. 43.
G. Robinsky, Pflanzstr. 63.

Bekanntmachung.
Einem verehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die seit zwölf Jahren bestehende und gut renommirte Firma von **Benno Ferster** 62 Reinitendorfer Straße 62 am Nettelbeckplatz in andere Hände übergegangen ist und soll dieserhalb das gesamte Lager, bestehend aus **Herren- und Knaben-Garderoben** in Höhe von circa zwanzigtausend Mark and- verkauft werden. Das Lager ist in allen Theilen gut sortirt und findet sich die beste Gelegenheit, oben genannte Waaren recht billig zu erlangen.
Auszug aus den Waaren-Beständen:
Herren-Jackett-Anzüge, jezt 8, 10, 13, 15, 18, u. s. w., früher 18, 20, 25, 30 Wt.
Rock-Kammgarn-Anzüge, jezt 15, 18, 22, 25 Wt. u. s. w., früher 23, 28, 31, 37 Wt.
Sommer-Paletots, jezt 7, 9, 12, 15 Wt. u. s. w., früher 14, 18, 21, 27 Wt.
Hosen in Satin und Kammgarn, jezt 2, 3, 4, 5 Wt. u. s. w., früher 4, 5, 6, 8 Wt.
Knaben-Anzüge No. 1-6 von 1 Wt. an.
Leder- und Zeug-Hosen von 1,50 Wt. an.
Lüster- und Wasch-Jackets von 70 Pf. an.
Burschen-Anzüge von 6 Wt. an.
Heute Donnerstag geöffnet von 7-10 u. 12-2 Uhr.
Reinitendorferstr. 62
an der Stadtbahn.

Gardinen-Spezial-Geschäft
8 Blumen-Strasse 8.
Gardinen von 0,30 das Meter an; Stores von 1,- M. an bis zu den elegantesten, in reicher geschmackvoller Auswähl zu sehr billigen Preisen. Vortrefflichste Bezugsquelle für Weberverläufer.

Teppiche unter Fabrikpreis, Vorläufen, Gardinen, Säulen, Tisch- u. Steppdecken, sportbill. F. Stecher, Königsgraben, Mühlgraben-Gde.

Frühjahrs-Paletots
9 Mark.
Die feinsten 11, 15-25 Wt. Jackett- und Rock-Anzüge von 10-35 Wt. Hosen von 1 1/2 Wt. an. Knaben- und Burschen-Anzüge sportbillig.
Kleider-Pascha
32 Reinitendorferstr. 32
Gde. Zoplienstr., Essaden.

Wie schnell
und billig kann man sich ein- kleiden!
Durch Einkauf von großen Posten verkaufe ich von heute ab: Hochlegante Herren-Sommer-Paletots von 9,75 Wt. an
Hoch. Rock u. Jackett-Anzüge 12,50 . .
Herren-Hosen 2,75 . .
Kellner-Hosen, Westen und Jaquets 4,75
Leder- und Arbeits-Hosen zu 2,35 Wt.
Herren-Jaquets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäpche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Fechtzeug, Stockstühle, Harmonikas, Geigen, Zithern, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen.
Gustav Lueke, Waarenhaus,
Berlin, Oranienstr. 131.